

erbst erobert  
is Land  
1 Sturm

3.

WA

Dienstag, 18. Oktober 1983 - D \*\*\*

Alle Springer Verlag AG, Post 10 98 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)  
304-1 / Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung  
Hamburg (040) 367-3 - Pöhlmann an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 243 - 42. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 Bfr., Dänemark 2,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 90 Dr.  
Großbritannien 60 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 100,00 Din., Luxemburg 22,00 Fr.  
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 12,00 Sch., Portugal 180 Esc.  
Schweden 6,50 skr., Schweiz 1,80 sfr., Spanien 125 Ptas., Kanada 1300 Can.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Böll warnt vor DKP:** Der Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll, selbst engagiertes Mitglied der "Friedensbewegung", hält den Einfluss der DKP auf die Friedensgruppen für "zu groß". Die nichtkommunistischen Organisationen sollten sich stärker zur Wehr setzen, empfahl der Schriftsteller in einem Deutschlandfunk-Interview. (S. 1)

**Jaruzelski Kuss:** Der polnische Parteichef Jaruzelski hat vor dem Zentralkomitee seinen Reformkurs verteidigt und sich für die nationale Verständigung eingesetzt. Auf das Verhältnis zur Kirche, die zuvor vom ZK als "Staatsfeind Nummer eins" bezeichnet worden war, ging er nicht ein. (S. 6)

**Kissinger-Mission:** Die Experten-Gruppe unter Leitung des früheren US-Außenministers Kissinger beendet ihre Mittelamerika-Reise. Kissinger: Die USA sollten nicht gezwungen werden, zwischen Sicherheitsinteressen und Menschenrechtserwägungen zu wählen. (S. 6)

**Kämpfe in Beirut:** Zwei weitere US-Soldaten sind bei Kämpfen in der Nähe des Beirut-Flughafens getötet worden. Für die US-Truppen wurde höchste Alarmstufe ausgerufen. (S. 6)

**McFarlane folgt Clark:** Der bisherige Sonderbeauftragte für Nahost wird Nachfolger von William Clark als Sicherheitsberater Präsident Reagans. Clark wird neuer Innenminister der USA. (S. 6)

**Überraschung in Wien:** Der sowjetische Außenminister Gromyko hat in den Gesprächen mit Außenminister Genscher in Wien die von der Warschauer-Pakt-Außenministern auf ihrer Konferenz in Sofia geforderte Verschiebung der NATO-Nachrüstung in Westeuropa nicht einmal angesprochen, heißt es aus Teilnehmerkreisen. (S. 6)

**IG Druck und Papier:** Der scheidende Vorsitzende der Gewerkschaft, Mahlen, schließt politische Streiks gegen die Stationierung neuer Raketen nicht aus. Sein designierter Nachfolger Ferlemann erwartet eine "eminente politische Auseinandersetzung" um die 35-Stunden-Woche. (S. 6)

**Sieg der ÖVP:** In Niederösterreich hat die Volkspartei bei den Landtagswahlen ihr bestes Resultat seit 1945 erzielt: 54,5 Prozent. Die Sozialistische Partei rutschte von 45,4 auf 41,4 Prozent ab. (S. 6)

**Cohen-Orad Finanzminister:** Der israelische Ministerpräsident Schamir hat den zum rechten Flügel der Herut-Partei gerechneten Fraktionschef Yigal Cohen-Orad zum neuen Finanzminister berufen. (S. 6)

**Heute: Bundesverfassungsgericht** verhandelt über das Volkszählungsgesetz. - Chirac in Berlin. - In Ost-Berlin tagt der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) des Ostblocks. (S. 6)

### ZITAT DES TAGES

"Jeder kann bei uns zu Wort kommen - niemand hat es nötig, zur Durchsetzung seiner Meinung Gesetze zu brechen, 'zivilen Ungehorsam' zu praktizieren oder anderweitig ungesetzlichen Widerstand zu leisten." (S. 6)

Bundesjustizminister Hans Eppelhard (CDU) zu den Aktionen der "Friedensbewegung". (S. 6)

### WIRTSCHAFT

**Nobelpreis für Dehn:** Der amerikanische Professor Gerard Dehn ist für seine Neuentdeckung der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden. Der 63-jährige stammt aus Frankreich; er wurde erst 1975 Bürger der USA. (S. 11)

**EG ermittelt:** Die EG-Kartellbehörde ermittelt gegenwärtig bei Chemiekonzernen in mehreren europäischen Ländern wegen des Verdachts rechtswidriger Preisabsprachen beim Kunststoff Polypropylen. (S. 11)

**Investitionsbegehr:** Die Begehr der Investitionen in der Privatwirtschaft muß nach Ansicht der Bundesbank über die jetzt sichtbaren ersten Anzeichen hinausgehen, wenn sie dauerhaftes Wachstum sichern und das Angebot an Arbeitsplätzen vergrößern soll. (S. 11)

**Börse:** Zum Wochenbeginn setzte sich die fremde Tendenz in den Aktienmärkten fort. Das galt auch für den Rentenmarkt. WELT-Aktienindex 144,8 (143,5). Dollarmittelkurs 2,5987 (2,6233). Mark Goldpreis pro Feinunze 395,0 (398,75) Dollar. (S. 11)

### KULTUR

**Nemes Museum:** In Berlin hat das "Brüder-Museum" für Jugendstil und Art deco sowie mit einer Sammlung der Werke der Berliner Secession eröffnet. Direktor ist der Sammler selber, Professor Brüder. (S. 21)

**Picasso ab 1985:** Das Pariser Picasso-Museum, das eigentlich zum zehnten Todestag des Künstlers im Frühjahr eingeweiht werden sollte, wird in den ersten Wochen 1985 eröffnet, versichert Kulturminister Lang. (S. 21)

### SPORT

**Fußball:** Der Trainer Branko Zebec hat beim Bundesligaklub Eintracht Frankfurt selbst um seine vorzeitige Entlassung gebeten. Ein Nachfolger für den Jugoslawen steht bisher noch nicht fest. (S. 9)

**Motorsport:** Der Gläserner Bellof wird möglicherweise 1984 für das englische Toleman-Team in der Formel 1 starten. Die Toleman-Rennwagen sollen künftig mit BMW-Turbomotoren bestückt werden. (S. 9)

### AUS ALLER WELT

**Falsche Hundert:** Das Bundeskriminalamt warnt vor falschen Hundertmark-Scheinen, die haben statt Wasserzeichen einen gelblichen Aufdruck, glattes Papier und einen nur unscharf (weil aufgedruckt statt eingearbeitet) erkennbaren Sicherheitsfaden. (S. 2)

**Stationsobjekt für Banken:** Die Filiale einer großen Staatsbank hat sich dort eingekauft und will mit Parzellierung und anderen Regelungen der "Anarchie" auf dem "marché aux puces" zu Leibe rücken. (S. 22)

**Wetter:** Vom Westen her Einbruch, nachfolgend Regen; bis 12 Grad. In den Alpen Schneefälle. (S. 22)

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Keine Antenne. G. Zehn über Eintracht Südlicher Zuschauer des West-TV. S. 2

**Grenada:** Im Karibik-Inselstaat gerät Carlos Freund Bishop in Bedrängnis. S. 8

**Baden-Württemberg:** Nebenankünfte der Beamten sollen geschnitten werden. S. 5

**WELT-Report Zypern:** Probleme mit zwei Strukturen auf einer dafür zu kleinen Insel. S. 18 u. 19

**Athen:** Südeuropas Sozialisten fanden kaum Gemeinsames; Beratungen wenig erfolgreich. S. 6

**Forum:** Personalien und Leserbrief: Wort des Tages. S. 20

**François de Rose:** Raketen der Franzosen und Briten nicht bedingungslos anrechenbar. S. 7

**Persepolis:** Scheiternsfest in La Sagun; der französische TV-Film "Russisches Dreieck". S. 20

**London:** Leben und Werk des deutschen Prinzen Albert, Ehemann der Königin Victoria. S. 21

Heute: Deutsche Kulturwissenschaften (IV) - Franken (S. 3)

## Sagt die SPD endgültig Nein? Böll warnt vor DKP-Einfluß

Spekulationen um Auftritt Brandts bei "Bonner Volksversammlung"

S. HEYDECK/P. PHILIPPS, Bonn

Im Vorfeld der für Ende dieser Woche geplanten großen "Friedensdemonstrationen" hat die Diskussion über den Einfluß kommunistischer Gruppen Auftrieb erhalten. Der Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll, der sich persönlich als Nachrüstungsgegner engagiert, bedauert öffentlich den Einfluß der DKP und rief nichtkommunistische Organisationen dazu auf, sich energischer gegen die Mitwirkung dieser Kräfte zur Wehr zu setzen. Eine vom Koordinierungsausschuß der "Friedensbewegung" ausgesprochene Einladung an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, am 22. Oktober als Redner auf der "Bonner Volksversammlung" aufzutreten, nährte die Vermutung, daß sich die SPD schon jetzt für ein entschiedenes Nein zur möglichen Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen entschlossen habe.

Mitglieder des Koordinierungsausschusses brachten jedenfalls diese Einschätzung von einem vertraulichen Gespräch in der Bonner SPD-Zentrale mit auf sozialdemokratischer Seite hatten an der Unterredung Bundesgeschäftsführer Peter Giotz, der Bundestagsabgeordnete

Egon Bahr und zeitweise auch Brandt teilgenommen.

Im Mittelpunkt hatte dabei die Frage gestanden, ob und unter welchen Bedingungen Brandt als Redner auf der Großdemonstration der Friedensbewegung am Samstag in Bonn aufzutreten würde. Für die beteiligten Grünen hatten deren Vorstandsmitglieder Rainer Trampert und Lukas

SEITE 4:  
Weitere Beiträge

Beckmann schriftlich von Brandt gefordert, ein "klares, uneingeschränktes Nein ohne jedes Ja... persönlich gegen die Stationierung zum jetzigen Zeitpunkt auszusprechen". Darüber hinaus sollte er einen entsprechenden Leitartikel für die SPD-Sonderpartei Mitte November schon jetzt herbeiführen.

Dies scheint inzwischen kein strittiger Punkt mehr zu sein. In dem "Ergebnisbericht" an den Koordinierungsausschuß kommt dessen Geschäftsleitung zu dem Schluss, daß von Seiten der SPD in der Unterredung am vergangenen Donnerstag zum Ausdruck gebracht worden sei: "Brandts Aufruf zur Teilnahme an den Kundgebungen am 22. 10. bedeutet inhaltlich den Aufruf zu einem

"Nein ohne Ja" oder "Nein ohne Wenn und Aber" zur Stationierung. Verständigung sei auch darüber erzielt worden, daß eine Einladung "zuerst an die Person Willy Brandt" ergebe. Der SPD-Chef hat sich gestern Abend entsprechend dieser Verabredung mit den übrigen SPD-Präsidiumsmitgliedern über seinen möglichen Auftritt als Redner beraten. Erst danach wolle er seine endgültige Entscheidung treffen.

Weiter heißt es in dem Neun-Punkte-Bericht an den Koordinierungsausschuß über die inhaltliche Position, die von Seiten der SPD in diesem Gespräch bezogen wurde:

- In Genf werde es auch kein Zwischenergebnis geben.

- NATO und Bundesregierung wollten stationieren.

- Mit dem Beginn der Nachrüstung änderten sich die Bedingungen nach der Folge, daß die INF- und wahrscheinlich auch die START-Verhandlungen unterbrochen würden.

- Von den USA seien keine "substantiellen neuen Vorschläge" zu erwarten, sondern nur "Propagandavorschläge mit dem Ziel, den Schwarzen Peter für das Scheitern" weiterzuschieben.

Fortsetzung Seite 10

## Gromyko forderte keinen Aufschub

Verzicht auf Nachrüstungs-Termin war bei den Gesprächen mit Genscher kein Thema

BERNIT CONRAD, Bonn

Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko hat während seiner zweitägigen Gespräche mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Wien nicht ein einziges Mal die Forderung nach einem Aufschub der westlichen Nachrüstung erhoben. Diese aus Teilnehmerkreisen bekanntgewordene Tatsache hat unter Experten Überraschung ausgelöst, weil das Verlangen nach einer Verschiebung der "Fristen für die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen" kurz zuvor von den Ostblock-Außenministern in Sofia als Bedingung für eine Fortsetzung der Genfer INF-Verhandlungen über das Jahresende hinaus bezeichnet worden war.

Gromyko, der unmittelbar von Sofia nach Wien gereist war, erläuterte im Gespräch mit Genscher zwar das Kommuniqué der Warschauer-Pakt-Tagung, erwähnte aber das Thema "Termin-Aufschub" mit keinem Wort. Noch auf dem Flug in die österreichische Hauptstadt hatte der Bundesaußenminister die auch von der Bonner SPD verlangte Hinausschiebung

der Nachrüstung für das strategische Ziel der Ostblock-Partner gehalten. Offenbar handelt es sich dabei jedoch primär um eine Propagandathese, die nach Ansicht des sowjetischen Außenministers in der politischen Diskussion mit Genscher nicht erörtert zu werden brauchte.

Der gleiche Abstand zwischen öffentlicher Propaganda und interner Argumentation zeigte sich, als Gromyko

SEITE 8:  
Moskauer Haltung ist restriktiv

myko Bericht aufgriff, wonach Moskau angeblich die Genfer Verhandlungen nach Beginn der westlichen Nachrüstung abbrechen wolle. Er meinte dazu - wie man in Wien hören konnte - "die sowjetische Führung stelle ernsthafte Erwägungen an, ob sie weiter verhandeln solle oder nicht. Dies sei keineswegs entscheidend. Genschers dahingehende Mitteilung vor der Presse war demnach keine "Schuldbefreiung", sondern offensichtlich ein Zitat. Das sowjetische ZK-Mitglied Leonid Samojlin hatte wenige Tage vorher in Ham-

burg kategorisch erklärt, weiterverhandeln sei nur möglich, wenn der Westen auf die Dislozierung verzichte.

Auch die in der vergangenen Woche von dem sowjetischen KP-Organ "Pravda" vertretene These, die Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik widerspreche Geist und Buchstaben der Bonner Ostverträge, ist von Gromyko in Wien nicht aufgeführt worden. Vielmehr sagte das sowjetische Politbüro-Mitglied, der Moskauer Vertrag habe sich bewährt; auf seiner Basis müsse man weiter schreiten.

Dementsprechend war Gromyko anscheinend auch sofort bereit, mit seinem Bonner Partner ein ganzes Geflecht bilateraler Verhandlungen zu treffen, die zum größten Teil über den voraussichtlichen Nachrüstungs-Termin hinaus reichen. Dabei legte der Sowjetaußenminister besondere Wert darauf, daß auch die drei bisher an der Einbeziehung West-Berlins gescheiterten Abkommen über Rechtshilfe, Kulturaustausch und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Fortsetzung Seite 10

## Moskau: Belehrung für Genscher

Wie die sowjetischen Medien die Wiener Gespräche schildern / Polemik gegen Bundeswehr

FRIEDRICH NEUMANN, Moskau

Die zweitägigen Gespräche zwischen den Außenministern Gromyko und Genscher in Wien sind von den offiziellen sowjetischen Medien so dargestellt worden, als habe es sich um eine Lehrveranstaltung gehandelt. Genscher ist danach von seinem Amtskollegen auf die "Verantwortung aufmerksam gemacht worden", die der Bundesregierung zufalle, wenn eine weitere Drehung der Rüstungsspirale verhindert werden solle.

Gromyko forderte Bonn außerdem dazu auf, die Vorschläge zur Verhinderung eines Atomkrieges zu unterstützen, die Moskau an die Vollversammlung der Vereinten Nationen gerichtet hat.

Was der deutsche Außenminister zu sagen hatte, verwandelte sich bei der Sowjetagentur Tass in eine bloße Solidarisierung mit den amerikanischen Verhandlungspositionen und deren Rechtfertigung, obwohl sie

doch "bekanntlich" jedes Vorankommen in Genf blockierten. Solange die Stationierung nicht begonnen habe, sei eine Einigung in Genf noch möglich. Wie es danach weitergehen könnte, läßt der Bericht offen.

Immerhin hebt Tass hervor, beide Seiten hätten sich für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen. Einschränkung wurde jedoch hinzugefügt, die Zusammenarbeit hänge nach Ansicht Gromykos von der gegenseitigen Achtung der Interessen ab, "vor allem im Bereich der Sicherheit".

Die "Pravda" hatte sich zuvor über die Auswirkungen einer Stationierung weniger diplomatisch geäußert. "Jemand" aus dem Regierungslager in Bonn sei in "Biertischpolitik" verfallen, wie es in der Parteizeitung hieß. Sie verbreiteten die falsche Behauptung, daß nach einiger Zeit alles wieder ins Lot kommen werde. Da-

mit solle die Kraft der Friedensverträge geschwächt werden.

Nicht weniger kraftvoll trug das Organ des sowjetischen Verteidigungsministeriums, der "Rote Stern", zur Meinungsbildung über die Bundesrepublik Deutschland bei. Fast eine halbe Seite verwandte die Armeezeitung darauf, die "Schleier der friedliebenden Phrasologie" westdeutscher Politiker zu zerreißen. Sie wendeten nicht nur Milliarden für die Rüstung auf, die Bundeswehr sei inzwischen zur "Hauptstütze der aggressiven NATO-Bündnisse" in Europa geworden. Sie unterstützten auch "reaktionäre Regime" im Nahen Osten, in Südafrika und in der Karibik.

Das Blatt betont, unermüdlich wachse die "Militärmaschine des westdeutschen Imperialismus". Die Bundesregierung verhalte sich gegenüber den Vorschlägen sozialistischer Länder negativ, übersehe das Anwachsen des "Revanchismus" im Lande und folge Washington blindlings.

## Jaruzelski verschärft seine Drohungen

"Der Feind hat die Waffen nicht niedergelegt" / Dialog mit Walesa abgelehnt

DW, Warschau

Der polnische Parteichef und Regierungschef General Jaruzelski hat die neue "ideologische Offensive" der Partei damit begründet, daß "der Feind die Waffen nicht niedergelegt hat". Entgegen bisherigen Beteuerungen einer "Normalisierung" hat Jaruzelski zum Abschluß des 13. ZK-Plenums in Warschau zu erkennen, daß der Widerstand oppositioneller Kräfte, vor allem der Gewerkschaft "Solidarnosc", noch nicht gebrochen ist.

In seiner gestern in den polnischen Zeitungen veröffentlichten Abschlussschlußrede ging Jaruzelski mit keinem Wort auf das Verhältnis zur katholischen Kirche ein, die in vielen Diskussionen beiträgen scharf kritisiert, ja sogar zum "ideologischen Feind des Sozialismus" Nummer eins

gestempelt worden war. Er erklärte lediglich, bei der angestrebten nationalen Verständigung gebe es nicht darum, klassenmäßige politische oder weltanschauliche Unterschiede zu verstreuen. Es gebe Polen, mit denen man sich nicht verständigen könne. So werde es keinen Pakt mit "Dienern des Imperialismus und Subversion" geben. Damit sind offensichtlich die Anhänger der "Solidarnosc", allen voran Lech Walesa, gemeint. Bereits im Vorfeld des Ideologien-Plenums hatte Jaruzelski die "Solidarnosc" als Produkt der amerikanischen Politik darzustellen versucht.

Nach den Worten des Generals bekämpft die Partei den "Nationalismus, Nihilismus, Kosmopolitismus, Revisionismus, Dogmatismus und jede Doktrin, die auf dem Weg zur sozialistischen Erneuerung einen Hin-

dernis ist". Zumindest der letzte Hinweis ist eine direkte Anspielung auf die katholische Kirche. Unter "Kosmopolitismus" werden all jene Kräfte verstanden, die westliche Ideen fördern und die Zugehörigkeit Polens zum westlichen Kulturkreis betonen.

Mit auffälliger Schärfe warnte Jaruzelski vor einem Rückfall in alte Fehler der Partei durch Funktionäre, die in den vergangenen drei Jahren nichts gelernt hätten. Auch neue Ansätze vom Wirtschaften in die eigene Tasche oder herrschaftlichem Lebensstil müßten im Keim erstirkt werden, forderte der General. Vereinzelte böse wie wieder von luxuriösen Empfängen auf öffentliche Kosten oder Jagden für Funktionäre an Tagen, an denen eigentlich gearbeitet werden müsse.

Seite 2: Jetzt kommt die Kirche dran

### DER KOMMENTAR

## Erkenntnisse

ENNO von LOEWENSTERN

Zu seiner Überraschung sieht sich der Bundesinnenminister in seiner Einschätzung der "Friedensbewegung" von einer Seite bestätigt, mit deren Indosament er gewiß nicht gerechnet hat. Heinrich Böll hat entdeckt, daß die Kommunisten weit mehr Einfluß haben, als es ihrem Wertanteil entspricht, der minimal ist. Das liegt daran, daß sie eine Kaderausbildung hätten und etwas von Organisation verstünden, aber "deren Heuchelei oder Unglaubwürdigkeit ist für mich jenseits des Tages bewiesen, weil sie nicht die Friedensbewegung in der DDR unterstützen". Die nichtkommunistischen Organisationen sollten sich stärker zur Wehr setzen; sogar das Stichwort "nützliche Idioten" nahm Böll auf.

Trotz dieser Erfahrungen will Böll, so fügte er eilends hinzu, dennoch weiterdemonstrieren und blockieren; es ist ihm "zu wenig reflektiert", wenn gesagt wird, was Moskau nützt, schade uns. Dennoch, der Reflexionsprozeß geht bei Böll tiefer, als er es sich wohl selber eingestehen will. Wenn er auf die sowjetische "Overkill-Kapazität" hinweist und sagt, er "finde es immer noch das Beste, wenn alle ihre Raketen abgeßen", dann gibt er Reagans Forderung nach einer

"Null-Lösung" wieder, die von der Sowjetunion, von der DKP, aber auch von Nicht-DKP-Demonstranten wie Eastlan als "Betrug" verworfen wird.

Hier liegt das Problem. Es ist wahrscheinlich nicht so wichtig, ob die DKP zahlenmäßig zu viel Einfluß hat, sondern es geht vor allem um den inhaltlichen Einfluß. Die Parolen der Demonstranten, ob sie selber die "Heuchler" ablehnen oder nicht, stammen aus dem östlichen Repertoire; sie haben praktisch alle "Vorschläge für die Widerstandswoche" der DKP getreulich übernommen und auch deren schrillen Plakatvorschlag "Pershing 2, Cruise Missiles NEIN!".

Und das "Nein ohne jedes Ja", das Brandt als demütigende Vorbedingung für die Erlaubnis gestellt wurde, bei der DKP-programmierten "Volksversammlung für den Frieden" auch mal mitreden zu dürfen, heißt nämlich, daß er ein Ja ohne mehr als ein formales Nein zur SS 20 zu sagen habe. Wenn er nun reflektierte, warum die DKP und deren östliche Drahtzieher das so wollen, könnte er den Demonstranten à la Böll einiges erklären. Aber die Organisatoren verstehen auch etwas von der Kunst, lästige Reflexionen zu unterbinden.

## McFarlane wird Reagans Berater für Sicherheit

TH. KIELINGER, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat sich für Robert C. McFarlane als neuen Sicherheitsberater entschieden. Eine offizielle Bekanntgabe dieser Ernennung wird für die nächsten Tage erwartet.

Die Veränderung an der Spitze des Nationalen Sicherheitsrats war nötig geworden, nachdem Präsident Reagan in der vergangenen Woche über das israelische Militär zurückgetreten war. Cohen-Orad gilt zugleich als entschiedener Verfechter der israelischen Siedlungspolitik und hatte auch gegen das zustandgekommene Friedensabkommen mit Ägypten gestimmt.

Die oppositionelle Arbeiterpartei hat ihren angekündigten Mißtrauensantrag gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Schamir gestern im Parlament eingebracht. Über den Antrag soll heute entschieden werden.

Wie die israelische Notenbank bekanntgab, wurden in der vergangenen Woche 130 Millionen Dollar von Privatpersonen in den israelischen Banken gekauft. Aus der Aktienbörse in Tel Aviv, die seit zehn Tagen geschlossen ist, ließ es, mit einer Wiedereröffnung im Laufe der Woche sei kaum zu rechnen. Inzwischen liegen in der Börse rund 100 000 Kauf- und Verkaufsaufträge über eine Gesamtsumme von 20 Milliarden Schekel (250 Millionen Dollar) vor. Israeli-Makler erwarten mit Spannung die ersten Stunden nach einer Wiedereröffnung der Börse. Wenn die Tendenz zum Absturz der Aktien überwiegt, würde dies zu einem katastrophalen Börsenkrach führen.

## Starke Gewinne für die ÖVP in Niederösterreich

Landtagswahl liegt im Trend der Nationalratswahl

dpa, Wien

Bei Landtagswahlen im größten österreichischen Bundesland Niederösterreich hat die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP), die auf Bundesebene die Opposition bildet, erhebliche Gewinne erzielt und ihr Ziel einer absoluten Mehrheit erreicht. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis entfielen auf die ÖVP 54,5 Prozent der Stimmen (49,6 bei Wahlen 1979) und auf die einzige andere Landtagspartei, die Sozialisten (SPÖ), 41,4 (45,4).

Die ÖVP wird demzufolge 32 Abgeordnete in den neuen Landtag entsenden (bisher 29), und die SPÖ 24 (27). Insgesamt sechs Parteien oder Listen hatten in Niederösterreich kandidiert, einschließlich der auf Bundesebene mit der SPÖ eine Koalition bildende Freiheitliche Partei (FPÖ). Keine der übrigen vier Parteien konnte aber die in Niederösterreich geltende "Zwei-Prozent-Hürde" nehmen. Das Ergebnis war das Beste, das die ÖVP seit 1945 in Niederösterreich erringen konnte - für die SPÖ war es das schlechteste seit 1954.

Knapp 1,2 Millionen Bürger waren wahlberechtigt. Die Beteiligung lag bei rund 84 Prozent. Im Wahlkampf hatten alle Parteien hauptsächlich wirtschafts- und arbeitspolitische Fragen angeschnitten.

Nur wenige Tage vor der Wahl hatte eine gegen den ÖVP-Landeshauptmann (Ministerpräsident) Siegfried Ludwig eingeleitete gerichtliche Voruntersuchung wegen Verdachts der Untreue in Zusammenhang mit einem Bauprojekt und Parteispenden eine heftige Kontroverse ausgelöst. Die ÖVP stellte sich voll hinter Ludwig und bezeugte die Justiz politische Motive.

In ersten Stellungnahmen bezeichneten ÖVP-Politiker ihren Sieg als Ergebnis der Landespolitik ihrer Partei. Aus den Reihen der SPÖ war von einem "Ludwig-Effekt" der Solidarisierung die Rede.

Die Wahl war die erste Landtagswahl seit den Nationalrats- (Bundesparlaments-) Wahlen im April, die das Ende einer 13-jährigen SPÖ-Alleinregierung gebracht und zu Österreichs erster sozial-liberaler Koalition geführt hatten.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Keine Antenne

Von Günter Zehm

Unsere Westantenken lohnen sich nicht mehr, meinte ein Rentner von drüben, der hier zu Besuch war. „Was kriegen wir denn in eurem Fernsehen zu sehen? Polternde Gewerkschaftsfunktionäre, die von Sozialabbau reden und mit Maßnahmen drohen, und wildbewegte Friedenskämpfer, die das Ende der Welt voraussagen und gegen die Atoms agitieren. Gewerkschaftsfunktionäre und Friedenskämpfer, Friedenskämpfer und Gewerkschaftsfunktionäre, jeden Abend dasselbe, uns hängt das schon zum Halse heraus.“

Der Mann übertrieb nur unwesentlich. In der Tat ist die Themenpalette in den Nachrichtensendungen unserer Fernsehanstalten (und nicht nur in den Nachrichtensendungen) während der letzten Wochen und Monate auf fast schon groteske Weise zusammengeschrunft. Die Programmacher geben sich offenbar überhaupt keine Mühe mehr, in eigener Initiative interessante, mitteilungsreiche Neuigkeiten aus aller Welt und vor allem aus dem eigenen Land aufzuspielen. Vielmehr scheint das Prinzip zu gelten: Wer lautstark anklopft, wird bedient. Und da es (nächst Herrn Genscher) in erster Linie Gewerkschaftsfunktionäre und Friedenskämpfer sind, die fordernd anklopfen, kriegen wir am Abend eben nur diese Herrschaften auf den Bildschirm.

Viele der „Ereignisse“, die da mühsam ins Bild gesetzt werden, sind gar keine wirklichen Ereignisse, es sind „Fernseh-Ereignisse“, speziell für den Bildschirm inszeniert, und der Eindruck, den sie vom Leben in der Bundesrepublik vermitteln, ist falsch und demagogisch verzerrt. Könnte der an Neuigkeiten interessierte Zeitgenosse nicht auf andere Medien ausweichen, wäre er ausschließlich auf die Fernseh-Nachrichten angewiesen, er würde in erschreckender Weise desorientiert.

Um aber auf den Rentner von drüben zurückzukommen: Für zahllose Menschen im anderen Teil Deutschlands sind ARD und ZDF tatsächlich die einzigen direkten Informationsmittel über die Bundesrepublik. Das Fernsehen hat dieser riesigen und gutwilligen Klientel gegenüber eine besondere Verpflichtung; allein schon ihr wegen sollte es sich endlich am Riemen reißen und eine schenkklappenfreie Vielfalt der Themen und Aspekte anstreben.

## Hilfs-Hauptstadt Tripoli

Von Peter M. Ranke

Syrien schickt in Libanon seine Hilfstruppen an die Front: Drusen, Linksmilizen, Palästinenser. Im Schuf vor Beirut stehen mindestens zehntausend Palästinenser der Anti-Arafat-Gruppen an der Seite der Drusenmiliz. Andere Palästinenser verstärken die syrische Einschließung der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli. Sie sollen für die Syrer kämpfen.

Denn Syrien braucht Tripoli als zweite Hauptstadt, als Sitz der prosyrischen Opposition in Libanon und der PLO-Rebellen, solange es Beirut nicht zurückgewinnen kann. Allerdings haben in Tripoli die prosyrischen Linksmilizen und Kommunisten vorige Woche mit fünfundachtzig Toten bei harten Straßenkämpfen eine empfindliche Niederlage erlitten und sind abgezogen. Die sunnitischen und antisyrischen Moslembrüder der „Moslimischen Vereinigung“ unter Scheich Shaaban beherrschen jetzt die Innenstadt. Aber die Syrer geben mit ihren zwölftausend Soldaten bei Tripoli nicht auf. Ihre Artillerie griff schon vorige Woche in die Kämpfe ein.

In dieser prekären Situation taucht wieder einmal Yassir Arafat wie ein unruhiertes Gespenst auf. Der PLO-Chef braucht für seinen restlichen Haufen von Kämpfern in zwei nordlibanesischen Lagern Bundesgenossen gegen die Syrer. Er bittet sich daher bei den antisyrischen Moslembrüdern von Tripoli an. Früher gehörte er einmal selbst zu dieser orthodoxen Organisation. Doch nicht einmal sie wollen und können ihm noch helfen.

Arafat hat in der PLO nichts mehr zu bestellen. Auch seine Wafa-Desinformations-Genossen sind zu den Syrern übergelaufen, ebenso die Erzterroristen Habasch und Hawatneh. Sie bezichtigen Arafat der Korruption und fordern eine kollektive Führung. Arafat schreibt Hilferufe, er hat ein Asylangebot der Saudis in der Tasche. Aber niemand kann ihm mehr gegen die Syrer helfen, auch nicht seine alten Freunde Kreisky und Brandt. Die Frage ist, ob der gerissene Fuchs noch einmal dem Hexenkessel Libanon entrinnen kann.

## Lesen und lesen lassen

Von Peter Dittmar

Studenten lesen nicht. Studenten fotokopieren\*, verkündet sein an unseren Universitäten gängiges Wort. Es soll die Leselust, wenn nicht gar die Unfähigkeit der akademischen Jugend charakterisieren, mit Büchern zu leben. Aber diese These ist falsch. Das belegt eine Untersuchung des Deutschen Bibliotheksinstitutes in Berlin.

Die Wissenschaftler stellten nämlich fest, daß - vornehm ausgedrückt - in der Bundesrepublik Deutschland pro Jahr rund drei Millionen Bücher den Bibliotheken verlorengehen. Weniger vornehm heißt das, daß rund 1,5 Prozent der Bibliotheksbestände im Jahr geklaut werden. Damit leistet die Bundesrepublik dreimal soviel wie die Schweiz, jedoch nur ein Zehntel der mit 15 Prozent Buch-„Schwund“ führenden Vereinigten Staaten.

Als überdurchschnittlich aktiv erweisen sich in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet zwei Fakultäten, deren Adepten ein besonderes Verhältnis zu Recht und Gerechtigkeit nachgesagt wird: die Juristen und die Theologen.

Bei ihnen werden aus den einschlägigen Bibliotheken rund drei Prozent der Bücher aus Gemein- in Privateigentum überführt.

Folgerichtig ist es auch eine juristische Seminarbibliothek, die die Ehre für sich in Anspruch nehmen kann, die erste elektronische Diebstahlsicherung für Bücher eingeführt zu haben. Dazu werden die einzelnen Bände mit einem Metallstreifen versehen, auf den eine Sonde am Ausgang - ähnlich den Metalldetektoren bei den Sicherheitskontrollen auf den Flughäfen - anspricht. Es ist eine Rechenaufgabe, wann sich diese Anlage durch größere Konstanz der Bestände amortisiert.

Pessimisten meinen allerdings, daß die vielbeklagte geringe Wissenszunahme bei den Studenten auf diesem Gebiet nicht festzustellen sei und die Sicherungsanlagen bald überlistet würden.

Nur eines kann man nach alledem nicht mehr länger bestreiten: Da die Studenten diese Bücher gewiß nicht mitgehen lassen, um sie außerhalb der Bibliothek zu fotokopieren, drängt sich der Verdacht auf, daß sie tatsächlich lesen.



Den Finger im Wind

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

## Jetzt kommt die Kirche dran

Von Carl Gustaf Ströhm

Wer die Ideologie und die Technik der Machtausübung in kommunistischen - besonders aber sowjetisch dominierten - Staaten auch nur halbwegs kennt, vermag sich über die scheinbar abrupte Wendung des polnischen KP-Regimes und seines Parteistatschefs Jaruzelski gegen die katholische Kirche nicht zu wundern. Gewiß, da war der jüngste Papst-Besuch in Polen, der von Jaruzelski und den ihm tragenden Regimekreisen ausdrücklich gewünscht und als Mittel der Stabilisierung ins politische Kalkül eingesetzt worden war. Da war die zweite, auf Jaruzelskis Wunsch zustande gekommene nächtliche Begegnung des Papstes mit dem General in Krakau. Fast konnte es damals den Anschein haben, als würde in Polen nach dem Verbot der „Solidarität“ nun eine inoffizielle Arbeitsteilung zwischen kommunistischem Regime und katholischer Kirche stattfinden.

Aber das kommunistische System kann wohl in gewissen Situationen und bis zu einem gewissen Grade die Existenz von Religionsgemeinschaften dulden, solange diese sich am Rande der Gesellschaft bewegen. Auf keinen Fall aber kann ein System marxistisch-leninistischer Prägung irgendeine Organisation oder Körperschaft hinnehmen, die faktisch an der Ausübung der Macht über die Menschen beteiligt sein will. Was Lenin in der Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Mauskys“ vorzeichnete, präzierte Stalin in seiner Broschüre „Zu den Fragen des Leninismus“: Der Führer des Staates im System der Diktatur des Proletariats sei die kommunistische Partei. Diese Partei teile die Führung mit niemandem und könne sie auch folglich nicht mit anderen Parteien (oder Organisationen) teilen.

Gilt dieser Ausschließlichkeitsanspruch schon gegenüber anderen politischen Gruppen oder Gewerkschaften, so gilt er natürlich erst recht gegenüber der Kirche. Damit erweist sich auch die Hoffnung einiger katholischer Kreise innerhalb und außerhalb Polens als illusorisch, man könne gewissermaßen die Gewerkschaft „Solidarität“ und ihre populären Vorsitzenden Lech Walesa einem „Kompromiß“ mit dem Regime zum Opfer bringen, um dann selber ungeschoren zu bleiben. Im Sinne der Ideologie und die Technik der Machtausübung in kommunistischen - besonders aber sowjetisch dominierten - Staaten auch nur halbwegs kennt, vermag sich über die scheinbar abrupte Wendung des polnischen KP-Regimes und seines Parteistatschefs Jaruzelski gegen die katholische Kirche nicht zu wundern. Gewiß, da war der jüngste Papst-Besuch in Polen, der von Jaruzelski und den ihm tragenden Regimekreisen ausdrücklich gewünscht und als Mittel der Stabilisierung ins politische Kalkül eingesetzt worden war. Da war die zweite, auf Jaruzelskis Wunsch zustande gekommene nächtliche Begegnung des Papstes mit dem General in Krakau. Fast konnte es damals den Anschein haben, als würde in Polen nach dem Verbot der „Solidarität“ nun eine inoffizielle Arbeitsteilung zwischen kommunistischem Regime und katholischer Kirche stattfinden.



Einer nach dem anderen im Visier: Walesa, Giemba

## Parkinsons Gesetz oder Was Britannia heiß macht

Eine Ehegeschichte erscheint wichtiger als Waffen oder Wirtschaft / Von Fritz Wirth

Die Briten haben ihre eigene Art von Krisen-Verständnis und Krisen-Bewältigung. Sie vermögen nationale Notstände, wie sie beispielsweise in den letzten zwei Jahrzehnten durch Streiks und Pflanzverfall ausgelöst wurden, mit bemerkenswerter Gelassenheit auszuhalten. Andererseits beherrschen sie wie kein anderes Volk die Kunst, Belangloses lustvoll zur Krise hochzustilisieren.

Die jüngste „Parkinsons-Affäre“ ist so ein Fall. Sie lieferte Stoff fürs Gemüt, für puritanische Heuchelei, für Mitleid und für Selbstgerechtigkeit. Abgesehen vom Falkland-Krieg und den letzten Unterhauswahlen hat es in Großbritannien seit mindestens fünf Jahren kein Ereignis mehr gegeben, das von der britischen Presse so minutiös, so ausführlich und so kommentarbeladen behandelt worden ist.

Dieses Land schafft sich seinen eigenen „heißen Herbst“, indem es mit dem Blasebalg der Heuchelei und Entrüstung heiße Luft in zwar

getan hatte, mußte auch sie an die Reihe kommen.

Denn mit dem Verbot und dem Verschwinden der „Solidarität“ als Massenbewegung hatte ein für das Regime nicht ungefährlicher Prozess eingesetzt: Alle nationalen Energien, die bisher in der Gewerkschaftsbewegung ihr Betätigungsfeld fanden, strömten jetzt wieder in die katholische Kirche ein, fanden dort ein neues Betätigungsfeld und neue Hoffnung. Demokraten und Liberale im Westen mochten sich an den Versprechungen Jaruzelskis und Rakowskis über einen „nationalen Dialog“ festklammern. Inzwischen hat der General selbst gesagt: „Es gibt keine Verständigung mit dem Feind, mit den Günstlingen des Imperialismus.“

Das sind Formulierungen des Bürgerkriegs - das polnische „Alles oder nichts“ auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Auf dem jüngsten Ideologie-Plenum des polnischen ZK wurden die gelockerten Zügel wieder fest angezogen. Die Kirche wurde der Komplexität mit staatsfeindlichen, antikommunistischen Elementen beschuldigt, ja der Katholizismus wurde als eine „wirkliche Gefahr für Polen“ (Kultusminister Lopotka) bezeichnet. ZK-Sekretär Józef Cyrankiewicz - einst als jovialer Außenminister der Verhandlungspartner westlicher Politiker und Werbemanager für polnische Besonderheiten - forderte nun die Rückkehr zum wahren Marxismus-Leninismus. So ändern sich die Zeiten und die Redensarten.

Von der Logik der imperialen sowjetischen Machtposition in Osteuropa gesehen, kann es für Polen keine Extrawürste geben, auch nicht, was die katholische Kirche betrifft. Warum sollten die polnischen Katholiken besser davon kommen als ihre litauischen, ukrainischen und tschechischen Glaubensbrüder?

Der Versuch allerdings, die verfahren polnische Situation durch Rückgriff auf die Bürgerkriegs-Rhetorik und durch das Herausheben apokalyptischer und ideologischer Feindbilder zu lösen, muß über kurz oder lang scheitern und zu neuen Komplikationen führen. Der Frontalangriff auf die Kirche wird für Jaruzelski jede Form von nationaler Versöhnung schwieriger machen.

## IM GESPRÄCH Erzbischof McGrath

### Wessen Kirche?

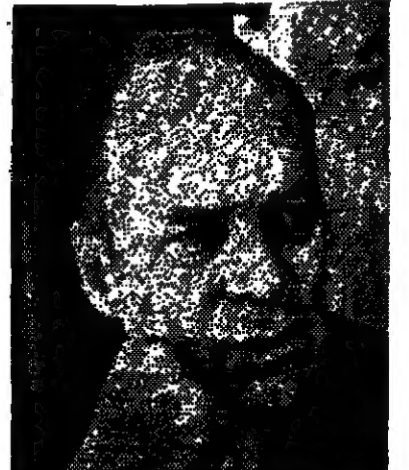
Von Günter Friedländer

In einem in Costa Rica abgehaltenen interdisziplinären Seminar für Menschenrechte war ein Priester eine der zentralen Figuren: Marcos McGrath (59), Erzbischof von Panama. Der in Paris als Doktor der Theologie promovierte hochgewachsene Mann mit dem meist ernsten Gesicht ist im täglichen Leben stets zu einem Ausgleich bereit, aber nie zur Aufgabe seiner Grundsätze. Das erfährt der allmächtige General Torrijos auf dem Höhepunkt seiner Macht: Der höfliche, zuvorkommende Erzbischof galt als der einzige Mann in Panama, der sich dem Willen des Generals nicht beugt.

Jetzt lernt es die „Kirche des Volkes“, die Panamas Klerus zu unterwandern sucht. Sie gehört zu den Bewegungen, die im Schatten der Befreiungstheologie aufblühten und, so McGrath, „die marxistische Ideologie und den Klassenkampf in die Kirche trugen“. Der Erzbischof bestreitet nicht, daß es in Zentralamerika große soziale Ungerechtigkeit gibt, gegen die die Kirche kämpfen muß. Aber es muß eine Kirche sein, die sich als göttlichen Ursprungs versteht und als Antwort auf das Wort Gottes. McGrath akzeptiert nicht den hochmütigen Anspruch der Rebellen einer vom Volk geschaffenen Kirche, weil es so etwas im Katholizismus nicht geben kann.

Er steht zum Papst, wenn er die Teilnahme der Priester an der Politik verbietet, es dabei aber für die Pflicht der Kirche hält, die Korruption der weltlichen Macht anzuklagen, wo sie sie entdeckt. Damit folge sie nur den zehn Geboten. Priester können vorübergehend und mit der Erlaubnis ihrer Vorgesetzten ihre geistlichen Pflichten unterbrechen, um an der Lösung einer großen nationalen Aufgabe mitzuwirken, aber nicht im Rahmen einer Partei. Ihm selbst ist die lange vernachlässigte Erziehung von Priestern wichtiger, die ihrer Berufung in den verschiedenen sozialen Schichten des Volkes dienen.

Vor vier Jahren überraschte McGrath eine Gruppe jüdischer Vertreter der karibischen Länder, die ihn mit einem Diplom in Anerkennung vorbildlicher Arbeit für die Menschenrechte ehrte, als er seine Dankesworte hebräisch mit dem jüdischen Glaubensbekenntnis begann. Als stellvertretender Vorsitzender der lateinamerikanischen Bischofskonferenz beeindruckte er seine Kollegen mit seinem Mangel an persönlichem Ehrgeiz. Die Panamerikaner staunt er immer wieder, wenn er mit klaren Worten zu politischen Problemen Stellung nimmt, ohne in den politischen Kampf einzugreifen. Politik, so meint er, sollte der positive Wettbewerb sein, die besten Programme für die Zukunft eines Landes vorzuschlagen, so wie Kampf für die Menschenrechte mit der Verbesserung des Loses der Opfer sozialer Ungerechtigkeit beginnt. In vierzehn Jahren als Erzbischof Panamas hat er eigentlich nur schwere Zeiten erlebt. Aber das ist es, was so viele in ihm sehen: einen Mann für schwere Zeiten.



Entschieden gegenüber starken Männern: Panamas Erzbischof. FOTO: DIE WELT

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### DAVAR

Die israelische Arbeiterzeitung „Davar“ befaßt sich mit der Gefährdung des jüdisch-sowjetischen Dialogs durch die Zionisten.

Man muß die Tatsache in Betracht ziehen, daß die Verschärfung des kalten Krieges den Respekt vor der Sowjetunion in der Weltmeinung ziemlich abgebaut hat. Versuche von Führern der zionistischen Weltorganisation, Direktkontakte zum Kremel zu bilden, scheinen zwecklos zu sein. Es bleibt kein Ausweg: Die internationale öffentliche Kampagne gegen die Unterdrückung der Menschenrechte gegen die Juden (sowie gegen andere Minderheiten) in der UdSSR muß fortgesetzt werden, auch wenn dies unter den gegenwärtigen Umständen auch kaum Erfolgsaussichten hat.

### FINANCIAL TIMES

Die Londoner Zeitung schreibt zu den Beziehungen in den beiden deutschen Staaten:

Obwohl eine ernste Verschlechterung in den innerdeutschen Beziehungen wegen der Raketenfrage von Bonn bedauert würde, wäre sie in der Praxis schmerzlicher für Ost-Berlin. Deshalb haben sowohl Honecker als auch Kohl die Freundschaftshand in diesem Herbst weiter ausgestreckt. Und deshalb werden, wie es wahrscheinlich ist, beide deutsche Staaten ihr Bestes tun, damit es keine „Krise“ in ihren Beziehungen gibt, sondern nur einen vorübergehenden Frost.

### DIE PRESSE

Zu dem Außenministerkonferenz nach der Wiener Zeitung:

Moskau wird vorerst nicht nachgeben, weil es den westlichen Regierungen gegenüber deren eigenen Fried-

ensbewegungen nicht helfen will. Bonn wieder kann nicht die Optik entstehen lassen, daß diese Bewegungen mit ihrem Druck Erfolg haben könnten. Was dennoch in Wien geschah, war ein kleines Stückchen ost-westlichen Krisenmanagements. Beide Seiten denken langsam an die Zeit nach der Nachrüstung, machen sich bewußt, daß man auch nachher miteinander leben müssen. Allerdings: Das alles sind vorentscheidungen oder Vermutungen. Moskau wird noch fünf Wochen lang seine Pläne für das große Nachher hinter Drohungen verbergen.

### SAARBRÜCKER ZEITUNG

Saarbrücker Zeitung: Zur Carsten-Nachfolge ruft die Union:

Allzulange wird Helmut Kohl nicht mehr mit seinem Vorschlag dafür warten können, was die Union im kommenden Frühjahr als Kandidat für die Nachfolge von Bundespräsident Karl Carsten aufstellen soll. Die Partei will Klarheit haben. Alles deutet darauf hin, daß sie diese Klarheit mit dem Namen des Berliner Regierenden Bürgermeisters bekommen wird. Richard von Weizsäcker ist der denkbar beste Kandidat. Ein Mann, der dank Bildung und Toleranz, politischer Erfahrung und Weltläufigkeit weit über die Reihen der Union hinaus Zustimmung findet. Aber gerade in der Qualifikation dieses Kandidaten liegt Kohls Dilemma. Wenn der CDU-Vorsitzende überhaupt noch Entscheidungsspielraum hat, dann muß er entscheiden, ob es der Union wichtiger sein soll, den hier wie dort besten Mann an der Spitze des Staates zu sehen oder ihn als einen Garant für eine stabile politische Position der CDU in Berlin zu belassen.

هنا من التلخيص



# Pompidous „Bulldozer“, der Mann mit dem guten Stern

Er war Minister unter Präsident Pompidou, Ministerpräsident unter Giscard, dann löste er sich aus der Regierung, organisierte seine eigene Partei, wurde Bürgermeister von Paris: Jacques Chirac ist zum politischen Führer des bürgerlichen Frankreich geworden. In diesen Tagen ist er zur Einladung von Unionspolitikern zu Gast in der Bundesrepublik. Ein Porträt.

Von CAROLINE PIGOZZI

Es ist 13 Uhr an einem Donnerstag, Jacques Chirac, ein Paket unter dem Arm, das Kinn nach vorne geschoben, die Augen halb geschlossen, eine „Winston“ zwischen den Lippen, schwingt sich mit dem ihm eigenen Raubkatzen-Schritt in das kleine Privatflugzeug, das ihn zu einem Seminar der Abgeordneten seiner Partei, dem Rassemblement pour la République, bringen soll. „Ist das Ihre Rede“, frage ich und deute auf das Paket. Er lacht so schallend, daß man nicht einmal mehr seine Kindergriechen am Kinn sieht. „Da kennen Sie mich aber schlecht, das ist unser Mittagessen.“

Wenige Minuten später beginnt er sein Frühstück mit Wohlmut zu verschlingen. Dieser Mann hat immer Hunger. Als er noch Premierminister war, aß er Schokolade während des 1. Ministerrats, zur Wut von Giscard, dem Präsidenten. Mit demselben Appetit verschlingt er Kilometer, Wahlschlachten und „Kröten“ seiner politischen Gegner.

Wir landen. In ein paar Minuten hängen wir schon wieder in einer Auto-Kolonade, werden von der Menge hin und her geschoben, gehen im ohrenbetäubenden Krach eines unvergnüglichen Bläserorchesters unter. Der Bürgermeister von Paris landet schließlich in einem riesigen, zur Rotglut aufgeheizten Saal. „Chirac, Chirac“, tönt es aus Tausenden von Kehlen.

Nun ist er unter den Seinen, schiebt sich nach vorne, drückt Hände, geht von einer Gruppe zur anderen. Er gehört zu der Rasse Politiker, die den physischen Kontakt braucht und sich in den Rängen des Parlaments immer zu langweilen scheint. „Ich mache unseren Abgeordneten wenig zu schaffen“, sagt er, in einer Anspielung auf seine eher bescheidene Rolle in der Nationalversammlung. Ganz offensichtlich fühlt er sich unter einfachen Leuten wohler als unter den Bourgeois. Snobismus und Mondantitäten sind ihm ein Grauel.

Was für ein Politiker ist Chirac? Düstere Meditationen stellt er nicht an. Ideologische Zweifel scheinen ihm nicht zu kommen. Seelische Abgründe fächelt ihm nicht an. Er hat eine gesetzte Art zu sprechen, er atmet ruhig durch, seine Reden sind nicht besonders originell, aber was soll's? Sie werden ihm von seinen Mitarbeitern geschrieben und sind nicht dazu da, Träume zu wecken, sondern Stimmen zu machen und Herzen zu erobern. „Ich bin kein Ideologe, sondern ein Mann des Instinkts und des Handelns.“

Das hat er bewiesen, als er 1977 gegen Giscard das Rathaus von Paris eroberte und sechs Jahre später alle 20 Arrondissements der Hauptstadt hinter sich brachte – ein Vorgang ohne Beispiel. Sein ungewöhnliches Arbeitspensum und seine Energie ließen Pompidou einmal sagen, daß Chirac sein Bulldozer sei. Auf der anderen Seite ist er so schüchtern, daß er selten von sich oder seiner Familie, seiner Frau und den zwei

Töchtern, spricht. Um so lieber erwähnt er Pompidou, den er heute noch „Monsieur Pompidou“ nennt und der einst in ihm den politischen Funken zündete, der ihn werden ließ, was er ist.

Unter Pompidou war Jacques Chirac Kabinettschef, Staatssekretär, Minister. Bis heute hat er ihm ein Sohn-Vater-Verhältnis bewahrt. Der einstige Präsident ersparte ihm, an seine eigene politische Zukunft zu denken. Als Pompidou am 2. April 1974 stirbt, bricht alles um Chirac zusammen. Er überträgt seine Loyalität auf Giscard, der ihn zu seinem Premierminister macht. Aber die politische Ehe zwischen zwei gleich ehrgeizigen Männern dauert nicht lange. Chirac nimmt seinen Abschied. Von diesem Tag im August 1976 datiert seine politische Großjährigkeit.

War es ein persönliches Kalkül? Wahrscheinlich nicht. Chirac hatte eine andere Auffassung vom Verhältnis zwischen Staat und Nation. Er wollte eine starke, eigenwillige, aktive Republik und verabscheute es, wie sein Konkurrent Giscard ständig von Inflation zu reden und mit Zahlen um sich zu werfen. Deshalb schuf er in der „Sammlungsbewegung für die Republik“ seine eigene politische Formation, um die Parlamentswahlen von 1978 zu gewinnen und schließlich auch die Präsidentschaftswahlen von 1981.

Ein politischer Parcours ohne Fehltritt. Man könnte meinen, Chirac wäre nur eine eingelegte politische Bestie. In der Tat hat er etwas von einem ruhelosen Aktivist an sich. Er schläft nur sechs Stunden pro Nacht, hat ununterbrochen einen Telefonhörer in der Hand, scheint nach immer neuen Herausforderungen Ausschau zu halten, und das alles mit einem offensichtlichen Vergnügen.

Aber es gibt auch den anderen Chirac, den warmherzigen, der immer für jedermann da ist, der gut zuhört, kann und Loyalität gegen Loyalität setzt. Er hat eine Eigenschaft, die selten ist bei Politikern: Er ist auf die Minute pünktlich. Selbst seine politischen Gegner rühmen seine stete gute Laune. Manches an ihm grenzt nahezu an Naivität.

Dieser Mann von 50 Jahren, der noch kein graues Haar hat, muß im Augenblick eine schwere, vielleicht die schwerste Probe bestehen: die Zeit des politischen Immobilitäts. Sein Temperament verführt ihn eher dazu, Etappen zu überspringen. Zwischen zwei politischen Marathons sucht er gerne einen Antiquar auf, fährt mit seinen langen Händen liebevoll über chinesischen Lack und japanische Bronze, betastet alles fachmännisch, weil ihm das Spaß macht. Ist er sinnlich? „Ich mag Gegenstände berühren“, gibt er zu. Ist er sentimental? „Der Mann haßt es, zwischen zwei Mitarbeitern zu entscheiden, weil er niemandem unrecht tun will“, erzählt uns einer seiner Adjutanten.

Wie soll man dieses „Image“ seiner warmen Natur der Öffentlichkeit vermitteln, ohne dem bekannten Bild von dem autoritären Politiker mit dem nach vorne gereckten Kinn zu schaden? Da ist ein Rest Schüchternheit in seinem Verlangen, jeden gleich zu duzen, in seiner Art, Journalisten, die ihn interviewen, ausgiebig auf beide Wangen zu küssen. Der Vorsitzende des RPR ist sicher zarter besaitet, als er sich nach außen gibt. Aber seine permanente „One man show“ in der Politik ist kein billiger Kniff, den er sich beigebracht hat. Chirac folgt einfach seinem Temperament und seinem guten Stern, der ihn bisher noch nie im Stich gelassen hat.



Unter dem Wappen von Paris: Bürgermeister Jacques Chirac

FOTO: CAMERA PRESS



Bamberg: Ein Blick über den alten Kanal zur Bergstadt zeigt die Harmonie der architektonischen Stilarten über viele Jahrhunderte.

FOTO: LUMMER

## Zwischen Wein, Klöstern und Main

Hundert Kilometer liegen zwischen Bamberg und Würzburg. Eine Landschaft voll mit Kirchen, Schlössern und Klöstern. Godehard Schramm, 40, Mitbegründer des „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ lebt als freier Schriftsteller in Nürnberg. Er sieht einen „geradezu versessenen Pluralismus“.

Von G. SCHRAMM

Voll ist das Land, prallvoll. Angefüllt ist es. Ist es nicht längst überfüllt? Wer fände darin noch Erfüllung?

So frage ich mich immer wieder, als ich das Land durchfahre. Lange Zeit schien es mir zuzuwachsen, auf melancholische Weise verlandend – wie ein Weiher, bis ich erkannte: Die rasche Überwindung von Entfernung hat etwas Täuschendes: Zwar sind die rund hundert Kilometer zwischen Würzburg und Bamberg schnell zurückzulegen, aber die tatsächliche Ausdehnung des Landes wird dadurch nicht berührt. Erst wer keinen Überblick mehr will, der gewinnt einen Einblick. Wohl hat es den Anschein, als stünden die Orte entlang des Mains und all die kleinen, oft niedlich anmutenden Städtchen Mainfrankens wie in einer Baumschule so nah beieinander – doch dann beginnen sie sich zu entfalten: in dem Augenblick, in dem ihnen der Betrachter Raum zur Entfaltung gibt – und dazu gehört das Räumliche der Geschichte ebenso wie das der Gegenwart.

Jeder einzelne wird in solchen Landschaften, die übervoll erscheinen mit Altem, die plötzliche Entdeckung machen, daß die Orte über ihr tatsächliches Aussehen hinaus noch auf eine zweite Weise gegenwärtig sind. Gegenwärtig als etwas Beständiges. Beständig, weil mit klaren Formen ausgestattet. Doch so, wie die verwaltungsmäßige Bezeichnung „Unterfranken“ und „Oberfranken“ abstrakt bleibt und sich nicht deckt mit dem tatsächlichen Erscheinungsbild dieser eben nicht klar begrenzten Landschaft, so entsteht ein Bild, mit dem ein Begriff endlich deutlich wird: Vielgestaltigkeit – oder Pluralismus. Dies eben zeichnet Fränkisches noch immer aus: in welchen Landschaftsbereich man sich auch wendet: geradezu versessener Pluralismus – eingesäumt von mancherlei Beschränktheit. Um dies alles zu fassen, bedarf es eines Maßes: das der eigenen Aufnahmefähigkeit.

Aufnehmen und auf sich wirken lassen, was barocke Baukunst in Würzburg vermochte: nicht nur Raum beherrschen (mit der Residenz), sondern Raum sinnvoll machen (für Tiepolos Fresken). Dann das Sinn-Verlieren von früherem Bauen: die Festung Marienberg – an ihrer Kantigkeit erst zeigt sich, wie anmutig Wein wächst, und gedeiht doch jeder Weinstock nicht ohne drilenden Zwang. Stillschweigend wirken die Bauformen weiter: klar, eindeutig – etwa die Brücke mit den Heiligen über dem Main. Erheben Festung und Brücke je einen Vorwurf gegen das Schmucklose von heutzutage? Man kann es nicht übersehen, und der wahrhaftige Blick unterschlägt es auch nicht: viel mehr Raum nehmen zwischen Würzburg und Kitzingen heute die Kasernen und Flugplätze ein – und nirgendwo wuchs da Schönheit mit. Man trägt's, man nimmt's hin, wundert sich vielleicht, wieviel Raum da vertan werden muß, und es geschieht darin nichts anderes, als den Heimat-schutz wach zu halten – das muß wohl der Preis sein. Wofür? Auch dafür, daß solche Ensembles gewahrt werden können wie Würzburg: Ich habe sie nicht gezählt, doch sind es noch heute immens viel Ordensklöster. Würzburg: Natürlich ist das auch Riemenschneider – so, wie Bamberg auch Veit Stöckl ist.

Ach, denke ich manchmal, ist das Konto nicht längst überzogen, wenn wir immerzu nur vom Vergangenen reden... Kam denn nichts Neues hinzu? Ich meine mit Neuem: was mindestens genauso gut, ebenso überzeugend ist. Und schon spüre ich, angesichts der sanften Landschaft, angesichts der überall gleichen Stadträder, angesichts der von Ort zu Ort genau unterscheidbaren Ortskerne: Frag' so nicht! Laß das Gegenwärtige dahinziehen wie es zieht! Denn: geben nicht wie die Straßen, die Autobahnen einen Takt, einen wohl hektischen, aber nicht minder menschlichen Rhythmus? Ist in dieser Bewegung nicht etwas, das dem uralten Main entspricht: Gestalt haben und dabei immerzu im Fluß zu sein – also werden... Und nur so, wenn man all die Verrichtungen des Heute-Tages gelten läßt, dann sieht man plötzlich die Sinnpunkte. Nein, ich meine jetzt nicht die Ferkelschüre der Orte, von denen jeder auf seine Weise das alte Thema variiert: aus einer Ansammlung von Häusern etwas Schönes, eine Gestalt zu machen. Es ist ja beinahe in jedem zu

sehen, wie gut das gelang: ob Pichsenstadts Turm oder Volkachs Rathaus, ob Haßfurts Ritterkapelle oder Ochsenfurts Mauern, ob Maria im Weingarten mit Riemenschneiders Rosenkranz oder der Schwung der Mainschleife – ich könnte das fortführen und bewiese nichts anderes, als daß Franken auch etwas Unerschöpfliches für das neugierige Auge bietet.

Nicht zu leugnen aber ist eines: Von Würzburg bis Bamberg spannt sich über der Landschaft und damit in ihr, und manchmal überdeckt von all den Geschichten: die Ausdrucksform des Heiligen. Längst vergangen die Machtgestalten der Fürstbischöfe, längst sind in den Residenzen keine Herrscher mehr, sondern nur noch Verwalter – aber das Heilige ist nicht verschwunden. Es ist mir manchmal, als gleiche es der gotischen Steinplastik im Bamberger Dom, der „Synagoge“: wie durchschimmernd das der unbekannte Bildhauer das Gewand aus Stein über den Körper aus Stein legte, so daß der wirkliche Leib verborgen bleibt. Dies sichtbar Unsichtbare – und die Fülle der Kirchen in Bamberg (ohne Enge, Beschränktheit, ja Neugierdelosigkeit offenbar nicht zu haben, und dennoch Refugium gewährend: Lebte sonst in Bamberg so ein eigensinniger Kopf wie Hans Wollschläger? Hätte es hier sonst einer wie E. T. A. Hoffmann ausgehalten?); also, dies Fundament des Vergangenen. Und darauf steht, man muß es nur wie eine Insel, vielleicht sogar wie einen Meteoriten verstehen: das Heilige von heute. Ich meine das Kloster der Benediktiner in Münsterschwarzach. Niedrigergerissen war es, ein Trümmerhaufen nach der Säkularisation – und ist wiedererstanden. Ein großes Gebäude mit weitem Areal; grau sind seine Steine, streng die Formen, beinahe schmucklos im Innern.

Das Weinland mit Rebstöcken an Flußhängen braucht aber offenbar auch den Wirbel der Weinfeste landauf, landab. Kurios auch: wie aus dem Siedungsimpuls der Zisterzienser – immer in Sumpfländern – die herrliche Klosterkirche zu Ebrach im Steigerwald wurde, dazu die Nebengebäude: heute ist darin ein Gefängnis. Kulturlandschaft: Fleckenteppich-Landschaft. Hineingesprengt uralte jüdische Friedhöfe (etwa in Schwanfeld), hineingewirkt die Goldfäden von Schlössern (Pommersfeldens z.B. oder Werneck); auch sie transformiert – zu Galerien und Sammlungen, Schatzhäusern. Merk-

würdig: wie das über Jahrzehnte hinweg dem langen Gebrauch standhält, gebrauchsfähig bleibt – ich denke an das Aufleben der Krippenbaukunst in Bamberg: wie da ein alter Faden fortgesponnen wird. Schweinfurt ist die Stadt, die am wahrhaftigsten mit der Zeit ging. Noch immer ist der Main dort herrlich und anmutig und zugleich ist hier das Industrieleben nicht kaschiert, nicht mit falschem Fachwerkdübel verkleinert. Fabriken, US-Kasernen, Frachtschiffe, Rauch, das Atomkraftwerk von Grafenrheinfeld: Hier drückt sich unsere Zeit aus – sie läßt nur nicht so zum Besichtigen ein wie die Weinorte Dettelbach oder Randersacker; dafür ist hier das Tatsächliche zu sehen, das „vollendete“. Tatsachen schafft, die freilich nicht so vollständig sind wie jener Zusammenklang von Romanik, Gotik, Renaissance und Barock auf dem Bamberger Domplatz. Zu begreifen ist das alles als ein Katalog von Möglichkeiten.

Man könnte die Spanne zwischen Würzburg und Bamberg wie einen Bogen begreifen: von Bamberg mainabwärts wird es immer lieblicher, offener, manchmal sogar südlich heiter – und man könnte es mit „Oberfranken“ und „Unterfranken“ gleichsam unter den Hut eines Begriffes bringen; aber ist es nicht aufschlußreicher, wenn man von Ort zu Ort sieht, wie die Menschen auf die Vorgabe der Landschaft antworteten und jeweils etwas Individuelles zustande brachten? Schließlich überwiegt im äußeren Anblick doch jeweils der Kern eines Ortes – und nicht die bauliche Geste der Abwendung des Einzelnen vom Ganzen: wenn er sein Einfamilienhaus zusammenhanglos an den Ortsrand stellt. Irgendwie übersieht man das – wie den dunklen Flecken in Marktbreits Geschichte: von hier aus wurde die Tauschware (nämlich die verkauften Soldaten) der Ansbacher Markgrafen verschifft. Es ist überhaupt merkwürdig, wieviel die Menschen übersehen, etwas als unsichtbar gewordenen Joch tragen: wie die Zonen, die Ober- und Unterfranken im Norden vernagelt hat. Da nimmt es nicht wunder, daß sich Menschen mehr dem Menschen zuwenden – wie wäre sonst die starke Zunahme an Mundartliteratur gerade in diesem Landstrich während der letzten zehn Jahre zu verstehen? Dies muß man hören, sonst versteht man's nicht – so wie man die Türme, den Main, die Waldschraffur sehen muß: als Bild. Manches harmonisiert noch immer miteinander.

## Gewinne machen

Ziel privater Wirtschaftsunternehmen ist: Gewinne zu machen. Je mehr, desto besser. Voraussetzung ist die gekonnte Finanzierung. Dazu brauchen Sie einen erfahrenen Finanzierungs-partner. Nehmen Sie Kontakt zu uns auf. Wir sagen Ihnen, wie Sie Ihre Investitionen günstig und gewinnbringend finanzieren.

**GEFA**  
Leasing · Kredit · Factoring

GEFA, Laurentiusstr. 19/21, 5600 Wuppertal 1, Tel. (02 02) 38 21 · Berlin · Bielefeld · Düsseldorf · Frankfurt  
Freiburg · Hamburg · Hannover · Karlsruhe · Kassel · Koblenz · München · Nürnberg · Regensburg  
Saarbrücken · Siegen · Stuttgart · Ulm · Würzburg · Wuppertal



## 'Friedensdemonstrationen' im Spiegel der Presse

„Times“: Sowjets manipulieren die Meinung

DW. Bonn. „The Times“ (London) beschäftigt sich unter dem Titel „Friedenswoche“ mit den Demonstrationen in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Woche dreht sich alles um die Willenskraft in den Regierungssitzen des Westens. Dies macht der unruhige Zustand Westdeutschlands deutlich. Die Sowjetunion manipuliert fortwährend die westdeutsche öffentliche Meinung, wenn auch nicht immer erfolgreich. Deshalb hat sich Genscher in der elften Stunde mit Gromyko zu Gesprächen eingelassen, nicht um eine Schwächung der alliierten Politik zu zeigen, sondern um seinen Anhängern zu zeigen, daß er sich bemüht.

Die Friedensbewegung in Westeuropa ist in mehr als einer Hinsicht einseitig. Sie fordert vom Westen einseitige Gesten, während sie vorgibt, daß der gleiche Druck der öffentlichen Meinung auf die Sowjetunion besteht. Alle jüngsten Beweise von den wirklichen Friedenskämpfern im Sowjetland - im Gegensatz zu den Pseudo-Friedensfreunden - zeigen, daß sie verzweifelt daran interessiert sind, daß der Westen aus einer Position der Stärke heraus verhandelt, die durch einseitige Gesten entscheidend untergraben werden würde. Die westdeutschen Peaceacts möchten gerne vergessen, daß zweimal in diesem Jahrhundert amerikanische Soldaten nach Europa kommen mußten, um die von deutscher Instabilität bedrohte westliche Zivilisation zu verteidigen. Jetzt sind 300.000 amerikanische Soldaten in Europa stationiert, um zu dieser Stabilität beizutragen. Aber man sagt ihnen, daß sie eine Bedrohung des Friedens sind, wenn sie Waffen erwerben, um sich damit zu verteidigen. Schwer wären die Folgen für das gesamte Europa, wenn die öffentliche Meinung innerhalb der Vereinigten Staaten in die Friedensdemonstrationen während dieser Woche zu viel hineinlesen würde.

„Le Quotidien de Paris“: „Die UdSSR bemüht sich, die Position der Bundesregierung aufzuweichen, in-

dem sie die Strategie von Zuckerbrot und Peitsche anwendet. Erstes Mittel: Der pazifistische Druck... Zweites Mittel: Die Erpressung mit der Ostpolitik... Die ganze Kunst der sowjetischen Diplomatie besteht darin, den Deutschen hinreichend angst zu machen, damit sie glauben, sie wären die ersten Opfer eines neuen kalten Krieges. Gleichzeitig gibt man ihnen zu verstehen, daß man sich mit einem blühenden guten Willen mit Moskau verständigen könnte.“

„Nürnberger Zeitung“: „Am Zwang zur Nachrüstung wird, sollte nicht in letzter Minute noch ein Wunder geschehen, kein Weg vorbeiführen, und das erst wird die Stunde der Wahrheit für die Friedensbewegung sein... Das heißt: Sie muß zeigen, daß sie mehr zu bieten hat als Aktionismus. Sie wird dabei nicht darum herumkommen, will sie glaubwürdig bleiben und auf Dauer Erfolg haben, ihre allzu naive Einschätzung der Sowjetunion zu revidieren.“

„Neue Presse“ (Hannover): „Im Bestreben, durch möglichst originelle und spontane Manifestationen für Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu sorgen, hat in den letzten Wochen eine beispiellose Entleerung des öffentlichen Inhalts (des Begriffes Frieden) stattgefunden. Da wird gelärmt und geschwiegen, marschiert und blockiert, gestritten und gebetet, gefeiert und gekämpft, gekickt und geworfen - und dies alles im Namen des Friedens. Es hat lange gedauert, bis die Ernsthaftigkeit und Betroffenheit überzeugend vermittelt werden konnte.“

„Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (Essen): „Ein Stimmungswechsel erfährt die Republik wie zuletzt vor 25 Jahren während der großen Kampagne, die das gesamte Lager, Physiker und Theologen gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen trug... Damals wurde stationiert, und die Empörung verrann. Das Ende der Welt, Europas oder doch der Bundesrepublik blieb aus. Statt dessen erfreute sich Europa in West und Ost einer beispiellosen Stabilität...“

## Straßentheater und „politische Modenschau“

„Widerstandstag der Frauen“ verlief ruhig

WERNER KAHL, Bonn. Unterschiedliche Resonanz fanden die Aufrufe der Frauen-Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland zum „Widerstandstag der Frauen“ in der von der „Friedensbewegung“ ausgerufenen Aktionswoche. Mehrere hundert Menschen in zahlreichen Städten, so schätzte die Nachrichtenagentur Associated Press, hätten bis zum Mittag gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen protestiert.

Während die Veranstalter in Berlin mehrere tausend vorwiegend junge Mädchen zu einem Straßentheater auf dem Kurfürstendamm erwarteten, hatten sich gestern früh in Bonn vor dem Bundesverwaltungsministerium zu Beginn einer groß angekündigten Demonstration nur etwa 40 Vertreterinnen der „Friedensbewegung“ eingefunden. In Kinderswagen oder auf Fahrrädern transportierte der laut Veranstalterangaben später auf 200 Teilnehmerinnen angewachsene „Abstrusung“ Raketen aus Plastik als „Phallus-Symbole männlicher Macht“. Fotografen und Fernsehkameras bot sich ein Transparent in klammer Mädchenhänden als Blickfang. Keine neuen Waffen, sondern neue Männer braucht das Land. Eine Petition an Bundesverwaltungsminister Manfred Wörner hatten die Organisatorinnen zuvor mit der Post auf die Hardthöhe, den Amtssitz des Ministers, gesandt.

Nach einer „politischen Modenschau“ auf dem Bonner Münsterplatz war für den Nachmittag ein Marsch zum Bundesfamilienministerium geplant. Für den späten Nachmittag hatten Düsseldorf Frauengruppen aufgerufen, das Hochhaus des Thyssenkonzerns in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt zu „umzingeln“. Nach der Umzingelung sollten die Teilnehmer animiert werden, eine Menschenkette zum Berta-von-Suttner-Platz zu bilden.

In Baden-Württemberg veranstalteten Frauen Straßentheater in Stuttgart, Demonstrationen in Freiburg und Biberach. Im Deutschen Ge-

werkschaftsbund (DGB) organisierte Frauen wollten die Landesfrauenklinik besuchen. Friedlich verlief bis Redaktionsschluss auch die Blockade des Kasernengeländes in Münster, in dem das I. Korps der Bundeswehr untergebracht ist. Dort hatten sich ebenfalls nur etwa 100 Demonstranten am frühen Morgen versammelt, um das Tor jeweils für 15 Minuten zu blockieren.

Die Sprecherin der Gruppe „Anstiftung der Frauen zum Frieden“, Eva Quistorp, äußerte in einer Pressekonferenz in Bonn die Erwartung, daß Abstrusungen der Frauen in Hamburg, Berlin, Bielefeld und anderen Orten ein Beispiel für weitere Kundgebungen der Frauen geben würden. Zu den Sprecherinnen der Bonner Frauen-Initiativen gehört auch Mechthild Jansen, Funktionärin der nach Berichten des Verfassungsschutzes von der DKP beeinflussten „Demokratischen Fraueninitiative“ sowie des Büros des „Komitees für Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAB) in der Bundeshauptstadt.

Zu der schwachen Resonanz des von den 18 Bonner Frauen-Initiativen organisierten „Abstrusungstages“ sagte die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Karin Hempel-Soos, in der Pressekonferenz, „alle Frauen“ müßten aufgefordert werden, „unbedingt an den Demonstrationen teilzunehmen“. Es mache sich bemerkbar, daß eine „ganz gewaltige Verunsicherungskampagne“ läuft, sagte die SPD-Funktionärin. Die nominell schwache Beteiligung an dem eigens für das weibliche Geschlecht organisierten „Frauen-Widerstandstag“ wurde jedoch von einer anderen Sprecherin mit der „Alltags-Inanspruchnahme der Frau begründet. Ihre Friedensaktivitäten dürften deshalb nicht an der Teilnehmerzahl gemessen werden. Man werde die Stärke der Frauen-Friedensbewegung, so die Sprecherin, erst dann erkennen können, wenn die Männer Hausfrauenarbeiten mit übernommen haben werden.“

## In der „Friedensbewegung“ sind die Kommunisten fest verankert

Die verschiedenen Strömungen in der Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss

Von ROLF TOPHOVEN

Für die „Friedensbewegung“ hat die „Stunde der Bewährung“ geschlagen. Nach einer Serie vorbereitender Konferenzen in den zurückliegenden Wochen und Monaten soll nun die „Internationale Aktionswoche“ vom 15. bis 22. Oktober mit Protestaktionen im gesamten Bundesgebiet ein vorläufiger Höhepunkt in der Kampagne gegen Nachrüstung und NATO-Doppelbeschluss werden. Welche Kräfte bestimmen die „Friedensbewegung“? Nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzorgane lassen sich folgende Strömungen bestimmen:

● Traditionelle Friedensgruppen mit erklärter friedlichen Absichten, die „gewaltfreien Widerstand“ befürworten.

● Militante Friedensgruppen, die die Anwendung von Gewalt nicht ausschließen.

● Autonome und antiparalysierende Gruppen, die Gewaltanwendung zur Durchsetzung ihrer Ziele befürworten.

● Terroristische Gewalttäter. Ziele und geplante Aktionsformen dieser vier Hauptströmungen lassen die unterschiedlichen Ansätze des Protests erkennen. Neben den sogenannten „traditionellen“ Friedensgruppen, den Grünen und dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), haben sich in örtlichen und regionalen Bereichen auch die DKP und ihre Nebenorganisationen stark engagiert. Ziel der DKP ist es unter anderem, gemeinsam mit Gewerkschaftsmitgliedern und SPD-Anhängern zu einer „Aktionswoche“, auf der Grundlage enger Zusammenarbeit zu kommen. Hierdurch versprechen sich die orthodoxen Kommunisten eine Vergrößerung der Aufmerksamkeit durch eine breitere Öffentlichkeit. Die Ablehnung von Gewalt wird weniger aus rechtstaatlichen Gründen, vielmehr aus taktischen Gründen für erforderlich gehalten, um demokratische Organisationen nicht fernzuhalten.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP): Sie hat etwa 41.500 Mitglieder mit hohem Mobilisierungspotential. Die DKP unterhält enge Beziehungen zur „DDR“ und von dort auch ihre finanziellen Mittel (1982 rund sechs Millionen Mark). Die DKP ist stark organisiert und geschult. Sie ist in der Lage, viele Veranstaltungen zu prägen. Ob dies von anderen geteilt wird, ist offen. Die DKP verfügt bundesweit über 300 Betriebsgruppen, 900 Ortsgruppen, 100 Hochschulguppen. Sie ist über Nebenorganisationen in allen Koordinationsstellen für die kommende Aktionswoche vertreten.

Demokratische Fraueninitiative (DFI): 1975 mit Hilfe der DKP im „Internationalen Jahr der Frau“ gegründet. Die DFI hat geplante Aktionen unter dem Thema „Frauen gegen Raketen“ gestellt. Sie organisiert Frauen-Friedenscamps und Veranstaltungen gegen die Nachrüstung. 100 Ortsgruppen mit rund 3000 Mitgliedern sind gebildet, und ein hoher Sympathisantenanteil steht bereit. Gewaltsamen Aktionen dieser Gruppe sind den Verfassungsschutzorganen bisher nicht bekannt geworden.

Welfriedenrat (WFR): 1950 durch die KPD/SED gegründet. Der WFR hat auf internationaler Ebene die Aktionen der kommunistischen Massenorganisationen zu koordinieren und zu lenken. Gegenwärtiges Hauptziel ist: „Der Kampf gegen die Stationierung von Massenvernichtungswaffen in Europa“ durch Propaganda und Agitation. WFR-Repräsentanten werden an Veranstaltungen der Aktionswoche teilnehmen.

Deutsche Friedensunion (DFU): 1960 gegründet, arbeitete dieser Verband von Beginn an in den sogenannten Ostermärschen aktiv mit. Etwa ein Drittel der DFU-Mitglieder gehören der verbotenen KPD an. Die DFU umfaßt rund 2500 Mitglieder, die sich in örtlichen Friedensgruppen engagieren. Deutliche Bestrebungen um Zusammenarbeit auch mit Grünen und Sozialdemokraten als „demokratisches Bündnis aller Nachrüstungsgegner“ sind festzustellen. Mit gewalttätigen Aktionen, so der Verfassungsschutz, seitens der DFU ist nicht zu rechnen.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ): Dieses Komitee wurde 1974 durch die DKP und andere kommunistische Organisationen gegründet. Es arbeitet eng mit anderen „Koordinationsstellen für den Herbst“ zusammen. Die Gruppe gehört zu den Initiatoren des „Krefelder Appells“.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ): Nebenorganisation der DKP, wird von ihr gesteuert und finanziert. Bundesweit sind etwa 15.000 Mitglieder in etwa 800 Gruppen zusammengeschlossen. Schwerpunkt der SDAJ ist die Arbeit mit Jugendlichen. Gibt monatlich das Jugendmagazin „Eltan“ heraus.

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB): Nebenorganisation der DKP. 70 Prozent der MSB-Mitglieder gehören der DKP an.

Schwerpunkt ist die Studentenarbeit. Insgesamt zirka 8000 Personen. Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes ist der MSB der stärkste und einflussreichste linksextremistische Studentenverband. Er wird als radikal eingeschätzt.

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK): 1974 mit Hilfe der DKP gegründet. Der DKG nahestehend, mit dem höchsten nichtkommunistischen Anteil. Die Gesellschaft war unter anderem an der Organisation der Demonstrationen in Bonn am 10. Oktober 1981 und am 10. Juni 1983 beteiligt. Strebt explizite Ziele innerhalb der Friedensbewegung an. Befürwortet „direkte gewaltfreie Aktionen“. Betont das Prinzip der Gewaltfreiheit. Bundesweit sind etwa 7000 Mitglieder organisiert.

In der Vergangenheit sind einzelne Friedensgruppen in Erscheinung getreten, die die Durchführung des zweiten Teils des NATO-Doppelbeschlusses auch mit Hilfe von militanten, direkten, gewaltsamen Aktionen verhindern wollen, wenn andere Protestformen keinen ausreichenden Erfolg versprechen. Diese Gruppen nehmen Konfrontationen in Kauf. Wahrscheinlich ist ein Tätigwerden am Rande von Großveranstaltungen mit friedlichem Charakter als „Anheizer“. Ihr Protestpotential ist jedoch vergleichsweise gering. Im wesentlichen handelt es sich um Personen und Organisationen, denen die

Direkte gewaltfreie Aktionen befürwortet

herkömmlichen gewaltfreien Aktionen nicht ausreichen. Hierbei sind vor allem die radikalen kommunistischen Kräfte einzuordnen, die keine Aktionsbündnisse mit demokratischen Organisationen suchen. Allerdings sind „Anschlußaktionen“ denkbar. Folgende, überregional aktive Gruppierungen sind diesem Bereich zuzuordnen: Der kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW). Diese kommunistische Kadernorganisation, die in der Vergangenheit mehrfach aktiv an gewaltsamen Auseinandersetzungen beteiligt war, zählt zur Zeit eine Mitgliederstärke von 500.

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK): Etwa 300 militante Mitglieder mit größerem Sympathisantenkreis. Ziel ist die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“. Aus diesem Grund dürfte sie sich im Bereich der dogmatischen neuen Linken auch zur Nachrüstung engagieren. Mit unfriedlichen Aktionen dieses Personenkreises ist nach Aussage von Verfassungsschutzorganen während der Aktionswoche zu rechnen.

Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FEGA): Zusammenschluß von verschiedenen militanten Gruppen, die auch im Koordinationsbüro Ostermannstraße 179 mitarbeiten. Sie planen konkrete Aktionen gegen die Nachrüstung an einzelnen Objekten. Besonders hat sich die FEGA dabei auf Munitionslager und Friedenscamps spezialisiert. Bedingt durch die dezentrale Organisationsstruktur, können über konkrete Aktionen der FEGA seitens der Verfassungsschutzorgane keine Aussagen gemacht werden. Die Gruppe muß aber entsprechend ihrer Publikationen als militant eingestuft werden.

Marxistische Gruppe (MG): Straff organisiert, diszipliniert, intensiv geschult und streng abgeschirmt. Bei bisherigen Veranstaltungen konnte die MG mehr als 8000 Personen mobilisieren. Ihre Beteiligung an den Friedensaktionen gilt als sicher, militante Aktionen können nicht ausgeschlossen werden.

Hinsichtlich der Anwendung von Gewalt verdienen die autonomen und antiparalysierenden Gruppen besondere Beachtung. Dabei handelt es sich um Zusammenschlüsse von Personen, die „den Kampf gegen das Schweigesystem“ in der Bundesrepublik verfolgen. Sie arbeiten dabei eng mit Personen des terroristischen Umfeldes zusammen. Die Grenze zwischen Autonomen/Antiparalysierenden und Unterstützern terroristischer Gewalttäter sind fließend. Zur Durchsetzung ihrer Ziele verstehen die Autonomen/Antiparalysierenden Gewaltanwendung als effektives Mittel. Diese Formationen haben sich von Gruppen abgespalten, die Gewaltanwendung ablehnen.

Nach Erkenntnis des Bundesamtes für Verfassungsschutz haben in einigen norddeutschen Gruppen inzwischen Personen aus dem terroristischen Umfeld Führungsfunktionen übernommen. Im einzelnen sind vor allem folgende als militant/gewalttätig einzustufende Gruppierungen bisher bekannt geworden:

Bundeskongress autonomer Friedensgruppen (BaF): Der BaF faßt alle antiparalysierenden, autonomen und militanten Gruppen innerhalb der Friedensbewegung zusammen. Er vertritt mehrheitlich das „Konzept der begrenzten Regelverletzungen“. Für das Aktionsprogramm im Herbst konnte sich die Göttinger Gruppe „Arbeitskreis gegen Atomenergie“ durchsetzen mit einem „Plädoyer für eine Konfrontation im Herbst“.

Komitee gegen Bombendiebstahl

(KGB): Hierbei handelt es sich um eine Vereinigung von militanten, autonomen und antiparalysierenden Gruppen mit dem Ziel, Munitionstransporte der amerikanischen Streitkräfte nicht nur auf dem Seienweg zu stoppen, sondern auch auf dem Wasserweg zu stoppen. Zur Durchsetzung dieser Ziele wurde in Zusammenarbeit mit anderen militanten Gruppen eine Telefonkette bis nach Süddeutschland (München) aufgebaut. Der KGB verfolgt die Taktik, Beobachter, Begleiter, blockieren! Dabei sind folgende Aktionen gegen Munitionstransporte nicht auszuschließen:

- Sabotage an Seilbahnen  
- Manövrierunfähigkeit von Munitionsschiffen (durch Ketten bzw. Seile)  
- Anschläge mit Brandbombe  
- Brand- und Sprengstoffanschläge

Für den Seienweg sind Blockaden oder Barrikaden vorgesehen, veranlaßt sind aber auch Beschädigungen von Weichen, Signalanlagen und Oberleitungen nicht auszuschließen.

Arbeitskreis Wesermarsch: Diese Gruppe gibt eine Informationschrift mit der Auswertung aller Munitionstransporte in der Bundesrepublik heraus. An der Erstellung dieser Broschüre und den anschließenden Beratungen haben erwiesenermaßen Personen aus dem terroristischen Umfeld mitgewirkt. Laut Verfassungsschutz befürwortet diese radikale Gruppe eindeutig die militante Gewaltanwendung.

Krieg dem Krieg (KdK): Hierbei handelt es sich um die militanteste Gruppe außerhalb des terroristischen Spektrums. Sie war 1981 an den Ausschreibungen anlässlich des Bundeswehr-Gelbes in Bremen beteiligt. Die Formation unterhält enge Verbindungen zum Sympathisantenkreis und Umfeld der Rote Armee Fraktion. Ideologisch steht sie auf der Seite der dogmatischen Neuen Linken.

Hamburger Blockadeplan: Im Hamburger Blockadeplan arbeiten die militanten Kräfte aus allen antiparalysierenden Gruppen Norddeutschlands zusammen. Polizei und Verfassungsschutz Hamburg bewerten das Blockadeplan als neue terroristische Gruppe, die unter Inkraftnahme von schweren Schäden auch direkte Anschläge gegen Munitionstransporte plant. Mit gewaltsamen Aktionen dieser Gruppe ist zu rechnen.

Arbeitskreis gegen Atomenergie Göttingen: Diese Gruppe trägt besondere Militanz. Sie will unterschiedliche Protestströme - Atompolitik und Nachrüstung - vereinen. Zwei von der Göttinger Gruppe herausgegebene Schriften kennzeichnen

Ermittlungsverfahren gegen den „Atomexpress“

die Einschätzung dieser Gruppe: „Plädoyer für eine Konfrontation im Herbst“ - „Plädoyer gegen die Gewaltfreiheit“. Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe hat gegen die Gruppe bzw. gegen ihr Publikationsorgan „Atomexpress“ ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Mit militanten, gewaltsamen Aktionen dieser Göttinger Gruppe ist zu rechnen.

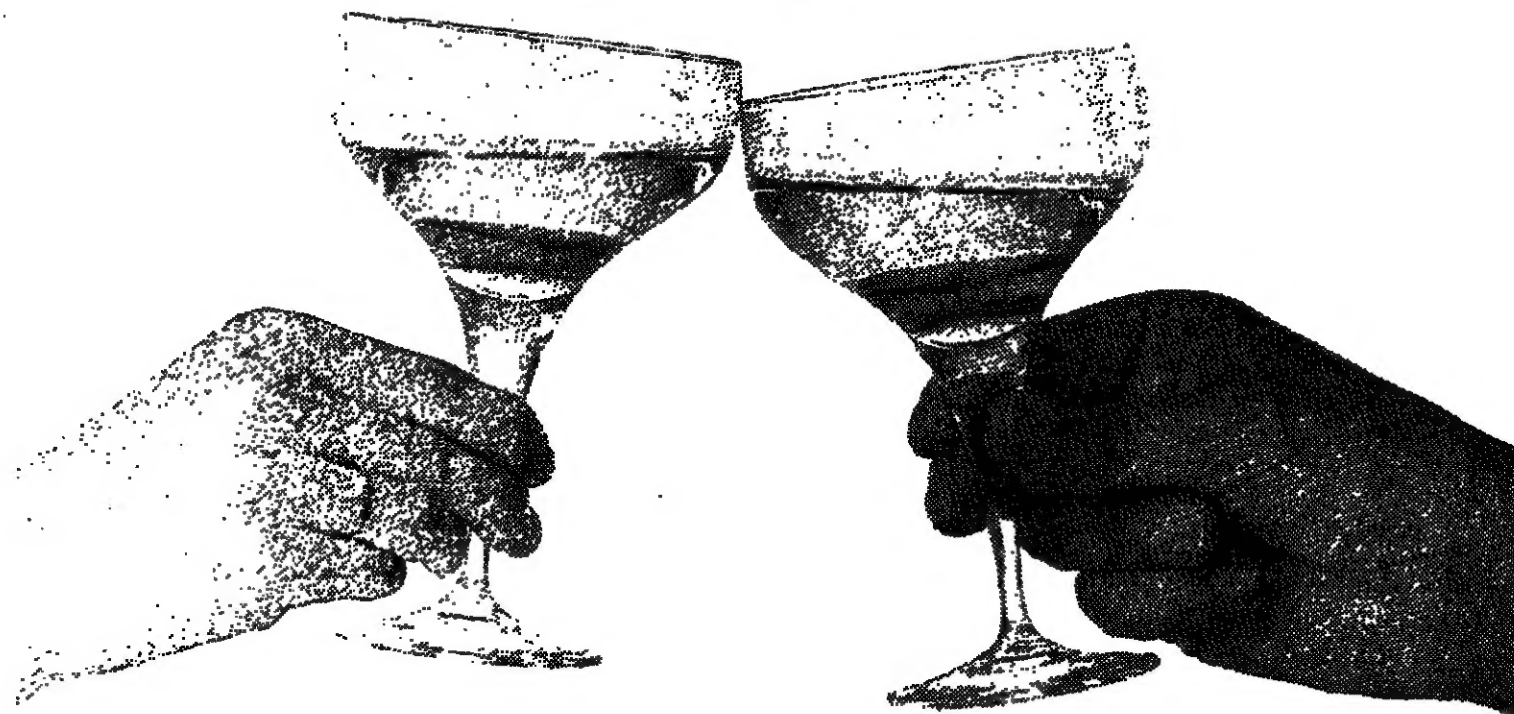
Antimilitaristische Gruppe Bonn (AMG): Militante Gruppe von Nachrüstungsgegnern, die in der Vergangenheit wiederholt als Gewalttäter in Erscheinung getreten sind (Krefeld drei Festnahmen, Wuppertal sechs Festnahmen). Themenschwerpunkt dieser Gruppe sind die Munitionstransporte auf dem Rhein. Mit gewaltsamen Aktionen dieser Gruppe, insbesondere im Raum Bonn, muß gerechnet werden. Nach vorliegenden Erkenntnissen der Verfassungsschutzorgane umfaßt die Gruppe 30 bis 40 Personen, die sich zur Gewaltanwendung bekennen.

Rote Armee Fraktion (RAF): Nach der Struktur der RAF ist eine Durchführung von Anschlägen gegen Militäreinrichtungen und Personen ohne hohen Symbolcharakter unwahrscheinlich. Die RAF steht unter dem Zwang, Aktionen zur Aufrechterhaltung der Sympathisanten- und Unterstützernetze durchzuführen. Sie hat in der Vergangenheit niemals Aktionen unternommen, wenn das öffentliche Interesse obzidiert wurde. Weiterhin denkbare Aktionen werden daher nicht im Zusammenhang mit der Protestbewegung zu sehen sein.

RAF-Umfeld: Im Zusammenhang mit „Aktionen gegen Munitionstransporte“ nehmen die Personen des RAF-Umfeldes eine dominierende Stellung ein. Hierbei spielt die „Ausweichstrategie“ eine besondere Rolle, wonach stärkere Polizeikräfte an Symbolobjekten gebunden werden sollen, um an anderen Orten Erfolge zu erzielen.

Revolutionäre Zeiten (RZ): Die RZ verfolgen die Strategie der „Anknüpfung“, wonach jeweils aktuelle Anliegen genutzt werden. So wurden aus Anlaß des Besuchs von US-Präsident Reagan am 10. Juni 1982 in der Bundesrepublik insgesamt zwölf Sprengstoffanschläge durch die RZ verübt. Eine „Anknüpfung“ an die Aktionen zur Verhinderung der NATO-Nachrüstung ist dabei zu vermuten.

## Herzlichen Glückwunsch zum 6000. Jubiläum\*



\*in Worten: sechstausend! Wahrscheinlich ein Grund zum Feiern. Belegen doch 6000 installierte Textverarbeitungsanlagen deutlich die Erfahrung, mit der Sie bei ERITRON rechnen können. Das zahlt sich sofort wirkungsvoll aus. Durch erhebliche Kostensenkung und große Arbeiterleichterung. Ohne Anlaufverluste durch »Kinderkrankheiten«. Da können Sie

bei ERITRON absolut sicher sein. Wenn Sie nach ausgereiften und sehr preiswerten Lösungen für die Bereiche integrierte Text- und Datenverarbeitung suchen, sollten Sie die

ERITRON-Leistungen gründlich prüfen. Postkarte oder Anruf genügt. Wir reagieren so schnell es die Post ermöglicht.



**ERITRON**  
R4000  
Systems München  
Halle 22  
Stand 105/204

ERITRON ist ein Warenzeichen der Ericsson Gruppe.

Günter Jägersberg GmbH & Co. KG Spaldingstraße 140 2000 Hamburg 1 Telefon 040/23 2011	Schasiopen GmbH & Co. Vogelsanger Weg 38 4000 Düsseldorf 50 Telefon 0211/62 6194	TBS Informations- Systeme GmbH Gorch-Fock-Straße 1 5300 Bonn Telefon 0228/23 2045
BOG Büro-Organisation Peter Schmidt Suchskrug 5-7 2300 Kiel 1 Telefon 0431/34 581	Schasiopen GmbH & Co. Niederwall 43-45 4300 Essen 1 Telefon 0201/22 1446	Carl Schasiopen GmbH & Co. Schwesterstraße 45 5600 Wuppertal 1 Telefon 0202/45 0356
Pöschel Datentechnik Bremer Straße 15 2805 Stuhr-Brinkum Telefon 0421/80 57 95	Schasiopen GmbH Niederwall 43-45 4800 Bielefeld 1 Telefon 0521/64 4425	Lorenz Orga Systeme GmbH, Praunheimer Landstraße 32 6000 Frankfurt 90 Telefon 0611/76 0081

Weinrich GmbH & Co. Büroorganisation Ronsbachstraße 32 6400 Fulda Telefon 0661/49 20	Lamm Organisations- Systeme GmbH Einsteinstraße 57 7505 Ettlingen Telefon 07243/1090	Beck + Peters GmbH Nürnberg GmbH 8000 München 2 Telefon 089/77 3051
Ludwig Gerard N.7.11 6800 Mannheim Telefon 0621/27915	Lamm Organisations- Systeme GmbH Wülferlenstraße 9 7800 Freiburg 37 Telefon 0761/13 2031	Dialog Computer Nürnberg GmbH Fraunholzstraße 5-7 8500 Nürnberg Telefon 0911/33 3933

David Computer Systeme GmbH · Bereich ERITRON · Holderackerstraße 35 · 7000 Stuttgart 31 · Telefon 0711/836 2200



## "Agrarrevolution" in der UdSSR gescheitert

Die vor zehn Jahren eingeleitete "Agrarrevolution" im Nordwesten der Sowjetunion ist offensichtlich gescheitert. In einem Bericht des Politbüros wurde jetzt eingeräumt, daß bei der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in den Gebieten der "armen Erde" erhebliche Rückschläge gegenüber der Planung aufgetreten seien.

Die intensive Nutzung der auf drei Millionen Quadratkilometer geschätzten Anbauflächen in Rußland, Weißrußland, den drei baltischen Republiken und im Nordwesten der Ukraine war 1974 mit einem 15-Jahres-Plan eingeleitet worden. Mit der Nutzung wollte die sowjetische Führung die Produktion der "reichen" Agrarregionen in Kasachstan und in der Ukraine ergänzen. Nach den sowjetischen Plänen hätte die "arme Erde" 1985 rund 94 Millionen Tonnen Getreide produzieren sollen. Diese Menge entspricht in etwa den sowjetischen Getreideeinfuhren. Zur Erreichung dieses Ziels sind bereits 50 Milliarden Rubel investiert worden. Das bedeutet, daß in den vergangenen Jahren 20 Prozent aller landwirtschaftlichen Investitionen in diese Regionen gegangen sind. Nach Angaben des Politbüros ist in den fraglichen Gebieten jedoch nur die Produktion von Fleisch und Milch gestiegen worden.

Gescheitert ist nach dem Eingeständnis des Politbüros jedoch die "Restrukturierung" der Regionen mit ihren 60 Millionen Einwohnern, die Bewohner der Dörfer sollten, "ohne Zukunftsaussichten" in moderne Landzentren umgesiedelt werden. Auch das Problem der Landflucht nach Moskau oder Leningrad ist nicht gelöst worden. Vor allem von den 130 000 jungen Leuten, die mit dem Versprechen hoher Löhne und guter Wohnungen auf die "arme Erde" gelockt worden waren, ist der größte Teil nicht geblieben.

## Bonn lobt Schwedens Rolle in Europa

Co. Bonn Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat seinem schwedischen Amtskollegen Lennart Bodström für die, besonders konstruktive Rolle Schwedens bei der Abkehr von Kompromissen zwischen West und Ost, auf dem Madrider KSZE-Folgetreffen gedankt. Bei einem Abendessen für Bodström begrüßte er es auch, daß sich Schweden bereit erklärt habe, Gastgeber für die im Januar in Stockholm beginnende "Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen" zu sein. Bonn stimme dem Vorschlag zu, die Konferenz durch die Außenminister eröffnen zu lassen.

Der schwedische Außenminister war gestern zu einem zweitägigen Besuch in Bonn eingetroffen. Bei einem ausführlichen Gespräch mit Genscher, das der Bundesaußenminister als "besonders nützlich und freundschaftlich" bezeichnete, standen aktuelle Fragen der Abrüstung im Mittelpunkt. Dabei betonte Genscher, die klare Position Bonns als Teil des Westens und der EG mache seine Außenpolitik ebenso berechenbar wie die langfristige Anlage der deutschen Politik gegenüber der Sowjetunion.

## Potemkin auf der Buchmesse

Die Russifizierung der Völker Estlands, Lettlands und Litauens und die gleichzeitigen Tarnversuche durch die sowjetische Regierung gesehen in verschiedenen Formen. Eine davon, die Verdrängung der nationalen Kulturen, konnte vom aufmerksamen Beobachter am sowjetischen Stand der 35. Frankfurter Buchmesse festgestellt werden.

Um den staatlich gelenkten Rückgang des Anteils der Publikationen in den nationalen Sprachen zu tarnen, bedienten sich die Sowjets auf der Messe der altbewährten russischen Methode potemkinscher Dörfer. Im sowjetischen Messekatalog "Sücher aus der UdSSR auf der internationalen Buchmesse - in Frankfurt am Main" sind insgesamt 142 Bände von Verlagen aus den von den Sowjets besetzten Ländern Estland, Lettland und Litauen aufgeführt, die auf der Messe ausgestellt sein sollen. Tatsächlich waren am sowjetischen Stand nur 14 Bücher dieser Verlage zu finden. Von den im Katalog aufgeführten Bänden lettischer Verlage waren nur vier ausgestellt - drei Bände sowie die lettische Übersetzung eines unbekannten "DDR"-Schriftstellers. Kein einziges Buch eines lettischen Schriftstellers war zu finden, obwohl im offiziellen Katalog zahlreiche Werke lettischer Schriftsteller aufgeführt sind. Von der Vielzahl der im Katalog angegebenen Bücher in ukrainischer Sprache waren ebenfalls nur drei ausgestellt.

Auf die Frage an das Standpersonal des sowjetischen Gemeinschaftsstandes, wo nun die aufgeführten Bücher zu finden sind, gab es die Auskunft, diese Bücher befinden sich in Kartons und seien noch nicht ausgepackt. Erst auf intensive Nachfragen, wo diese Kartons stünden, gestand man, daß diese Bücher überhaupt nicht vorhanden seien.

## Strauß: Mit Konkurrenz aus USA Schritt halten

Bonn sagt Mittel zum Bau des kleinen Airbus zu

PETER SCHMALZ, München Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß erläuterte gestern in München erstmals seine Überlegungen, die ihn bewegen haben, zu den Aufsichtsratsmandaten in der deutschen und internationalen Airbus-Industrie auch in die Aufsichtsgremien der Luftansa und des größten deutschen Luft- und Raumfahrtkonzerns MBB zu gehen: Er will den Bau des kleinen Airbus A 320 durchsetzen. Die Entscheidung für diese 150-sitzige Maschine müsse jetzt fallen, wenn die Europäer mit der amerikanischen Konkurrenz mithalten wollen, erklärte Strauß zur Eröffnung der Jahrestagung der "Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt".

Strauß rechnet mit einer großen Beschäftigungswelle der westlichen Fluggesellschaften in den nächsten Jahren und sieht darin die große Chance der europäischen Flugzeugbauer, sich nach dem Durchbruch auf dem Markt der Großraumflugzeuge mit dem Airbus A 300 und A 310 nun über das Jahr 2000 hinaus einen dauerhaften Anteil am Weltmarkt zu sichern. "Ich will durch meine Mitarbeit in den Aufsichtsräten dazu beitragen, daß die deutsche und europäische Luftfahrt durch noch mehr Abstimmung und noch engere Kooperation zu noch besserer Übereinstimmung kommt", erklärte der bayerische Regierungschef, der bereits auf zahlreichen Auslandsreisen erfolgreich für den Airbus geworben hat.

Demnach wird Strauß im Aufsichtsrat der Luftansa darauf einwirken, daß die Fluggesellschaft ihre Widerstände gegen den kleinen Airbus aufgibt. Bisher hat die Luftansa im Gegensatz zu den europäischen Partnern einer vierstrahligen Langstrecken-Version den Vorzug gegeben.

Brieflich und schriftlich, so Strauß gestern, habe er Bundeskanzler Helmut Kohl beschworen, den kleinen A 320 durch Bürgschaften und Exporthilfen mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen, damit diese Maschine rechtzeitig zum Ende der 80er Jahre auf dem Weltmarkt angeboten werden kann. Würde man solange warten, bis genügend Bestellungen aufgegeben sind, dann wäre bereits 1988

- und Boeing würde den Markt beherrschen.

Das Drängen aus Bayern zeigte in Bonn schon Wirkung: Das Bundeskabinett hat einen einmaligen, bedingt rückzahlbaren Zuschuß zu den Entwicklungskosten beschlossen und seine Bereitschaft zu weiterer finanzieller Unterstützung erklärt. Der Airbus mit einer geschlossenen Patente im Angebot ist nach den Worten von Strauß die letzte große Chance der Europäer im weltweiten Luftfahrtgeschäft. "Wenn es gelingt", so Strauß gestern vor der Luft- und Raumfahrtgesellschaft, "über den Airbus weiterhin Aufwind zu haben, dann ist das mehr wert als manches milliardenschwere Beschäftigungsprogramm alter Art, das nur für kurzfristige Beschäftigung sorgt."

Trotz seiner grundsätzlichen Kritik an Subventionen, die den Empfänger leicht durch die Gewöhnung an die Finanzspritzen ermüden lassen, sprach sich Strauß für eine weitere staatliche Unterstützung der Luft- und Raumfahrt aus. Er regte jedoch an, künftige staatliche Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zeitlich relativ kurz zu befristen und automatisch auslaufend zu gestalten. Da Subventionen lang- und zählig sind und Kriege wie Geldentwertungen überstehen, müßte in Zukunft dem Bewilligungsbescheid eigenständig gleichzeitig die Streichungsmöglichkeit beigelegt werden, fügte der Ministerpräsident scherzhaft hinzu. Sein Engagement für die Luftfahrt ist auch von starken bayerischen Interessen geprägt, da die Hälfte der deutschen Luft- und Raumfahrtpatente im Freistaat liegt und hier vor allem um die Landeshauptstadt München konzentriert ist.

Die "Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt", der 3000 Mitglieder angehören, will Wissenschaft und Technik zur Erforschung und Nutzung des Luft- und Weltraumes fördern. DGLR-Vorsitzender ist Professor Gero Madelung, stellvertretender Vorstandsvorsitzender von MBB. Zur Kongreßöffnung wurden gestern der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Rainer Lüst, mit der "Werner-von-Braun-Auszeichnung" und der emeritierte Professor Kurt Magnus mit dem Ludwig-Prandtl-Ring geehrt.

## Stuttgart will den Beamten die Nebeneinkünfte schmälern

Rüge des Landesrechnungshofes brachte Stein ins Rollen / Düsseldorf als Vorreiter

Von KING-HU KUO

Der Landesrechnungshof brachte den Stein des Anstoßes ins Rollen: einige ärztliche Direktoren an pathologischen Instituten der Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen hätten aus "Nebentätigkeiten" in jenen staatlichen Einrichtungen "sehr hohe Einkünfte erzielt". Der Rechnungshof Baden-Württemberg, der am 6. September seine "Denkschrift" zum Landeshaushalt öffentlich vorlegte, nannte auch konkrete Zahlen. Die ohnehin hoch dotierten Mediziner hätten jährlich brutto "nebenbei" zwischen 500 000 und 1,4 Millionen DM verdient.

Als Folge der "unbefriedigenden Abgrenzung" zwischen den Dienstaufgaben und den Nebentätigkeiten dieser Beamten sei ein hoher Zuschußbedarf entstanden. Zur Deckung des hohen Personal- und Sachaufwandes müßte das Land diesen Instituten an den genannten Universitäten 1982 mehr als 11 Millionen DM an Zuschüssen zahlen, monierte der Rechnungshof.

Die Mitarbeiter des in Karlsruhe beheimateten Rechnungshofes deckten weiter auf, daß die Zahl der in Nebentätigkeit erledigten Untersuchungs- und Beratungsaufträge jener hochbezahlten Mediziner die Summe der dienstlichen Tätigkeiten "zum Teil erheblich" übersteige. In manchen Fällen hätten die Beamten im Vergleich zu ihren Dienststunden das Doppelte oder gar Dreifache an "Nebentätigkeiten" geleistet.

Der Rechnungshof, so schlußfolgerte die Behörde in ihrer Denkschrift, halte deshalb "Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Einnahmen der pathologischen Institute für dringend". Die Nebentätigkeit sollte "auf Untersuchungen für stationäre und ambulante Privatpatienten" beschränkt werden. Alle anderen Tätigkeiten sollten als Dienstaufgaben erledigt werden. Der Appell des Rechnungshofes fand über alle Parteigrenzen hinweg eine schnelle, positive Resonanz.

Einstimmig beschlossen die Mitglieder des zuständigen Finanzausschusses Anfang Oktober, einem Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen.

Er sieht vor, daß künftig hochbezahlte Beamte und Angestellte im Staatsdienst (von Besoldungsstufe A 10 an) ihre Gesamteinkünfte aus Nebentätigkeiten und Überstunden "offenlegen" sollen. Die Landesregierung ihrerseits wurde aufgefordert, konkrete Vorschläge "bis zum 30. April 1984" dem Landtag zu unterbreiten, wie sie den Abbau dieser lukrativen Nebentätigkeiten fördern will.

Dadurch ist die Landesregierung in Zugzwang geraten, denn das Kabinett ist bisher eher zurückhaltend in dieser Frage. Da die Beamten ohnehin weniger verdienen als in der freien Wirtschaft, könnte eine Einschränkung der Nebentätigkeiten unter Umständen zu einer Abwanderung hochqualifizierter Kräfte in andere Bundesländer führen, in denen nicht so restriktiv in Sachen Neben-

einkünfte vorgegangen wird. Eine Nebentätigkeit nunmehr als "gebundene Erlaubnis" ausgestaltet. Konkret bedeutet dies, daß eine Erlaubnis "versagt werden muß, wenn anzunehmen ist, daß durch die Nebentätigkeiten dienstliche Interessen beeinträchtigt werden, und auf die der Beamte andererseits einen Anspruch hat, wenn dies nicht zutrifft".

Die Forderung des Stuttgarter Landtags nach einer Anzeigepflicht von Nebeneinkünften ist ebenfalls Bestandteil der Düsseldorfer Regelung von 1982. Doch offenbar ist die Rechtsverordnung der Düsseldorfer Regierung noch zu durchlässig: In diesen Tagen macht ein neuer Entwurf die Runde durch die Fachressorts, die eine noch strengere Handhabung der Nebentätigkeiten vorsehen will, teile die Staatskanzlei mit.

Hessen hat durch zwei Erlasse in diesem Jahr versucht, den Nebentätigkeiten Schranken einzubauen. Im Juli kam eine solche restriktive Regelung für Architekten und Bauingenieure, die neben Ärzten im Bereich der Nebeneinkünfte überall eine große Rolle spielen. Und vor etwa zwei Wochen machte ein neuer Entwurf die Runde, der demnächst im Gesetzblatt veröffentlicht wird. Darin wird die generelle Anweisung gegeben, bei der Erteilung von Genehmigungen bei Nebentätigkeiten noch "zurückhaltender" zu verfahren als bisher.

Das Land Berlin hat im Rahmen seines beschlossenen Arbeitsmarkt- und Strukturprogramms den Punkt aufgenommen, Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst so einzuschränken, daß 1000 neue Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden könnten. In Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz wurde versichert, es gebe solche "Überlegungen" oder "Pläne", man renne "offene Türen" ein, aber konkret ist bislang noch nichts beschlossen worden.

Und im kleinsten Bundesland Saarland hält man weitergehende Schritte für nicht erforderlich, da dort die Frage der Nebentätigkeiten ohnehin sehr restriktiv gehandhabt werde. Regierungssprecher Baum zur WELT: "Die meisten Mitarbeiter der Staatskanzlei dürfen beispielsweise überhaupt keine Nebentätigkeit ausüben, nicht einmal ehrenamtlich."

## "Für Deutschland nicht einen Finger rühren"

dpa, Madrid In einem Interview der spanischen Zeitung "La Vanguardia" hat der pensionierte französische General Pierre Gallois (72) die Ansicht vertreten, daß sich Frankreich bei einem Krieg mit der Sowjetunion nicht an einer Verteidigung Deutschlands beteiligen sollte. Auf die Frage "Was glauben Sie, sollte Frankreich im Falle eines russischen Angriffs bis zum Rhein tun?" antwortete Gallois, früher ein einflussreicher Stratege und einer der "Väter" der französischen Atom-Abschreckungstreitkräfte ("Force de dissuasion").

"Nicht einen Finger rühren. Stillhalten. Zeit verstreichen lassen, damit die Sowjets das deutsche Problem lösen können, während wir Frankreich schützen. Ich ziehe es vor, lieber die sowjetische Armee an den Grenzen Frankreichs zu haben als die Zerstörung Frankreichs zuzulassen."

Gallois, früher enger Mitarbeiter Charles de Gaulles, fuhr auf die Zwischenbemerkung, daß dies die NATO zerstören würde, fort: "Man muß Deutschland den Sowjets überlassen. Es bliebe keine andere Wahl. Außerdem meine ich, daß die militärischen Konzepte der Allianz nicht auf dem neuesten Stand sind."

Gallois hatte schon vorher auf die Frage, ob er an die Möglichkeit eines sowjetischen Angriffs in Europa glaube, geantwortet: "Ich glaube ja. Ich bin sicher, daß er in den nächsten 20 Jahren irrendwie kommen wird, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet. Sehen Sie, das Grundproblem ist Deutschland. Manchmal möchte ich einen Alptraum aussprechen, der mir im Kopf sitzt..."

Der General beschrieb dann seine Vorstellung, daß sich Moskau und Bonn eines Tages auf eine Wiedervereinigung Deutschlands einigen könnten, unter der Bedingung, daß Deutschland die NATO verläßt, neutral bleibt, moskautreuer wird und mit der Sowjetunion eine enge technologische und wirtschaftliche Zusammenarbeit eingeht.

DIE WELT (Ausg. 803-580) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

## Belgrad: Sicherheit der Winterspiele gefährdet

Jugoslawien fürchtet Anschläge von Exilgruppen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die jugoslawische Regierung fürchtet um die Sicherheit bei den Olympischen Winterspielen 1984 in Sarajewo. Besorgnisse, es könnte zu Anschlägen gegen Flugzeuge und Flugplätze kommen, wurden gegenüber Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) zum Ausdruck gebracht, der in den zurückliegenden Tagen politische Gespräche in Belgrad geführt hat. In seiner Begleitung war der für Polizeiangelegenheiten zuständige Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium, Manfred Schreiber, der zugleich Sicherheitsbeauftragter des Deutschen Olympischen Komitees ist. Gesprächspartner Zimmermanns waren hauptsächlich Ministerpräsidentin Planinc und der jugoslawische Innenminister Dolanc. Übereinstimmend bezog sich die jugoslawische Regierung bei ihren Besorgnissen hinsichtlich der Sicherheit bei den Winterspielen auf Aktivitäten von Exilgruppen. Es gebe Belege dafür, daß solche Gruppen Waffen und Sprengstoff nach Jugoslawien hineinschmuggeln wollten. Der Wunsch der jugoslawischen Regierung, deshalb schon im Vorfeld auch auf deutschem Boden Exilkroaten zu überwachen, wurde von Bundesinnenminister Zimmermann mit dem Hinweis auf die bei uns geltende Rechtslage zurückgewiesen. Waffen- und Sprengstoffdelikte auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland würden im Rahmen der hier geltenden Rechtsordnung verfolgt. Außerdem seien die Sicherheitsbehörden in ihrem Vorgehen durch Gerichtsentscheidungen gebunden. Generell gelte jedoch, daß die deutschen Behörden, gleich aus welchem Land die Täter stammten, Verbrechen nachsichtig verfolgen. Bonn wünsche keine Gewalttätigkeiten von oder zwischen ausländischen Gruppen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland, erklärte Zimmermann.

Die Antwort der jugoslawischen Regierung, von ihr seien solche Gruppen noch nicht unterstützt worden, stieß allerdings bei Zimmermann und seiner kleinen Delegation, zu der neben Schreiber nur noch der Sprecher des Ministeriums, Wighard Härdt gehörte, auf deutliche Skepsis. Bei den Sicherheitsbehörden liegen zahlreiche Anhaltspunkte dafür vor, daß der jugoslawische Geheimdienst Personen mit dem Auftrag in die Bundesrepublik Deutschland schickt, hier lebende Exilkroaten zu ermorden. Auch der von Belgrad vertretene Standpunkt, bei den Aktivitäten von Exilgruppen handle es sich um Terrorismus und dieser müsse, gleich welchen Hintergrundes, weltweit und uneingeschränkt bekämpft werden, hat angesichts des Verhaltens der jugoslawischen Regierung in der Vergangenheit Fragezeichen aufgeworfen. Die Regierung in Belgrad war es nämlich, die vor wenigen Jahren die meistgesuchten deutschen Terroristen in ihrem Land entdeckte und sie trotz wiederholter Anträge der Bundesregierung flüchten ließ. Erst Bulgarien ermöglichte den deutschen Sicherheitsbehörden die Festnahmen der RAF-Mitglieder.

## Spionageprozeß in Hamburg

Aktentasche mit Geheimkamera führte zur Festnahme

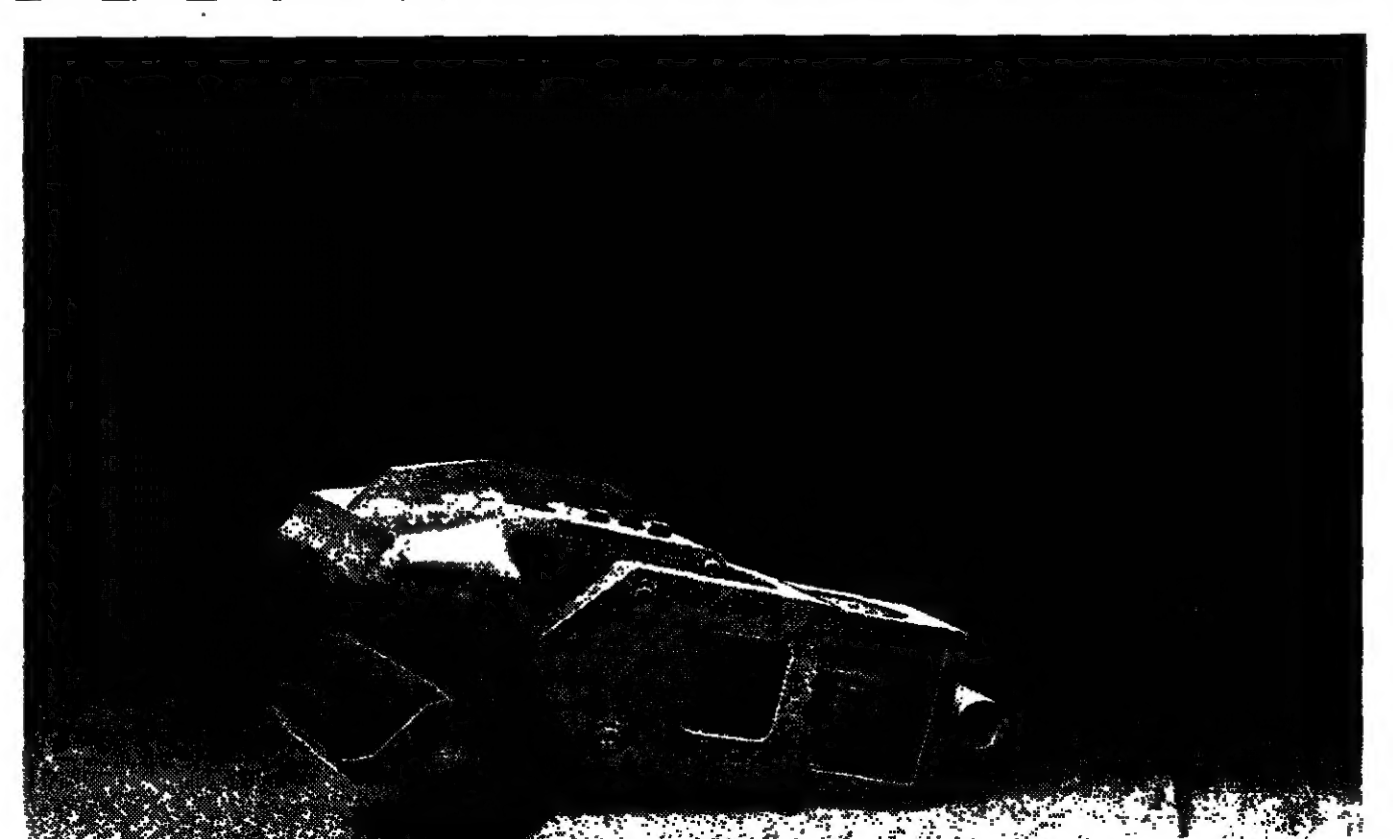
gko:Jub. München/Hamburg Vor dem 3. Strafsenat (Staatschutzangelegenheiten, 4. Red.) des Hanseatischen Obergerichts in Hamburg wird heute der Prozeß gegen den 1923 geborenen Karl Heinz Miosky eröffnet. Miosky wird von der Generalbundesanwaltschaft der nachrichtendienstlichen Agententätigkeit (Paragraph 99 StGB) für den Geheimdienst der "DDR" beschuldigt.

Nach den vorliegenden Informationen soll Miosky Ende Oktober 1982 an einem nachrichtendienstlichen Unternehmen in Süddeutschland beteiligt gewesen sein. Mit zwei Beauftragten des "Ministerium für Staatssicherheit" (MfS) in Ost-Berlin soll er militärische und schutzwürdige Objekte der Kategorie 1 a (Objekte, die zur Aufrechterhaltung der Funktion eines Staatswesens dienen) fotogra-

fieren haben. Dabei gab es offensichtlich eine Panne: Sie verloren eine Aktentasche mit eingebauter Geheimkamera, die schließlich zur Identifizierung und Festnahme von Miosky führte.

Außerdem besteht der Verdacht, daß der Angeklagte an das MfS Arbeitsplatzeinschreibungen von Verwaltungsstrukturen im Raum Hamburg, Kiel und Bremen geliefert hat. Des weiteren soll er von Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg Personenbeschreibungen gegeben haben. Darüber hinaus besteht der Verdacht, daß Miosky zwischen 1978 und 1982 wochenlang zu verschiedenen Schulungslehrgängen des MfS in der "DDR" gewesen ist.

Die Dauer des Prozesses ist bisher auf mehrere Wochen festgesetzt.



## Pro Roboter.

Ohne diese eisernen Hand ist die Produktion bei uns nicht mehr denkbar. Deshalb bekennen wir uns zum Roboter ohne Wenn und Aber. Deutsche Industrie- und Technologieunternehmen werden ohne modernste Technologie und die Flexibilität der Roboter schnell vom Weltmarkt verschwinden. Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit muß durch höchste Qualität bei gesenkten Kosten gesichert werden. So erhalten wir langfristig Arbeitsplätze.

Die meisten Roboter ersetzen keine Arbeitsplätze, sondern Maschinen. Andere entlasten unsere Mitarbeiter von schweren und einseitigen körperlichen Anstrengungen. Das sind Wege zur Humanisierung der Arbeitswelt.

Die zentrale Rolle wird immer der Mitarbeiter am qualifizierten Arbeitsplatz spielen. Seine Kreativität und Schaffenskraft werden auch in Zukunft dafür sorgen, daß sich die Räder weiter drehen.

Für uns liegt der Fortschritt im Detail. Wir arbeiten daran.



Mehr als Autos.



## Mahlein kritisiert auch den DGB

dpn, Nürnberg  
Eine unzureichende Koordination in der Tarifpolitik hat der scheidende IG-Druck-Vorsitzende Leonhard Mahlein dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) vorgeworfen. Auf dem 13. Ordentlichen Gewerkschaftstag seiner Organisation in Nürnberg sagte Mahlein, bei den vergangenen Tarifverhandlungen sei die gesamtgewerkschaftliche tarifliche Angelegenheit falsch gewesen. Die kämpferischen Möglichkeiten seien nur teilweise und die tatsächlich vorhandene Kraft sei nur unzulänglich eingesetzt worden. Deshalb - so Mahlein - „kommen wir um eine verstärkte Koordination einfach nicht herum - und diese muß bis zum solidarischen Arbeitskampf ausgerichtet sein.“ In der zu erwartenden Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche sieht der IG-Druck-Chef weit mehr als eine wirtschaftliche Machtfrage. Es gehe bei diesem Kampf ebenso um die Abwehr einer weiteren Einengung der gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten und damit auch um die Frage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Erfolg und Niederlage in dieser Frage hängen nach Mahleins Auffassung entscheidend davon ab, ob es gelinge, die Auseinandersetzung mit den Unternehmern „grundsätzlich zu politisieren“.

In seinem Geschäftsbericht forderte der IG-Druck-Vorsitzende die Gewerkschaften ferner auf, bei der Durchsetzung ihrer Zielvorstellungen „wieder über die Möglichkeit politischer Widerstandsmaßnahmen“ zu sprechen. Allein durch Kundgebungen oder Demonstrationen könnten die Gewerkschaften die Haltung dieser „restaurativen“ Bundesregierung nicht durchbrechen. Die Gewerkschaften müßten ernsthaft prüfen, mit welchen Mitteln die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung zur politischen Wirklichkeit werden könne.

Der Bundesregierung warf der scheidende IG-Druck-Vorsitzende vor, „mit der Brechstange an die sozialen Rechte der arbeitenden Menschen“ heranzugehen. An die Adresse des DGB meinte Mahlein in diesem Zusammenhang, die eher verhaltenen Proteste - vornehmlich in Presseverlautbarungen - erweckten nicht den Anschein, „daß der DGB und die Gewerkschaften handfesten Widerstand gegen die Politik der Regierung zu organisieren gedenken“.

## In Nicaragua schlug Kissinger Haß entgegen

Kommission sondierte / El Salvador eher problemlos

WERNER THOMAS, Miami  
Die Reise der Kissinger-Kommission durch Mittelamerika war kurz sechs Länder in sechs Tagen. Panamas Präsident Ricardo de la Espriella fragte sich, ob die Gruppe wohl ein realistisches Bild von den Problemen erhalte. Kissinger hatte vor der Reise zwar eingeräumt, „daß wir keine Experten werden“. Die Tour könne jedoch Eindrücke vermitteln und die Gelegenheit geben, alle wichtigen Politiker der Region kennenzulernen, meinte er.

Kommissionsmitglied Nicholas Brady, ein ehemaliger Senator des Bundesstaates New Jersey, glaubt, daß dies der nachhaltigste Eindruck war: „Wir sind in der Annahme nach Mittelamerika gereist, El Salvador sei das Hauptproblem. Alle Leute betrachteten jedoch Nicaragua als das größte Problem.“ Alle Leute - außer den Männern in Managua.

Kissinger scheint ebenfalls von den Warnungen vor den sandinistischen Comandantes beeindruckt worden zu sein. Auf dem Flughafen in Guatemala City berichtete er, die Gesprächspartner in Panama, Costa Rica, El Salvador und Guatemala hätten ihre „tiefe Besorgnis“ geäußert „über die Entwicklungen in Nicaragua“. Die Regierungen dieser Länder würden „den großen politischen und subversiven Druck eines schwer bewaffneten Nicaragua mit den dort operierenden Geheimdiensten der Sowjets, der Kubaner und der DDR“ fürchten.

In Managua signalisierte Junta-Chef Ortega einen weiteren Schritt der militärischen Eskalation. Nicaragua müsse sich neue Waffen „zur Verteidigung unserer Küste und unseres Luftraums“ beschaffen. Diplomatische Beobachter glauben, daß die Sandinisten an moderne sowjetische Luftabwehr-Raketen und sowjetische MIG-Kampffluger denken. Ortega warnte zudem das nicaraguansiche Volk sich auf eine Invasion honduranischer oder amerikanischer Truppen vorzubereiten. Die sandinistische Presse schloß sich immer heftiger auf die „Yanquis“ ein, die täglich in Schlagzeilen verteuft werden.

Als Henry Kissinger und seine Begleiter mit Ortega „stürmische“ Gespräche führten, ließ die Regierung 50 000 Demonstranten durch die Straßen Managuas marschieren. Sie

trugen Transparente, die verkündeten: „Reagan - Hurensohn.“ Sie skandierten im Sprechchor: „Kissinger raus.“

Langhoren Motley, der Abteilungsleiter für Lateinamerika im State Department, bezeichnete seine Gespräche mit Ortega als „offen, freimütig und zivilisiert“. Aber: „Sie brachten keinen Durchbruch.“ Die Sandinisten akzeptieren wohl die Friedensvorschläge der um eine Lösung des Mittelamerika-Konfliktes bemühten Contadora-Staaten (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela). Die Reagan-Regierung besteht jedoch auf einem Ende jeglicher Unterstützung für die salvadorianische Guerilla und fordert freie Wahlen. Wenn die Comandantes darauf nicht eingehen, soll die CIA weitere den Konterrevolutionären Brigaden helfen.

Im Vergleich zu Nicaragua war die Situation El Salvadors problemlos, obgleich Kissinger kritische Kommentare äußerte über die jüngste Mordwelle rechter Extremisten. Kissinger berichtete, er habe stets an die kritische Menschenrechtssituation erinnert und die Reaktionen darauf in Washington. „Ich sagte dem Präsidenten (Alvaro Magaña), daß die Amerikaner nicht gezwungen werden sollten, zwischen Sicherheitsinteressen und Menschenrechts-Erwägungen zu wählen.“

In den anderen Ländern mußte sich die Kommission Klagen über die angeblich unzureichende Wirtschaftshilfe anhören. Panamas Präsident de la Espriella und sein costaricanischer Amtskollege Luis Alberto Monge führten die Krise Mittelamerikas auf wirtschaftliche und soziale Probleme zurück und verlangten mehr Geld als Waffen. Honduras wünscht beides. In den nächsten drei Jahren sollen die Amerikaner Waffen im Wert von 400 Millionen Dollar liefern und die Wirtschaft mit 500 Millionen Dollar unterstützen. Diese Vorstellungen übertreffen die Pläne Washingtons um das Zehnfache.

Ronald Reagan erwartet von dem Gremium Richtlinien für eine langfristige Mittelamerika-Politik der Vereinigten Staaten. Der Kommission bleibt nicht viel Zeit: Der Bericht soll bereits am 10. Januar nächsten Jahres dem Präsidenten präsentiert werden. (SAD)

## Bischöfe betonen in „DDR“ Einheit mit dem Papst

KNA/DW, Berlin

Die Notwendigkeit der Einheit der Kirche in der „DDR“ mit dem Papst haben die in der Berliner Bischofskonferenz (BBK) zusammengekommen Bischöfe unterstrichen. In einem gemeinsamen Kanzelwort anlässlich des fünften Jahrestages der Papstwahl von Johannes Paul II., das in allen Kirchen Ost-Berlins und der „DDR“ verlesen wurde, betonten die Bischöfe, die Verbundenheit der katholischen Kirche mit dem Papst sei keine Forderung menschlicher Solidarität, sondern eine wesentliche Konsequenz des Glaubens.

Hintergrund zu diesem Kanzelwort ist offenbar der immer wieder zu beobachtende Versuch des Staatsssekretariats für Kirchenfragen in Ost-Berlin, unter Umgehung des Vatikan direkt mit den einzelnen Ordinarien zu verhandeln, was auf eine Schwächung der Position Roms abzielt. Der Heilige Stuhl hat bislang jegliche kirchenrechtliche Korrektur abgelehnt. Teile mehrerer Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland liegen in Mitteldeutschland.

In dem Kanzelwort stellen die Oberhirten fest, die Einheit bewahre die Kirche in der „DDR“ vor der Isolation und schließe sie in die große Gemeinschaft der Weltkirche ein. „Wir werden uns nie von ihm (dem Papst) trennen lassen“, heißt es in der Botschaft. Der Nachfolger Petri sei mit dem Dienst betraut, „die Einheit aller Ortskirchen darzustellen“, erklären die Bischöfe weiter. Die Kirche sei kein „zentralistischer Kirchenstaat“, sondern eine lebendige Gemeinschaft, in der Bischöfe, Priester, Diakone und Gläubige die ihnen zukommende Verantwortung für das Ganze mittragen“. Johannes Paul II. stehe seit fünf Jahren in der Verantwortung für die Gesamtkirche, und diese „krisenhaften Jahre“ seien an ihm nicht spurlos vorübergegangen, wenn man an das Attentat vom 13. Mai 1981 erinnere.

Bereits früher haben die Berliner Bischofskonferenz und auch einzelne Bischöfe in der „DDR“ wiederholt die enge Verbundenheit der Kirche in diesem Gebiet mit dem Papst unterstrichen. Auch der Papst hatte „die gelebte und praktizierte Einheit der Bischöfe einer Ortskirche mit dem Papst als dem Bischof von Rom“ als eine „wesentliche Bedingung für die notwendige innere Freiheit und Selbstbestimmung jeder Ortskirche“ herausgestellt.

## Kaum Gemeinsames bei Südeuropas Sozialisten

Zu Gast bei Papandreu / Beratungen wenig erfolgreich

EVANGELOS ANTONAROS, Athen  
Eigentlich hatte der griechische Regierungschef Andreas Papandreu das zweitägige inoffizielle Treffen der fünf sozialistischen Ministerpräsidenten Südeuropas, das gestern zu Ende ging, völlig anders geplant. Zwar sollten Bettino Craxi aus Italien, Pierre Mauroy aus Frankreich, Felipe Gonzalez aus Spanien und Mario Soares aus Portugal mit Papandreu über die Weltwirtschaftslage, über Mittelstreckenraketen und über Ost-West-Beziehungen beraten. Aber Papandreu hatte den Konferenztermin so angesetzt, daß er mit dem zweiten Jahrestag seines spektakulären Wahlsieges im Oktober 1981 zusammenfallen würde.

Bis zuletzt hatte Papandreu gehofft, zumindest einen seiner prominenten Gesinnungsgenossen zur Teilnahme an einer Großkundgebung zu gewinnen, die die Pasok-Sozialisten auf Athens Versammlungsplatz veranstalten wollen. Doch Papandreus Rechnung ging nicht auf. Wegen angeblich dringlicher Verpflichtungen zu Hause traten alle Teilnehmer bereits gestern die Heimreise an. Zurückgeblieben ist lediglich der Generalsekretär der französischen Sozialisten, Lionel Jospin.

Kaum erfolgreicher ist Papandreus gezielter Versuch gewesen, im Laufe der zweitägigen Beratungen den Eindruck zu erwecken, daß Europas mediterrane Sozialisten ähnlich denken und handeln. Papandreu lobte zwar die „Identität von Ideen und die beeindruckende Annäherung von Auffassungen“ in wichtigen aktuellen Fragen der Weltpolitik. Aber er mußte einräumen, daß ein gemeinsamer Kurs nicht ohne weiteres möglich sei, weil jedes Land eigene Verpflichtungen habe.

Wunschvorstellungen und Absichtserklärungen hat es wohl im Überschuß gegeben. Von einer „sozialistischen Antwort auf die Weltwirtschaftskrise“ und von einer angeblich geplanten „sozialistischen Strategie“ ist die Rede gewesen. Auch die Angriffe auf die verhasste Rechte sind nicht zu kurz gekommen. „Die reaktionäre Rechte führt eine gigantische Gegenoffensive gegen die Regierungen des demokratischen Sozialismus“, stellte Papandreu fest. Die internationalen Vereinigungen wie OECD, Weltbank und Weltwährungsfonds seien konservative

## Handlos gründet im November eigene Partei

2. München

Eher als geplant wird Franz Handlos, der wegen des Milliardenkredits an die „DDR“ aus der CSU ausgestoßene Bundestagsabgeordnete, seine Anknüpfung wahrnehmen und eine neue Partei gründen. Sie wird nach den Worten von Handlos auf konservativen und christlichen Grundsätzen beruhen, diese beiden Vokabeln aber nicht im Namen führen. Handlos wird seinen Mitstreitern, die sich am 28. November im Münchner Hilton zur Fusion verschiedener Gruppierungen treffen, voraussichtlich einen Parteianamen vorschlagen, der das Wort republikanisch enthält.

Am Programm der neuen Gruppierung, die erstmals bei den bayerischen Landtagswahlen 1986 antreten will, aber bereits jetzt eine bundesweite Organisation aufbaut, wird noch gearbeitet. Es soll, so Handlos, „eine Erneuerung des Staates in verschiedenen Bereichen“ signalisieren und dabei nicht vor Forderungen zurückschrecken, die einzelnen Gruppen unangenehm sein könnten. Die Jugend soll eine allgemeine Dienstpflicht absolvieren, die Versicherungen sollen unter eine stärkere Aufsicht gestellt werden (Handlos unterstützt die Bürger seines Wahlkreises seit Jahren erfolgreich im Kampf gegen zahlungsunwillige Krankenkassen). Dem Zug der Zeit entsprechend wird auch eine „starke Umweltkomponente“ (Handlos) eingebaut.

## „Säuberung“ in Jugoslawien

AP, Belgrad

Die jugoslawische Ministerpräsidentin Milka Planinc hat gestern eine Säuberung in der jugoslawischen Kommunistischen Partei angekündigt. Die Belgrader Zeitung „Vecernje Novosti“ zitierte die Regierungschefin mit den Worten, für Jugoslawien gebe es in der derzeitigen Lage nur einen Ausweg: der Bund der Kommunisten Jugoslawiens müsse einig sein. Deshalb werde die Partei jetzt andere Kriterien anlegen, ganz gleich, wie viele dabei auf der Strecke blieben.

Solange die Front nicht fest sei, sondern unter Zersplitterung und mangelnder ideologischer Entschlossenheit leide, bestehe Gefahr. Der Bund der Kommunisten spiegle Widersprüche der Gesellschaft wider.



# Chemie ist, wenn alte Häuser jung bleiben.

Bei der Sanierung alter Häuser sind chemische Produkte unentbehrlich. - Chemie auf Ihrer Seite.

Es informiert Sie die Initiative  
„Geschützter leben“ der Chemischen Industrie,  
Karlsruhe, 21, 6000 Frankfurt



## Zusammenarbeit mit Israel in der Wissenschaft

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland steht in Israel weltweit an zweiter Stelle nach den USA. Das erklärte der israelische Wissenschaftsminister Juval Neeman bei einer Feier 20 Jahre deutsch-israelische wissenschaftliche Zusammenarbeit in Rehovot bei Tel Aviv. In dem modernen "Weizmann-Institut der Wissenschaften" ernannte der Leiter der Abteilung Energie und Sicherheit, Günter Lehr vom Bonner Forschungsinstitut, dazu, daß für die wissenschaftliche Kooperation mit Israel von deutscher Seite bisher Mittel in Höhe von 120 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden seien.

Am Weizmann-Institut, das mit allen Ländern der westlichen Welt Kontakte unterhält, arbeiten ständig etwa 100 ausländische Wissenschaftler. Derzeit halten sich acht deutsche Wissenschaftler am Weizmann-Institut auf. Die im Schnitt einjährigen Aufenthalte der deutschen Wissenschaftler werden vom Minerva-Ausschuß finanziert.

## Juristinnen fordern Entlastung der Frau

Der Deutsche Juristinnenbund hat sich auf seiner 25. Arbeitstagung in Berlin unter anderem mit der Rentenreform 1984, der Besteuerung von Halbfamilien und den Reformtendenzen des Bundesjustizministeriums zum Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht beschäftigt. Die Familienrichterin am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg, Lore Maria Peschel-Gutzeit, kam in ihrem Referat zu dem Ergebnis, daß die bislang geäußerten Vorstellungen des Bundesjustizministeriums fast ausschließlich Frauen belasten.

Für die Rentenreform 1984 fordert der Deutsche Juristinnenbund die gleichberechtigte Teilhabe an den während der Ehe erworbenen Rentenanwartschaften einschließlich der als beitragsfrei anzurechnenden Zeiten von Kindererziehung ohne Garantie der eigenen höheren Rente.

Zur neuen Vorsitzenden des Deutschen Juristinnenbundes wurde die Hamburger Rechtsanwältin Renate Damm, zur zweiten Vorsitzenden die Richterin am Landgericht München, Gertrud Hoffmann, gewählt.

## Frau Thatcher läßt den „Falken“ Tebbit aufrücken

Kleine Kabinettsumbildung beendet Parkinson-Affäre

FRITZ WIRTH, London  
Frau Thatcher hat den direkten politischen Schaden, den die „Parkinson-Affäre“ verursacht hatte, mit einer kleinen Kabinettsumbildung repariert. Sie ernannte den bisherigen Arbeitsminister Norman Tebbit als Nachfolger Parkinsons zum neuen Handels- und Industrieminister. Das Arbeitsministerium wird vom bisherigen Verkehrsminister Tom King übernommen, dessen Nachfolger der bisherige Finanzsekretär im Schatzamt, Nicholas Ridley, wird.

Die Berufung Tebbits hat allgemein überrascht. Tebbit, ein ehemaliger Pilot bei „British Airways“, war als Arbeitsminister eine Schlüsselfigur im Thatcher-Kabinettsystem. Er ist der Architekt der umstrittenen Gewerkschaftsreform, deren Ziel es ist, die Entscheidungsprozesse der Gewerkschaften stärker zu demokratisieren.

Es hat in Whitehall einiges Aufsehen erregt, daß Frau Thatcher ihren Arbeitsminister so kurz vor der Debatte dieser Reformgesetze im Unterhaus aus der Schußlinie abzieht. Tebbit ist ein sehr energiegeladener und geschickter Taktiker, der in seiner zweijährigen Amtszeit als Arbeitsminister die bisher so aggressiven britischen Gewerkschaften in die Defensive gedrängt hat.

## Gewerkschaftsreform soll fortgesetzt werden

In der britischen Gewerkschaftsbewegung ist die Abberufung Tebbits als Arbeitsminister begrüßt worden. Es hat nach zweijährigem Schweigen soeben der Dialog zwischen Regierung und Gewerkschaften begonnen, und die britischen Gewerkschaften halten den Tebbit-Nachfolger King für einen wesentlich leichteren und konzipierten Gesprächspartner als es Tebbit gewesen wäre.

Für Tebbit ist die Berufung zum Industrieminister eine Beförderung. Er gehörte schon seit den Oppositionstagen zu den loyalsten politischen Freunden Margaret Thatchers und besitzt seit einigen Jahren das volle

Vertrauen der britischen Premierministerin. Auf dem letzten Parteitag in Blackpool war er der meistgefeierte Politiker nach Margaret Thatcher. Zusammen mit Verteidigungsminister Michael Heseltine gehört der 53jährige Tebbit zu den aussichtsreichsten Kandidaten für die Nachfolge Frau Thatchers.

Der neue Arbeitsminister King versicherte, daß er bis zum letzten Kommando die von Tebbit eingeleitete Gewerkschaftsreform fortsetzen werde. King ist im Kabinettsystem ein „Mädchen für alles“ geworden. Es ist bereits das dritte Ministeramt, das ihm innerhalb des letzten Jahres angeboten worden ist.

## Den Konservativen bleibt eine Nachwahl erspart

Die Kabinettsumbildung war durch den Rücktritt des bisherigen Industrieministers Norman Parkinson nötig geworden. Parkinson war in eine Affäre mit seiner Sekretärin verwickelt, die seine Position als Minister untergraben hatte. Er demitierte am Wochenende jedoch alle Gerüchte, daß er sich vollständig aus der Politik zurückziehen wolle. Er ist entschlossen, sein Unterhausmandat beizubehalten und erspart der konservativen Partei damit eine Nachwahl, die ihr zum tiefen in einer Krise steckt, nicht willkommen wäre.

Norman Tebbit, ein enger Freund Parkinsons, gestand gestern in einem Fernsehinterview ein, daß die gesamte Affäre der Regierung Schaden zugefügt hat. Parkinson sei von „Pygmäen“ zu Fall gebracht worden. Im gleichen Interview kritisierte Tebbit auf erstaunliche Weise seinen Kabinettskollegen Norman Fowler wegen seines ungeschickten Verhaltens bei den Kürzungen im Etat des Gesundheitsdienstes, die in der britischen Öffentlichkeit erhebliche Besorgnis ausgelöst haben. Eine derartige öffentliche Kollegenschelte war unter konservativen Ministern bisher fremd. Sie belegt ganz offenbar die Spannungen und Konflikte, die zur Stunde das Kabinettsystem beunruhigen.

Seite 2: Parkinsons Gesetz

## „Raketen der Franzosen und Briten nicht bedingungslos anrechnen“

Moskau: quantitative Destabilisierung / Verwirrung in der Öffentlichkeit trifft nicht zu

Mit einer möglichen, aber nicht bedingungslosen Einbeziehung der französischen und britischen Raketen in die Abrüstungsgespräche der USA und der Sowjetunion setzt sich der französische Experte für atomare Bewaffnung und Rüstungsabgleich in Europa, François de Rose, auseinander.

Von FRANÇOIS DE ROSE

Wenn es stimmt, daß Herr Andropow bei seinem Treffen mit Bundeskanzler Helmut Kohl noch einmal seinen Vorschlag eingebracht hat, die sowjetischen SS-20-Raketen durch die strategischen Streitkräfte Frankreichs und Großbritanniens auszugleichen zu lassen, so muß man dem sowjetischen Führer die Gabe der Beharrlichkeit zugestehen. Gewiß, es geht um ein großes Spiel. Durch diesen Kunstgriff soll die Nichtaufstellung der amerikanischen Raketen erreicht werden, die allein in der Lage wären, eine Verbindung zwischen der Verteidigung Europas und dem strategischen System der Vereinigten Staaten herzustellen. Die Aufgabe einer gewissen Zahl von SS 20 wäre kein zu hoher Preis, um ein solches Ergebnis zu erzielen. Die erhöhte Verwundbarkeit unseres Kontinents gegenüber jeglichem Druck und allen Drohungen in Zeiten der Krise wäre eine der Folgen der Nichtaufstellung. Erinnern wir uns daran, daß Marschall Ustinow, der Verteidigungsminister der Sowjetunion, am 6. April erklärte: „Die Sowjetunion würde im Falle eines Angriffs amerikanischer Raketen von europäischem Boden aus direkt die USA attackieren.“ Dies würde Moskau natürlich nicht tun, wenn sein Gebiet nur von französischen oder britischen Raketen getroffen würde.

Im Krimi macht man sich sicher keine großen Illusionen über die Chancen eines Erfolges. Und wenn auch der Generalsekretär der französischen KP, Marchais, sich bei seinem Moskauer-Besuch den sowjetischen Thesen angeschlossen hat, so ändert das kein Jota an der Haltung der französischen Regierung. Für die sowjetische Diplomatie aber könnte es sich auch und vielleicht sogar hauptsächlich darum handeln, Zweifel in der westlichen Öffentlichkeit aufkommen zu lassen und Zwietracht unter den Alliierten zu säen, indem man Frankreich und Großbritannien verantwortlich macht für ein Scheitern der Genfer Verhandlungen.

Wir müssen leider zugeben, daß das Ergebnis in dieser Hinsicht nicht gleich Null ist. Weite Teile der öffentlichen Meinung in den Ländern, die für die Aufstellung solcher Raketen vorgesehen sind, fragen sich, ob Moskau nicht einen legitimen Anspruch darauf hat, die atomaren Raketen-Streitkräfte der beiden europäischen Länder mitzuzählen, oder aber sie verstehen nicht recht, warum man sich so dagegen wehrt.

Dazu muß einmal gesagt werden, daß man dies nicht bedingungslos tut. Beide Regierungen haben seit langem wissen lassen, daß eine Anrechnung ihrer Systeme dann erwogen werden kann, wenn ihre Zahl im Verhältnis zu der der strategischen Kräfte der beiden Supermächte „bedeutend“ geworden ist, wenn sie also in der Lage sind, das quantitative Gleichgewicht zu verändern, das zwischen den Supermächten besteht.

Man muß sich nämlich über eines im klaren sein: Die französischen und britischen Raketen sind strategische Waffen und keine Mittelstreckenraketen wie die Pershing 2 oder die Marschflugkörper, deren Einsatz noch in der kontrollierten Phase der Eskalation erfolgen würde, oder wie die SS 20, welche auch die konventionellen Streitkräfte des Gegners bekämpfen können. Auf dem Niveau der strategischen Waffen aber liegt die Zahl der Raketen der beiden europäischen Länder denen der Sowjetunion gegenüber in einem Verhältnis von 1 zu 25. Rechnet man die Zahl der Sprengköpfe, so liegt dieses Verhältnis nicht weit von 1 zu 100 entfernt. Die Behauptung, die 162 Raketen von Paris und London stellten eine Gefahr der quantitativen Destabilisierung dar, ist einfach lächerlich.

Ein solches Problem würde sich erst stellen, wenn die beiden Länder etwa am Ende dieses Jahrzehnts ihre Modernisierungsprogramme zu Ende geführt und Mehrfachsprengköpfe hergestellt haben, wobei alle Sprengköpfe zusammengekommen etwa 1000 betragen würden. Bis dahin aber dürften die beiden Großen die Zahl ihrer Sprengköpfe nicht erhöht oder besser noch reduziert haben.

Wenn die Bedingungen, die Paris und London vortragen notwendig sind, so können sie gleichwohl nicht die einzigen sein. Ein Abkommen über die Begrenzung der Waffen wäre erst annehmbar, wenn alle Waffen einbezogen würden, die Westeuropa bedrohen, also nicht nur die SS 30, sondern auch die Flugzeuge und die Kurzstreckenraketen mit Reichweiten von unter 1800 Kilometer, die bei den Verbündeten Moskaus aufgestellt sind und lebenswichtige Teile Westeuropas treffen können. Es gibt bei der Suche nach einer neuen Rüstungskontrolle keinerlei Grund dafür, nur die sowjetischen Kriterien für Reichweiten von Waffen, die ihr Territorium erreichen können, in Betracht zu ziehen und nicht auch die Sicherheit der Völker auf unserer Hälfte des Kontinents im Auge zu haben, also die Waffen mitzuzählen, die uns vernichten können.

Die Gefahren einer Destabilisierung schließlich sind nicht nur zahlenmäßiger Natur. Auf qualitativem Gebiet sehen wir uns einem doppelten Handicap gegenüber. Durch ihre Konkurrenz mit den Vereinigten Staaten haben die Sowjets zwangsläufig einen technologischen Vorsprung vor Frankreich und Großbritannien erreicht.

Auf dem Gebiet der Mehrfachsprengköpfe haben sie uns beide um zehn Jahre abgehängt. Hinzu kommt, daß unsere gesamte Rüstungsplanung und unsere Waffensysteme sowie deren Einsatzmöglichkeiten der Öffentlichkeit zugänglich sind. Das erlaubt dem Krimi eine Propagandakampagne gegen unsere Neutronenbombe zu starten, noch ehe überhaupt über ihren Bau entschieden worden war, und die „Schlacht um die Euroraketen“ vier Jahre vor deren Aufstellung zu entfesseln. Nichts dergleichen existiert natürlich auf der Gegenseite, wo wir von neuen Waffen höchstens dann erfahren, wenn sie schon operationell oder im Versuch sind. Es ist zwecklos, von der Sowjetunion die Aufgabe einer Geheimpolitik zu erhoffen, die ihr ganzes System in Frage stellen würde. Wenn aber eines Tages ein vertragliches System existiert, muß es für beide Seiten auch verbindliche Garantien gegen eine Destabilisierung geben.

Die Brummis kommen in jede Stadt, in jedes Dorf und zu jedem Haus. Damit wir auf nichts verzichten müssen.

## Handwerk spricht von Lehrstellen-Rekord

AP, Bonn  
Das Handwerk hat zum Stichtag 30. September 10,8 Prozent mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen als vor einem Jahr. Wie der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) gestern in Bonn mitteilte, wird diese Steigerungsrate bis zum Jahresende zwar zurückgehen, doch werde bis dahin die Zahl der abgeschlossenen Verträge mit rund 237 000 um etwa 15 000 über der des Vorjahres liegen. Die bisherige Höchstzahl an Lehrverträgen war mit 243 000 im Jahre 1980 registriert worden.

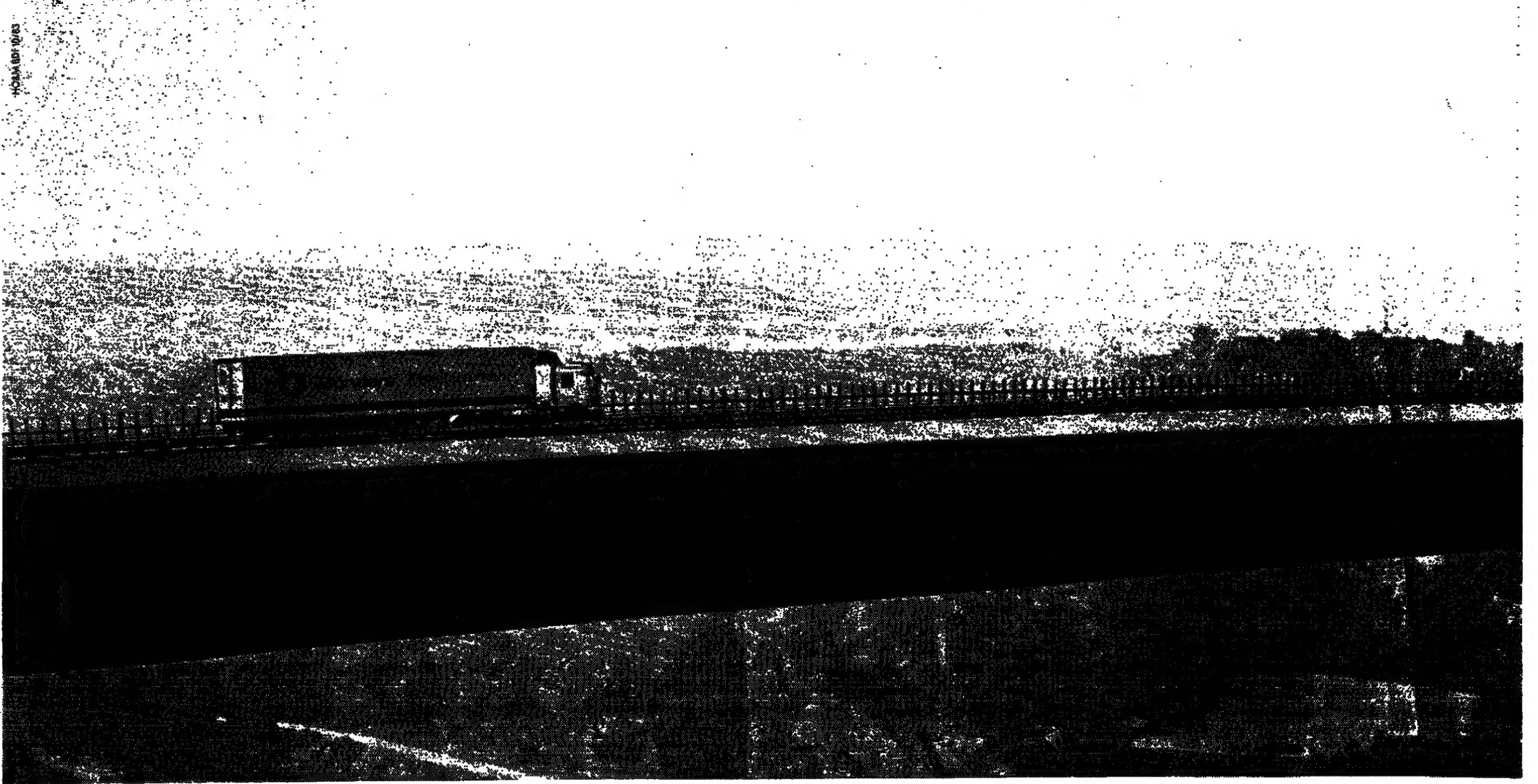
ZDH-Präsident Paul Schnitter wies darauf hin, daß die Betriebe in diesem Jahr die Verträge eher an die Kammern gemeldet hatten als in den vergangenen Jahren, so daß in den drei noch ausstehenden Monaten nicht mehr so viele Verträge hinzukommen werden wie in den früheren Jahren.

Der Deutsche Industrie- und Handelsverband hatte in der vergangenen Woche berichtet, in seinem Bereich sei die Zahl der Ausbildungsverträge zum 30. September um 24 300 oder acht Prozent auf 327 100 gestiegen worden. Trotz des größeren Angebots waren nach Angaben der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit zu diesem Termin noch 50 000 Bewerber „unversorgt“.

## Keine Entscheidung zu Albrecht-Thesen

AP, Bonn  
In einer mehr als fünfstündigen Sitzung, die schwerpunktmäßig der Wirtschaftspolitik galt, hat das CDU-Präsidium in Bonn noch keine Entscheidung über die parteiintern umstrittenen Thesen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht getroffen. Parteisprecher Wolter von Tiesenhausen teilte anschließend mit, die Beratungen über die Wirtschaftspolitik seien noch nicht abgeschlossen. Sie würden bei späteren Sitzungen weitergeführt. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, habe zu einzelnen Themen „Hausaufgaben“ an mehrere Präsidiumsmitglieder verteilt.

Wie zusätzlich aus Teilnehmerkreisen verlautete, pochte der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth mit Nachdruck auf steuer- und finanzpolitische Festlegungen der Partei.



## Der Brummi macht nie Hitzefrei.

30° im Schatten. Und das schon seit Tagen. Alle Kinder sind ganz versessen auf Eiscrème. Gut, daß der Brummi einen Kühlaufbau hat. Darin wird das Eis so kühl gehalten, daß es unbeschadet zu den Kindern kommt. Selbst bei 30° im Schatten.

Sie lösen für uns jedes Transportproblem. Die Brummis.

Bevor zum Beispiel die Eiscrème-Fabrik mit dem Herstellen beginnen kann, braucht sie eine Menge Zucker, Milch und Früchte. Brummis liefern alles pünktlich.

Wenn dringend Ersatz-Teile für eine Maschine gebraucht werden, bringt ein Brummi diese im Express-Dienst von einer Stunde zur anderen. Und all das machen sie so fachmännisch und zuverlässig, als würden sie zur Flotte der Eiscrème-Fabrik gehören.

Die Brummis kommen in jede Stadt, in jedes Dorf und zu jedem Haus. Damit wir auf nichts verzichten müssen.



Sie fahren für uns. Die Brummis.

Die selbständigen Transportunternehmer und Kraftwagenspediteure im Fernverkehr (BDF)







NATIONALELF

# Warten auf Schuster

sid, Bonn  
Vor dem Europameisterschafts-Qualifikationsspiel gegen die Türkei am 26. Oktober in Berlin dreht sich die Personal-Diskussion in der Fußball-Nationalmannschaft um Bernd Schuster. Kommt er, oder kommt er nicht? - so lautet die bange Frage für Bundestrainer Jupp Derwall. Die Nachricht, der Einsatz von Schuster sei wegen eines Muskelfaserrisses ausgeschlossen, hat Derwall demotiviert. "Bernd hat lediglich einen Schmerz oberhalb der Kniekehle verspürt. Deshalb hat er sich auch beim 1:2 in Valladolid nach 28 Minuten auswechseln lassen." Doch Schuster selbst meinte, erst am Donnerstag könne eine Entscheidung fallen.  
Am Mittwoch beim Europapokal-spiel des FC Barcelona im holländischen Nijmegen wird Schuster fehlen. Drei Tage später beim Schlagerspiel bei Real Madrid soll er wieder dabei sein. Derwall: "Wenn beide, also Schuster und auch Uli Stielike spielen, werde ich nach Madrid fliegen, um sie zu beobachten."  
Der Bundestrainer rechnet nicht damit, daß es mit Barcelona Ärger wegen der Freigabe für Schuster geben wird. Am gleichen Tag muß der FC Barcelona das Supercup-Hinspiel beim Meister Athletic Bilbao bestreiten, doch Derwall sagt: "Vertraglich ist vereinbart, daß Schuster für alle Pflichtspiele der Nationalelf abgegeben werden muß."

Für das Spiel gegen die Türkei sind erst 20.000 Karten verkauft worden. Deshalb befürchtet der Bundestrainer: "Hoffentlich haben wir kein Auswärtsspiel. Wir brauchen die Unterstützung des Berliner Publikums."  
Gestern hat Jupp Derwall sein vorläufiges Aufgebot bekanntgegeben. In das 17 Spieler aufgenommen wurden: Tor: Schumacher, Burdinski, Abwehr: Augenthaler, Briegel, Dremmler, K.H. Förster, Otten, Strack, Mittelfeld: Matthäus, Meier, Rolff, Schuster, Stielike, Angriff: Littbarski, Rummenigge, Völler, Wast.  
DFB-Trainer Berti Vogts benannte für das U21-Spiel gegen die Türkei am 25. Oktober in Berlin folgendes Aufgebot: Tor: Vollborn, Zimmermann, Abwehr: Schäfer, Falkenmeier, Quaiser, Störck, Schröder, Herget, Reinhardt, Mittelfeld und Angriff: Schön, Rahn, Brunner, Reichert, M. Rummenigge, Maty, Kuntz.

MOTORSPORT / Deutsche Bilanz der Formel-1-Saison: Das Engagement hat sich ausgezahlt

# Ein Sprecher von BMW: „Jede investierte Mark und alle Mühen haben sich für uns gelohnt“

KLAUS BLUME, Bonn  
Gestern vormittag hat man erst einmal ganz herzlich gratuliert - per Telefon. Die Herren von BMW den Herren von Porsche und umgekehrt. Ein BMW-Sprecher: "Was Niki Lauda beim Großen Preis von Südafrika zeigte, war ein faszinierendes Stück Rennsport. Der Porsche-Motor lief und hielt wie der Teufel." Ein Porsche-Sprecher: "Das war eine ganz hervorragende Leistung von BMW. Sie haben alles gewonnen, was es zu gewinnen gab: den Weltmeistertitel und den letzten Lauf zur Weltmeisterschaft."  
Seit 630 Tagen haben sich die Bayerischen Motoren-Werke (BMW) im Formel-1-Sport engagiert, am Samstag wurde Nelson Piquet mit einem BMW-Triebwerk Weltmeister. In Paris sagte der Brasilianer gestern: "Nicht ich habe gegen Alain Prost gewonnen, sondern BMW gegen Renault." Das Haus Porsche, weltweit im Motorsport tätig, hat in diesem Jahr ebenfalls die Formel 1 entdeckt. Der Turbo-Motor von Porsche ist eine Auftragsarbeit für das arabische Unternehmen Techniques d'Avant Garde (TAG). Niki Lauda fuhr in Kyalami mit diesem Triebwerk beim Formel-1-Finale bis auf den zweiten Platz vor, dann mußte er fünf Runden vor Schluß aussteigen, weil die

gesamte Elektrik zusammengebrochen war. Der deutsche Motor im englischen McLaren-Wagen aber war standfest.  
Ein BMW-Sprecher sagte gestern: "Unser Formel-1-Engagement hat sich - ohne jegliche Einschränkung - gelohnt. Jede investierte Mark, jede investierte Mühe hat sich ausgezahlt." Für die Formel 1 hatte man sich in München entschieden, um den Motorenbau plakatig herauszustellen, aber auch weil das sportliche Image einer Marke des Anstehens des Beweises bedarf. Als BMW sich in der Formel 1 engagierte, war diese Branche jedoch in der Öffentlichkeit in Mißkredit geraten. Die Kräfte der Funktionäre und Teamchefs erschütterten die gesamte Zunft. Da hat es freilich Gespräche auf der obersten Etage zwischen BMW und Renault und auch Fiat gegeben und anschließend einige ernste Hinweise an die Macher der Formel 1. Heute sagt ein BMW-Sprecher mit Recht: "Die Formel 1 ist kein Feld mehr für Skandale."  
Als Partner von Brabham (Eigner: Bernie Ecclestone) hatte der Ingenieur Paul Rosche zu Beginn einen Turbo-Motor mit 540 PS entwickelt. Jetzt leistet das Aggregat 100 PS mehr und kurzzeitig, wenn es zum Beispiel im Training um die Pole-

Position beim Start geht, kann man auch mal 800 PS erreichen.  
Das kleine weißblaue Firmen-Emblem auf dem Formel-1-Rennwagen von Brabham ist freilich nicht allzu plakatig für ein Weltmeister-Auto. 1984 werden die Bayern deshalb optisch präsenter in Erscheinung treten, schließlich sind sie jetzt die Nummer eins in der Formel 1.  
BMW ist Partner von Brabham, gegenüber dem deutschen ATS-Team befindet man sich jedoch in der Verkaufssituation. Ähnlich wird es wohl auch sein, wenn BMW 1984 noch ein drittes Team mit Turbo-Motoren ausrüstet. Möglicherweise wird es die englische Marke Toleman sein, deren Autos derzeit mit Hart-Turbos bestückt sind. Und möglicherweise, so heißt es in der Branche, würde dann der Gießener Stefan Bellof als deutscher Grand-Prix-Fahrer in einem Toleman-Rennwagen sitzen.  
Porsche engagiert sich erst seit vier Rennen in der Formel 1. Ein Porsche-Sprecher dazu: "Wir mußten erst einmal lernen, daß eine Gemeinschaftsarbeit viel Zeit braucht." So hatte man denn mit dem englischen McLaren-Team (Starfahrer: Niki Lauda) für 1983 nur technische Ziele vereinbart. Das Erreichen sportlicher Ziele ist für 1984 geplant, denn nun - so ein Porsche-Sprecher - "müssen wir erst

einmal fleißig unsere Hausaufgaben erledigen". Das heißt, Start- und An-sprechverhalten des Turbos müssen optimiert werden. Außerdem ist es nötig, sich auf die neue Verbrauchsformel (220 Liter Treibstoff pro Rennen) umzustellen. Bisher brauchen die Sieger-Autos der Formel 1 zwischen 270 und 280 Liter Treibstoff pro Rennen. Bei Porsche ist man freilich erfahren genug auf diesem Gebiet, weil man in der Langstrecken-Weltmeisterschaft bereits eine Energieformel erfüllt. Ein Porsche-Sprecher: "In den technischen Bereichen ist das ungeheuer wichtig für uns."  
Werblich läßt sich die Formel 1 für das Haus Porsche nicht ausschalten, weil der Besitzer des Motors die arabische Firma TAG ist. Jene Firma beabsichtigt auch, den Porsche-Motor irgendwann einmal zu vertreiben.  
Aber auch dann, wenn auf dem Motorblock statt "Porsche" nun "TAG" steht - das Triebwerk ist eine Arbeit aus Deutschland, und man wird in der Branche stets von einem Porsche-Turbo sprechen. Ein Porsche-Sprecher: "Selbst wenn wir damit nicht direkt in Verbindung gebracht werden können, steht damit unsere Reputation auf dem Spiel." Das zu wagen, Kyalami bewies es, hat sich bisher gelohnt.

STANDPUNKT / Weise

Branko Zebec hat nun selber einen Schlüsselschlag gezogen, seit gestern ist der Jugoslawe nicht mehr Trainer des Fußball-Bundesligaklubs Eintracht Frankfurt. Es hat (zu) lange gedauert, bis sich Zebec zu diesem Entschluß durchgerungen hat. Doch nun endlich besteht Anlaß zur Hoffnung - nicht für Eintracht Frankfurt, sondern für den Trainer selbst. Für ihn sollte eine Zeit der Therapie beginnen, an deren Ende ein gesunder Mensch Branko Zebec steht.  
Es braucht nicht immer darauf hingewiesen zu werden, welche hervorragende Fachkompetenz dieser Trainer besitzt. Kaum einer kann ihm das Wasser reichen. Wenn er nur nicht die Probleme mit dem Alkohol hätte. Zebec ist alkoholkrank, er ist ein kranker Mann, weil

seine Bauchspeicheldrüse nicht mehr funktioniert. Menschen mit seiner Krankheit kann geholfen werden. Und solche Menschen sollten nicht arbeiten gehen, wie es Branko Zebec getan hat. Der Streß eines Bundesligatrainers mußte für ihn einfach Gift sein. In Hamburg und Dortmund war Branko Zebec wegen seiner Probleme nicht mehr tragbar, er mußte vorzeitig gehen. Jetzt hat er endlich einmal die Initiative ergriffen, hat eingesehen, daß er nicht mehr die Kraft eines gesunden Menschen besitzt, um erfolgreich arbeiten zu können. Deshalb war es ein weiser Entschluß. Nun sollte er sich dazu durchringen, seine Krankheit in aller Ruhe auszuheilen. Auf den gesunden Branko Zebec nämlich kann die Bundesliga nicht verzichten. U.D.

FUSSBALL / Frankfurt auf Trainersuche

# Branko Zebec hat selbst um seine Entlassung gebeten

sid, Frankfurt  
Branko Zebec ist beim Fußball-Bundesligaklub Eintracht Frankfurt gescheitert. Nach dem zehnten Spieltag hat der 52 Jahre alte Jugoslawe bei 5:15 Punkten selbst um seine Entlassung gebeten. Vor fast genau einem Jahr hatte Zebec den österreichischen Helmut Senekowitsch nach nur sechs Spieltagen abgelöst und Frankfurt vor dem Abstieg bewahrt. In dieser Saison wurde damit der zweite Trainerwechsel perfekt, nachdem zuvor Rinus Michels beim 1. FC Köln gehen mußte. Insgesamt wurde damit die 123. vorzeitige Trainer-Entlassung vollzogen.

Branko Zebec kam mit seiner Ent-scheidung dem Verein zuvor, denn nach dem 1:4 in Bochum wurde die Ablösung durch den Verein bereits angekündigt. Zebec sagte: "Ich mache den Weg frei. Vielleicht hilft meinem Nachfolger der psychologische Effekt, den Verein doch noch vor dem Abstieg zu retten." Die Frage über seinen Nachfolger ist bei den Frankfurtern noch nicht geklärt. Präsident Klaus Gramlich meinte gestern: "Wir haben mit drei Trainern Kontakt, die alle drei unter Vertrag stehen." Obwohl noch mit keinem konkret verhandelt wurde, soll der neue Mann schon am Samstag gegen Mönchengladbach auf der Bank sit-

zen. Namen wollte der Präsident nicht nennen. Zu den Kandidaten zählen jedoch Heinz Höher, derzeit beim griechischen Meister Olympiakos Piräus tätig, und Kaiserslauterns Trainer Dietrich Weise. Interimstrainer in Frankfurt wird der ehemalige A-Jugend-Trainer Klaus Mank, der den Nachwuchs der Frankfurter zu zwei deutschen Meisterschaften führte und im Besitz der B-Lizenz ist. Finanziell werden die Frankfurter mit einem blauen Auge davonkommen. Zebec wird von dem Klub, der mit rund vier Millionen Mark verschuldet ist, keinen Pfennig Geld mehr nehmen. Er verzichtete freiwillig auf jegliche weitere Gehaltszahlungen, die ihm bis zum Sommer 1984 noch zugestanden hätten. Branko Zebec: "Was ich nicht verdient habe, nehme ich nicht."  
Die Spieler atmeten auch auf. Ihnen machte die Arbeit mit einem Trainer, der große Probleme mit dem Alkohol hat, zuletzt wenig Spaß. Mannschaftsführer Karl-Heinz Körbel: "Eine andere Möglichkeit hat es nicht gegeben, so konnte es nicht weitergehen." Der 28 Jahre alte Vorstopper selbst hatte beim 1:3 gegen Waldhof Mannheim den Autoritätsverlust des Trainers öffentlich demonstriert, indem er eigenmächtig einen Spieler einwechseln wollte.

SPORT-NACHRICHTEN

Karpow in Führung

Tilburg (dpa) - Beim internationalen Schachturnier in Tilburg (Holland) verteidigte der sowjetische Weltmeister Anatoli Karpow die Führung durch ein Remis gegen seinen Landsmann Boris Spasski. Robert Hübner (Porz) spielte gegen den sowjetischen Großmeister Polugajewski ebenfalls Remis und belegte gemeinsam mit dem Holländer Sosonko den zehnten Platz.

Herle lief Rekord

Chicago (sid) - Christoph Herle aus Fürth ist nun der schnellste deutsche Marathonläufer. In Chicago legte er die 42,195 km in der neuen deutschen Bestzeit von 2:12:14 Stunden zurück. Die alte Bestmarke hielt der Saarbrücker Werner Dörenbacher mit 2:12:22 Stunden.

Knapper amerikanischer Sieg

Palm Beach (dpa) - Die amerikanischen Golfspieler gewannen in Palm Beach mit 14,5:13,5 Punkten den alle zwei Jahre ausgetragenen Erdteil-kampfunter Ryder-Cup gegen Europa. Bester europäischer Spieler war Bernhard Langer (Anhausen).

Uerdlingen holt Thomas

Krefeld (dpa) - Der Fußball-Bundesligaklub Bayer Uerdlingen verpflichtete den Engländer Wayne Thomas (25) vom Zweitliga-Klub Alemannia Aachen. Borussia Dortmund will für eine Ablösesumme von 1,3 Millionen Mark Frank Mill verpflichten.

Lohhof gewann eigenes Turnier

Lohhof (dpa) - Der SV Lohhof, deutscher Volleyball-Meister bei den

Frauen, gewann sein eigenes internationales Turnier. An dem Turnier nahmen die Meister aus Polen, Jugoslawien, Schweden, der Schweiz und Deutschland sowie der Meisterschaftsdritte aus der Tschechoslowakei teil.

ZAHLEN

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 7. Spieltag: TuSSEM Essen - TV Hüttenberg 21:14 (12:5).

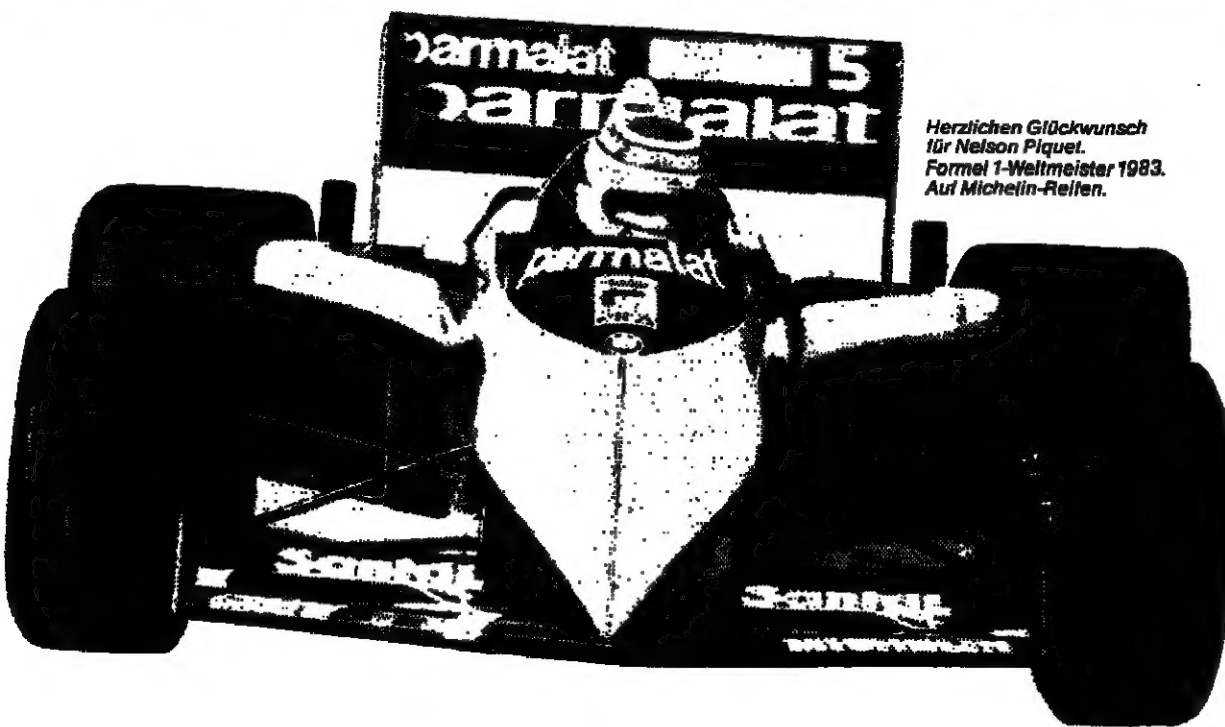
1. Großwallstadt 7 5 1 0 126:115 13:1  
2. Gammelsbach 7 5 1 1 132:114 11:3  
3. Gammelsbach 7 5 1 1 142:130 11:3  
4. Gammelsbach 7 5 0 2 152:145 10:4  
5. Hofweier 7 4 0 3 158:139 8:6  
6. Essen 7 3 2 2 115:101 8:6  
7. Kiel 7 4 0 3 126:117 8:6  
8. Reiskindorf 7 3 1 3 134:130 7:7

EISHOCKEY

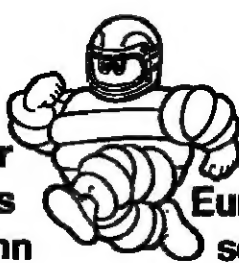
Bundesliga, 14. Spieltag: Düsseldorf EG - Mannheimer ERC 0:5 (0:3, 0:2, 0:0), Schwenninger ERC - SC Riessersee 9:3 (4:2, 2:0, 3:1), ECD Iserlohn - Kölner EC 3:4 (1:0, 1:2, 1:1), ERC Freiburg - EV Landshut 3:2 (2:1, 0:1, 1:0), SB Rosenheim - ESV Kaufbeuren 6:2 (2:1, 3:1, 1:0).

1. Mannheim 14 10 2 2 71:40 22:6  
2. Rosenheim 14 8 4 2 65:45 20:8  
3. Köln 14 8 2 4 54:35 16:10  
4. Freiburg 14 9 1 5 49:49 17:11  
5. Landshut 14 7 2 5 58:44 16:12  
6. Iserlohn 14 6 2 6 58:40 14:14  
7. Schwenning 14 5 2 7 50:47 12:16  
8. Kaufbeuren 14 4 3 7 50:73 11:17  
9. Düsseldorf 14 4 0 10 35:65 8:20  
10. Rießensee 14 1 0 13 40:79 2:26

# MICHELIN macht Weltmeister



Zwei Faktoren waren entscheidend für den Gewinn der Formel 1-Weltmeisterschaft 1983: Motor und Reifen. Nelson Piquet - frisch gebackener Weltmeister - konnte über die erfolgsträchtige Kombination „BMW plus Michelin“ verfügen. Bullige Turbokraft und perfekte Reifentechnik haben ihn



nach vom katapultiert. Das macht wieder einmal deutlich, daß Michelin die Nr. 1 ist. Nicht nur in der Formel 1. Rallye-Siege am laufenden Band, die Europameisterschaft in der Formel 2 und 3 sowie vier Motorrad-Weltmeisterschaften 1983 sprechen eine deutliche Sprache: Michelin macht Weltmeister.



## Kohl: Moskau soll Weg für Lösung ebnen

AP, Bonn

Nach den deutsch-sowjetischen Außenministergesprächen vom Wochenende hat Bundeskanzler Helmut Kohl seine Aufforderung an die Sowjetunion erneuert, bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen mit den USA endlich den Weg für Kompromisse freizugeben. Die Wiener Gespräche der Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Andrej Gromyko hätten einmal mehr deutlich gemacht, daß es allein die Sowjetunion sei, deren starre Haltung Ergebnisse in Genf bisher verhindert habe, ließ Kohl in Bonn durch Regierungssprecher Jürgen Sudhoff erklären.

Der Kanzler hoffe, daß Moskau sich nach der sehr eindringlichen und klaren Bekräftigung der westlichen Haltung durch Genscher über die Entschlossenheit des Bündnisses keine Illusionen mehr mache, sagte Sudhoff. Zudem unterstreiche Kohl die Bereitschaft des Westens, auch im Falle einer Stationierung neuer Mittelstreckenraketen die Verhandlungen weiterzuführen. Als bedeutsam bezeichnete er Kohl nach den Worten von Sudhoff, daß beide Seiten in Wien großes Interesse gezeigt haben, ihre bilateralen Beziehungen nicht auf das Raketenproblem einzuschränken, sondern auf der Grundlage des Moskauer Vertrages langfristig zu entwickeln.

## Straßburg: Akte Altun bleibt offen

AP, Straßburg

Die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg hat sich die Option auf eine Fortführung ihrer Untersuchungen im Fall des türkischen Asylbewerbers Kemal Altun offengehalten, der Ende August während einer Gerichtsverhandlung über seine drohende Ausweisung in Berlin Selbstmord begangen hat. Wie ein Sprecher der Kommission auf Anfrage mitteilte, hat die Kommission die Parteien in dem Verfahren – die Bundesregierung und die Hinterbliebenen Altuns – aufgefordert, ihre Ansichten über die Folgen des Selbstmords von Altun darzulegen, der sich selbst als Beschwerdeführer an die Institution gewandt hatte. Kemal Altun hatte sich am 30. August während der Verhandlung aus einem Fenster des Berliner Verwaltungsgerichts gestürzt.

## Neuer Raketenkreuzer „Slava“ verstärkt sowjetische Nordflotte

Offensivwaffe soll Seeverbindung zwischen USA und Europa im Kriegsfall stören

dpa/gko. Berlin  
Die sowjetische Nordflotte auf der Halbinsel Kola ist wesentlich verstärkt worden. Wie deutsche Marineflieger bei der Luftüberwachung der zum NATO-Bereich gehörenden Seegebiete herausgefunden haben, ist ein neuer sowjetischer Raketenkreuzer zu den dort vorhandenen mit Raketen ausgerüsteten Über- und Unterwasserbooten in der Nähe des NATO-Partners Norwegen gesteuert.

Die sowjetische Nordflotte ist nach der Pazifik-Flotte – die nach amerikanischen Angaben 765 Schiffe und 445 Marineflugzeuge zählt – mit 600 Schiffen und 405 Marineflugzeugen die zweitgrößte sowjetische Marinekonzentration.

Der neue sowjetische Kriegsschiffstyp mit der Bezeichnung „Slava“ („Ruhm“) ähnelt dem größten sowjetischen Schlachtkreuzer „Kirov“, ist aber kleiner in den Abmessungen. Während die „Kirov“ 255 Meter lang ist, mit einer Wasserverdrängung von 23 000 tons, ist die „Slava“ 190 Meter lang, mit einer Wasserverdrängung von 13 000 tons.

Die „Slava“ wird auch nicht wie die

„Kirov“ von einem Atomreaktor angetrieben, sondern verfügt über einen herkömmlichen Schiffsantrieb mit zuschaltbarer Gasturbine.

Dennoch steht die „Slava“, was die Kampfkraft angeht, der „Kirov“ nicht nach. Wie den Fotos deutscher Marineflieger zu entnehmen ist, sind bei der „Slava“ auf dem Vordeck insgesamt 18 Raketenabschussbehälter montiert, hinzu kommen noch eine artilleristische Bewaffnung.

Unmittelbar hinter dem Doppelschornstein befinden sich nochmals sechs Raketenabschussbehälter, deren Raketen sowohl mit konventionellen als auch mit nuklearen Sprengköpfen bestückt werden können.

Die breittflächigen Antennenanlagen der „Slava“ deuten auf eine großvolumige elektronische Ausstattung hin. Damit ist die Aufgabe dieses neuen Schiffstyps für die NATO-Marineexperten kein Geheimnis mehr. Die „Slava“ soll im Konfliktfall zur Störung des Geleitzungsverkehrs zwischen den USA und Europa eingesetzt werden. Es handelt sich nach Meinung der NATO also um eine reine Offensivwaffe.

Ein solches Schiff operiert nicht

allein. Es wird, wie schon bei seinem Marsch aus dem Schwarzen Meer, durch das Mittelmeer, den Atlantik, um das Nordkap bis zu seinem Stützpunkt von Zerstörern und Fregatten begleitet, die ebenfalls mit Flugkörpern ausgestattet sind.

Ein solches Schiff operiert zumeist auch im Schutz eines eigenen Luftschirms. Zur Bekämpfung feindlicher U-Boote hat die „Slava“ Rubschrauben an Bord, für die sich ein Hangar sowie eine Start- und Landefläche auf dem Achterdeck befinden.

Die Sowjetunion folgt mit dieser Kriegsschiffklasse offensichtlich dem Prinzip, mit möglichst geringem wirtschaftlichem Aufwand ein kampfstarkes Führungsschiff für eine Überwasser-Kampfgruppe zu bauen.

Auf Kiel gelegt wurde der neue Typ Ende der 70er Jahre in Nikolajew auf der Halbinsel Krim. Das Schiff gehört zu der sogenannten „Krasina“-Klasse. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen sollen von diesem Schiffstyp drei Stück gebaut werden. Die „Slava“ ist vor einem Jahr in Dienst gestellt und bisher im Schwarzmeer erprobt worden.

## Böll warnt vor dem Einfluß der DKP

Fortsetzung von Seite 1.

Während der zweistündigen Sitzung des Koordinierungsausschusses am Sonntagabend hatten sich nach eingehender Diskussion von den 21 anwesenden Organisationen nur zwei gegen einen Rednerauftritt von Brandt am kommenden Samstag ausgesprochen, die katholische „Initiative Kirche von unten“ und die Evangelischen Studentengemeinden (ESG). Aber auch andere Teilnehmer hatten Bedenken, daß Brandt als SPD-Vorsitzender und Friedensnobelpreisträger eine „übertragende Medienwirkung“ für sich erzielen und damit „alle anderen in den Schatten stellen“ würde. Die deutliche Zustimmung wurde dann bei nur einer Enthaltung (ESG) durch den Beschluß erreicht, auch einen prominenten Grünen als Redner einzuladen. Über dessen Nominierung beriet gestern die Fraktionsgruppe der Grünen.

Benämigt wurde im Koordinierungsausschuß, daß Bundesgeschäftsführer Beckmann sich „ohne klare Position“ geäußert hat.

Der Schriftsteller Böll sagte im Deutschlandfunk: „Es ist ganz offensichtlich für mich und beunruhigt mich auch, daß die Kommunisten weit mehr Einfluß haben als es ihrem Wähleranteil entspricht, der minimal ist. Das liegt eben daran, daß die

100 000 Mitglieder der DKP etwas von Organisation usw. verstehen, sie haben eine Kaderauswahl. Deren Heuchelei oder Unglaubwürdigkeit ist für mich jeden Tag bewiesen, weil sie nicht die Friedensbewegung in der DDR unterstützen.“

Als „zu wenig reflektiert“ nannte Böll allerdings das Argument, „was Moskau nützt, schadet uns“. Seine Begründung: „Wir liegen mit der Sowjetunion, auf einem Kontinent. Wir haben einen Krieg gehabt mit der Sowjetunion und welchen!“ Zugleich sprach Böll von einem besonderen Verhältnis der Deutschen zur Sowjetunion, „nicht zur Sowjetführung, der wir keinen Moment trauen“. Das heiße nicht, daß die Sowjets den Krieg wollten, „aber ihre ganze Rüstung ist ja wahnsinnig, genau wie die amerikanischen.“ Und an anderer Stelle des Interviews sagte Böll, im übrigen würde die Sowjetunion, wenn sie alle ihre SS 20 abbaute, „nur sehr wenig von ihrer Overkill-Kapazität verlieren“.

Wenn die Deutsche Kommunistische Partei der Ansicht sei, die nicht-kommunistischen Mitwirkenden an den Friedensaktionen seien ihre „nützlichen Idioten“, dann sei er, Böll, der Ansicht, daß dieser alte Spruch Lenins nicht mehr zutreffe.

## Moskau bestätigt: Atomsprengköpfe in der „DDR“

AP, Hamburg

Moskau hat jetzt bestätigt, daß die sowjetischen Truppen in der „DDR“ seit längerem mit Atomwaffen ausgerüstet sind. In einem am Montag veröffentlichten Interview mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Stern“ erklärte Generaloberst Tschernow, überall dort, wo außerhalb der UdSSR Divisionen der Sowjetischen Armee stationiert seien, verfüge die entsprechende Raketenabteilung über Atomwaffen mit einer Reichweite bis zu 100 Kilometern.

Für den Fall eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen kündigte Tschernow, der Leiter der Vertragsabteilung im sowjetischen Generalstab, die Aufstellung von neuen, „sehr guten“ Kurzstreckenraketen in der „DDR“ und zusätzlichen SS 20 im europäischen Teil der Sowjetunion an.

Die kurze Flugzeit der amerikanischen Pershing 2 werde Moskau außerdem dadurch ausgleichen, daß neue Raketen an Standorten aufgestellt würden, von denen aus sie das Gebiet der Vereinigten Staaten ebenfalls in zehn Minuten erreichen könnten. Als Standort dieser Waffen schloß Tschernow Kuba ausdrücklich aus.

## Gromyko forderte keinen Aufschub

Fortsetzung von Seite 1

zusammenarbeit in die Liste der bilateral zu behandelnden Themen aufgenommen wurden. Generell betonte er, die Langfristigkeit der deutsch-sowjetischen Beziehungen sei für die Sowjetunion gerade auch im wirtschaftlichen Bereich sehr wichtig.

Bemerkenswerterweise hat Gromyko die von der Sowjetunion massiv umworbene öffentliche Meinung in der Bundesrepublik und die im Mittelpunkt des Moskauer Interesses stehende Friedensbewegung an den zwei Gesprächstagen dem Vernehmlichen nach überhaupt nicht erwähnt.

In Genschers Argumentation waren zwei Dinge neu: Er spitzte die Stationierungsentscheidung Bonns, wie er es in dieser Art bisher nie getan hatte, auf die Bundestagsdebatte am 21. November zu. Falls bis zu diesem Zeitpunkt in Genf kein Verhandlungsergebnis erzielt werden

sollte – hielt Genscher gegenüber Gromyko und in einer abschließenden Pressekonferenz fest –, werde die 1979 gefallene Rüstungsentscheidung bekräftigt werden. „Ab 22. November werden wir dann die Stationierung beginnen lassen.“

Neu war auch die konkrete Zusage des Bundesaußenministers, daß bei weiteren Verhandlungen nach dem Stationierungsbeginn im Falle einer Einigung mit Moskau selbst schon stationierte Raketen im Westen sofort wieder beseitigt werden könnten. Intern war die Bundesregierung davon immer ausgegangen. Als verbindliche Sprachregelung des Bündnisses ist diese Aussage aber erst vor kurzem festgelegt worden.

Teilnehmern fiel auf, daß der sowjetische Außenminister am ersten Gesprächstag in Wien bei seinen heftigen Angriffen gegen die Amerikaner und ihre Verhandlungspositionen

in Genf so tat, als sei die Bundesrepublik Deutschland davon gar nicht betroffen, sondern eine Art neutraler Zuschauer wie Österreich. Gerade deshalb hielt es Genscher für notwendig, sich sehr entschieden mit Washington zu solidarisieren und zu betonen, daß sich jede Kritik der Sowjetunion an den amerikanischen INF-Vorschlägen auch gegen Bonn richte, „denn diese Vorschläge werden von uns voll mitgetragen“.

Keine Klarheit brachten die Wiener Gespräche über eventuelle Möglichkeiten, die britischen und französischen atomaren Systeme später auf einer anderen Verhandlungsebene strategisch zu berücksichtigen. Hinweise Genschers auf dahin zielende Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand und des britischen Außenministers Howe in der UNO-Vollversammlung fanden bei Gromyko kein Echo.

## Pretoria: Gegenschlag

Büro des Afrikanischen Nationalkongresses zerstört

rtz/dpa/APF, Bonn

Eine Sondereinheit der südafrikanischen Armee hat gestern morgen gegen ein „Planungshauptquartier“ des „African National Congress“ (ANC) in der moçambiquanischen Hauptstadt Maputo einen „erfolgreichen Präventivschlag“ geführt. Der seit 20 Jahren in Südafrika verbotene ANC hat die Überwindung der weißen Regierung in Pretoria zum Ziel. Wie das südafrikanische Verteidigungsministerium mitteilte, richtete sich der Anschlag gegen das Planungsbüro des ANC, von dem aus in der jüngsten Zeit eine Serie von Bombenanschlägen in Südafrika gegen Benzindiepots vorbereitet worden seien. Außerdem habe man erfahren, daß der ANC gegenwärtig von Maputo aus weitere Aktionen in Südafrika plane.

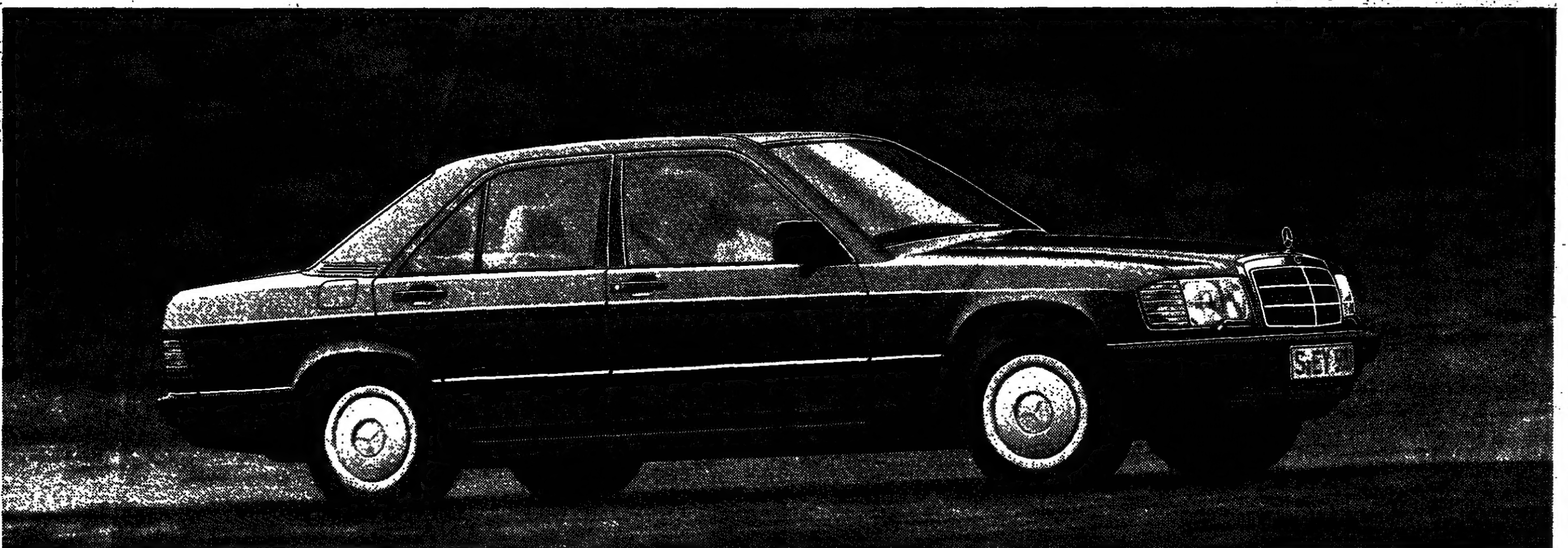
Das in einem Penthouse gelegene Büro der schwarzen südafrikanischen Guerillabewegung wurde durch mehrere Sprengsätze, die auf dem Dach des Gebäudes angebracht waren, zur Explosion gebracht. Nach Auskunft der moçambiquanischen Nachrichtenagentur Alm wurde das Gebäude erheblich beschädigt. Fünf Menschen seien schwer verletzt worden.

Bereits im Mai dieses Jahres hatte die südafrikanische Luftwaffe einen Angriff auf ein Wohnviertel von Maputo geflogen. Die Aktion wurde als Vergeltungsschlag für ein Attentat in Pretoria, bei dem 19 Menschen getötet und mehr als 200 verletzt worden waren, bezeichnet. Auch gegen andere Nachbarländer Südafrikas hat die Armee des Landes ähnliche Angriffe unternommen.

## Schülerinnen in Kabul getötet

dpa, Islamabad

In der afghanischen Hauptstadt Kabul sind nach unbestätigten Berichten geflüchteter Widerstandskämpfer bei einer regierungsfeindlichen Demonstration zehn Schulkinder von Sowjetkämpfern erschossen und ein Dutzend weitere zum Teil schwer verletzt worden. Wie die von afghanischen Flüchtlingen in Pakistan betriebene Nachrichtenagentur „Mujahid“ berichtet, eröffneten sowjetische Sicherheitskräfte das Feuer auf mehrere hundert Frauen und Mädchen, die sich Anfang Oktober nach einem Demonstrationszug durch die Straßen Kabuls im Zarni-Park versammelt hatten. Die Demonstrantinnen hätten antifaschistische Spruchbänder mit sich geführt. Mehrere Frauen seien festgenommen worden und seien jetzt im berüchtigten Pul'e-Gefängnis.



## Mercedes 190/190 E. Inbegriff von Sportlichkeit mit Verstand.

Zügig vorankommen, sich schnell anpassen, beweglich sein und sicher, niemand behindern, vernünftige Chancen intelligent nutzen.  
Für Autofahrer mit dieser Einstellung haben wir den Mercedes 190/190 E gebaut.

Für Autofahrer, denen ein starker Motor allein nicht genügt. Die erwarten, daß die vitale Kraft in leicht beherrschbare Beweglichkeit umgesetzt wird und durch ein Hochleistungsfahrwerk kompromißlos abgesichert wird.

### Idealkombination von Fahrdynamik, Beweglichkeit und Sicherheit.

Der Antrieb sorgt für den richtigen Schwung: 90 kW (122 PS) für den 190 E bei nur 1.100 kg Fahrzeuggewicht. Mechanisch/elektronisch gesteuerte Benzineinspritzung. Spontane Kraftentfaltung vom Start weg. Von 0 auf 100 in 10,5 Sekunden. Spitze 195 km/h. Dazu schnell und leicht zu schaltendes 4-Gang-Getriebe. 5-Gang-Getriebe mit Spargang oder Wandler. 4-Gang-Automatik mit Programmwähler als Sonderausstattung.

Ein im Automobilbau bisher einmaliges Fahrwerk übernimmt die Umsetzung der Triebwerkskraft in dynamische und sichere Beweglichkeit. Das Besondere: Neben der beispielhaften Fahrstabilität konnte auch beim Fahrkomfort das Niveau der größeren Mercedes-Benz Fahrzeuge erreicht werden. Dafür sorgen vor allem die Dämpferbein-Vorderachse, die einzigartige Raumlager-Hinterachse, ein langer Radstand bei kompakten Außenmaßen und die Mercedes-typische Feinabstimmung aller Aggregate.

### Der Erfolg ist der Beweis.

Das Ergebnis dieser neuen Technik-Konzeption: ein leichtes und von ständigen Lenkkorrekturen befreites Fahren. Sie haben den 190/190 E jederzeit sicher und ruhig

im Griff, mit der ungebrochenen Freude an seinem kräftigen Temperament.

Immer mehr aktive und erfahrene Autofahrer steigen um auf dieses überlegene Konzept. Der Erfolg ist der Beweis.

### So wirtschaftlich kann Spitzen-technik sein.

Was seinen Preis wert ist, kann nicht zu teuer sein. Dazu kommt beim 190/190 E auch, daß die Haltingkosten unter denen manch gleich großer und sogar manch kleinerer Fahrzeuge liegen. Damit wird Wirtschaftlichkeit zu einem überzeugenden Argument.

Kraftstoffverbrauch für 190 E in l/100 km nach DIN 70030 Teil 1: 6,41 (5,8 l) bei 90 km/h, 8,3 l (7,8 l) bei 120 km/h, 10,3 l (10,3 l) im Stadtzyklus. (In Klammern mit 5-Gang-Getriebe.)

Wartung nur alle 20.000 km. Viele kostensparende Wartungsvereinfachungen und wartungsfreie Aggregate. Sprichwörtliche technische Zuverlässigkeit.

Wartungsfähigkeit über der Norm. Zum Beispiel durch umfassenden Korrosionsschutz und Verwendung wertvoller und geprüfter Materialien.

Ein Automobil schnell zu machen ist einfach. Es dabei auch noch sicher, komfortabel und besonders wirtschaftlich zu

machen ist eine noch immer herausragende Leistung. Im Mercedes 190/190 E steht sie Ihnen zur Verfügung.

Gönnen Sie sich die Freude an dieser neuen Sportlichkeit mit Verstand. Der 190/190 E steht zur Probefahrt für Sie bereit.

☐ Ja, ich bin an einer Probefahrt interessiert. Ich erwarte den Terminvorschlag einer Mercedes-Niederlassung oder Vertretung in meiner Nähe.

☐ Senden Sie mir vorab Informationsmaterial über den 190/190 E.

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_

Telefon-Nr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Senden Sie diesen Coupon an: Daimler-Benz AG, Abteilung VOI/VP-V, Postfach 202, 7000 Stuttgart 60.



Mercedes-Benz  
Ihr guter Stern auf allen Straßen.



Donnerstag, 18. Oktober 1983  
Nr. 243

## Zielvorgabe verfehlt

J. Sch. (Paris) - Der Preisauftrieb in Frankreich hat sich wieder verstärkt. Nach noch vorläufigen Angaben ist der amtliche Lebenshaltungskosten-Index im September um 0,7 bis 0,8 Prozent gestiegen nach 0,6 Prozent im August. In den ersten neun Monaten dieses Jahres erreichte die Teuerung 7,5 bis 7,6 Prozent. Das ursprüngliche Ziel der Regierung, den Preisanstieg für 1983 auf acht Prozent zu begrenzen, ist jetzt nicht mehr zu realisieren. Selbst die inzwischen auf 8,5 Prozent revidierte Zielvorgabe dürfte überschritten werden, obwohl die meisten Preise reguliert sind.

Aber Wirtschafts- und Finanzminister Delors gibt sich nicht geschlagen. Er hat inzwischen die Handelskammer für die im September besonders stark gestiegenen Obst- und Gemüsepreise sowie eine Reihe von Dienstleistungstarifen von den Behörden herabsetzen lassen. Auch dürfen bis zum Jahresende die öffentlichen Tarife nicht mehr erhöht werden.

Derartige Index-Verschönerungen können aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß das Inflationsklima in Frankreich immer noch wesentlich stärker ist als in den meisten anderen Industriestaaten.

Das Gefährliche an der Pariser Verflechtung besteht nun darin, daß jetzt auch das amtliche Ziel für 1984

## Reales Risiko

J. G. - Rundum in Europa, in Ost und West, sind praktisch alle großen Konkurrenten der deutschen Stahlindustrie nur noch Staatsbetriebe. Erdölpreise mit ihrem Subventionencharakter und die deutsche Produktion, die sich so schnell auch der heimischen Auto- und Investitionsgüterindustrie ausbreitet. Im leidigen Dauerthema „Stahlkrise“ verweisen die deutschen Produzenten zu Recht auch auf dieses „reale Risiko“. Es möge sich doch niemand einbilden, daß dann der Staatsproduzent im Ausland etwa neue Stahlqualitäten für neue Autotypen nicht zuerst und bevorzugt der (zum Teil auch schon staatlichen) Autoindustrie seines Heimatlandes gebe. Wer diese Ausbreitung deutschen Industrieerzeugnisses weit über den Stahl hinaus vermeiden wolle, müsse politisch entscheiden: Verteidigung der deutschen Stahlkapazität in Höhe des Inlandsverbrauchs, traditionelle Import- und Exportströme integrieren. Das ist die zentrale Aufgabe einer endlich krisenbewussten Bonner Stahlpolitik. Definiert ist sie längst, praktiziert wird sie noch nicht.

von fünf Prozent Inflation nicht mehr glaubwürdig erscheint. Die Gewerkschaften werden sich deshalb bei den neuen Tarifverhandlungen wohl kaum auf die notwendige Reduzierung des Lohnanstiegs einlassen, und an den Devisenmärkten wird man bald wieder auf eine Franco-Abwertung spekulieren.

BUNDESBANK / Noch sichern die Investitionen keinen nachhaltigen Aufschwung

## Die Aussichten für mehr Wachstum haben sich jetzt deutlich verbessert

CLAUS DERTINGER, Frankfurt - Die Belebung der Investitionen in der Privatwirtschaft muß nach dem Urteil der Bundesbank über die jetzt sichtbaren ersten Ansätze hinausgehen, wenn die dauerhafte Wachstum sichern und das Angebot an Arbeitskräften vergrößern soll. Dazu bedürfte es einer länger anhaltenden Verbesserung der Ertragsverhältnisse, die eine Vertrauensbasis schaffe und vor allem dazu beitrage, daß es für Kapitalgeber wieder lohnenswerter als bisher erscheine, sich mit Risikokapital an Unternehmen zu beteiligen.

Die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen der Unternehmen, die mit 86,4 Mrd. DM in der ersten Jahreshälfte um 4,4 Prozent höher waren als in der gleichen Vorjahreszeit, sind zwar erstmals seit zwei Jahren wieder etwas mehr gestiegen als das nominale Bruttoinlandsprodukt (plus 3,4 Prozent); doch nehmen sie nach wie vor im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverwendung nur einen sehr bescheidenen Raum ein, der angesichts der Erfordernisse des Strukturwandels und der Wettbewerbspositionen an den in- und ausländischen Absatzmärkten völlig unzureichend sei, schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht.

Zudem, so klagt die Bundesbank, gingen die Anlageinvestitionen kaum über den Verschleiß alter Anlagen hinaus. Nach Abzug der Abschreibungen haben die Unternehmen lediglich 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Sachanlagen investiert. Das ist, von einer kurzen Phase nach der ersten Ölkrise abgesehen, die niedrigste Quote, die je in der Bundesrepublik zu verzeichnen war. Im Durchschnitt der siebziger Jahre hatte sie noch bei vier Prozent und in

den sechziger Jahren bei sechs Prozent gelegen. Für Vorratsinvestitionen haben die Unternehmen 7,7 Mrd. DM nach 7,9 Mrd. DM in der ersten Vorjahreshälfte ausgegeben.

In der Aufhellung des Investitionsklimas, so die Bundesbank, spiegelt sich einmal, daß manche Erstinvestitionen offenbar nicht weiter hinausgeschoben werden konnten, zum anderen aber auch die Besserung der Ertragslage. Die Bruttoeinkommen der Unternehmen dürften saisonbereinigt um etwa 13 Prozent zugenommen haben. Den wieder günstigeren Betriebsergebnissen müsse man jedoch die nach wie vor hohen außerordentlichen Verluste im Zusammenhang mit Insolvenzen im In- und Ausland gegenüberstellen, die auch in diesem Jahr noch eine erhebliche Rolle in den Ertragsrechnungen spielen dürften. Außerdem müsse die Ertragsverbesserung vor dem Hintergrund der starken Einbußen von 1980/81 gesehen werden, von denen sich die Unternehmen jetzt erst langsam erholen.

Eine so kurze Phase günstigerer Erträge reiche nicht aus, um die nachteiligen Folgen einer jahrelangen Auszehrung der Ertragskraft für

das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks zu beheben. Mit der Ertragskraft der Wirtschaft stünde es also noch lange nicht zum besten, meint die Notenbank, nach der Auffassung allerdings die Aussichten für ein weiteres Wirtschaftswachstum besser geworden sind.

Mit der deutlichen Erholung der laufenden Erträge gelang den Unternehmen eine Steigerung der Eigenfinanzierungsmittel um fast 20 Mrd. DM oder gut ein Viertel auf 93,5 Mrd. DM, was 99,4 Prozent der Investitionsausgaben entsprach, nach 81,4 Prozent in der gleichen Vorjahreszeit. Die Unternehmen waren daher weniger auf zusätzliche Fremdfinanzierung angewiesen. Ihr Finanzierungsdefizit betrug im ersten Halbjahr nur eine halbe Milliarde Mark nach knapp 17 Mrd. DM in der gleichen Vorjahreszeit. Eine solche für die erste Phase einer wirtschaftlichen Erholung typische Verbesserung der Finanzierungsstruktur sei eine notwendige Voraussetzung für das Einleiten und Realisieren neuer Investitionsvorhaben.

Bei fortschreitender Realisierung eingeleiteter und noch zu erwartender Investitionen sei, so die Bundesbank, auch mit einer Zunahme des Kreditbedarfs zu rechnen. Deshalb hält es die Notenbank für wichtig, daß im Zuge der konjunkturellen Erholung der privaten Investitionen der Anteil des Staates an der Kreditnachfrage zurückgehe, um der wachsenden Kreditnachfrage der Unternehmen mehr Raum zu geben.

TÜRKEI

## Bonner Hermesbürgschaft für geplantes Kernkraftwerk

HEINZ HECK, Bonn - Voraussichtlich noch in diesem Monat wird die türkische Regierung den Auftrag für den Bau und die Lieferung des ersten Kernkraftwerkes vergeben. An der internationalen Ausschreibung für den 1000-Megawatt-Druckwasserreaktor sind unter anderem zwei deutsche Unternehmen beteiligt: die Siemens-Tochter Kraftwerk Union (KWU) mit einem Gesamtangebot und die deutsche BBC-Tochter für die Lieferung des nichtnuklearen Teils (Durbogruppe plus Leitetchnik) in einem Konsortium mit der schwedischen Firma Asea. Darüber hinaus liegen Angebote aus Frankreich (Framatome), Kanada (AECC) und den USA (General Electric) vor.

Seit Jahren wird in der Türkei der Bau von Kernkraftwerken diskutiert. Bereits 1978 war ein erster Standort genehmigt worden: In Akkuyu zwischen Adana und Antalya an der südlichen Mittelmeerküste. Die schwedische Asea hatte schon 1979 ein erstes Angebot unterbreitet. Doch scheiterte die Realisierung dieses Milliardenvorhabens immer wieder an den Finanzierungsschwierigkeiten.

Als Ergebnis der von der türkischen Regierung eingeschlagenen Sanierungspolitik hat sich die Finanzlage in den letzten Jahren deutlich gebessert. Die Bundesregierung hat sich jetzt bereit erklärt, für dieses Projekt eine Ausfuhrkreditbürgschaft (Hermes) bis zu 1,4 Milliarden Mark zu bewilligen. Dabei ist jedoch zur Bedingung gemacht, daß die

Restfinanzierung für das Projekt, das als schlüsselfertige Anlage nach heutigen Preisen etwa drei Milliarden Mark kosten wird, aus anderen Ländern kommt.

Die KWU ist zuversichtlich, daß Zulieferanten aus anderen europäischen Ländern weitere 900 und die Türkei selbst (vor allem Bauteile) weitere 700 Millionen Mark bereitstellen werden. Nach Angaben von KWU-Chef Klaus Barthel liegt sein Angebot vom Preis her in der Spitzengruppe. Die deutsche BBC-Tochter hat für die Lieferung von Generatoren und Turbinen einen Hermes-Antrag in Höhe von 1,2 Milliarden Mark gestellt. Damit soll das Asea-Angebot für den nuklearen Teil ergänzt werden.

Der Bundesregierung geht es bei ihrer grundsätzlichen Einwilligung in eine Hermes-Bürgschaft dieser Höhe für die Türkei ausdrücklich um die Erhaltung deutscher Ingenieurkapazität in der Nuklearindustrie. Zur Begründung hat Barthel jetzt vor deutschen Journalisten daran erinnert, daß aus der Bundesrepublik über die derzeit vergebenen Aufträge hinaus keine weiteren für den Bau von Kernkraftwerken zu erwarten seien.

Der Türkei-Auftrag soll also zur Aufrechterhaltung der Entwicklungs- und Produktionskapazitäten in der Bundesrepublik beitragen, bis Anschlußaufträge hereinzurollen. Insofern ist offen, ob die Lieferung nur des nichtnuklearen Teils die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt.

## Wenn Winzer weinen

Von JOACHIM NEANDER

Das Fernsehen zeigt deutsche Winzer schmerzhaft und jammern bei der Weinlese, obwohl doch die Sonne scheint. Die Erzeugerpreise für den neuen Most sind bei den früh reifenden Rebsorten so tief in den Keller gepolt, wie niemand es für möglich hielt - stellenweise nur 35 Pfennig pro Liter. In den Läden tauchen 0,7-Liter-Flaschen vom Jahrgang '82 für knapp über eine Mark auf.

Man muß dieses (wie es scheint) Schreckenspanorama dem Normalbürger freilich ein wenig erklären.

1. Es handelt sich um eine Katastrophe nur in einem relativ engen Teilbereich - bei den Betrieben, die ihren Wein nicht selbst ausbauen, keiner Genossenschaft oder Erzeugergemeinschaft angehören, ihre Ernte also gleich nach der Lese an den Mann bringen müssen.

2. Die Katastrophe, so schlimm sie für den einzelnen sein mag, ist im wesentlichen selbst verschuldet. Seit langen predigen die Fachleute, daß pro Jahr nicht viel mehr als acht Millionen Hektoliter deutschen Weins in aller Welt abgesetzt werden können. Die Ernte 1982 betrug über 16 Millionen; die Ernte 1983 wird noch ungefähr 13 Millionen immer noch die zweitgrößte in der Geschichte sein. Da braucht man keinen Taschenrechner für die Erkenntnis, daß ab 1984 drei oder vier absolute Mäßen hintereinander nötig wären, um den Saldo wieder auf Null zu stellen.

Was sich jetzt vollzieht, ist nur die ganz natürliche Reaktion des Marktes auf ein marktwirtschaftliches Verhalten von Teilen des deutschen Weinbaus. Trotz des stagnierenden Absatzes und ungenügender Preise hat man Jahr für Jahr legal oder illegal die Anbaufläche ausgeweitet und die Hektarerträge - weitläufig auf Kosten der Qualität - in schwindende Höhen geschraubt.

Der Staat hat dem, teilweise durch Gerichtsurteile gezwungen, mehr oder weniger rat- und tatlos zugehört. Nicht ein einziger illegal gepflanzter Rebstock mußte bisher wieder ausgehackt werden. Die Deutschen rühmen sich, das beste Weingesetz der Welt zu haben, was natürlich nicht stimmt. Nun bedenken Sie das.

Was nun? Es ist sozialpolitisch

cher begründbar, daß in den besonders bedrohten Regionen der Staat zunächst Beihilfen für eine Vergrößerung des Fabrikums zahlt und im übrigen die kleinen Winzer zum Eintritt in eine Genossenschaft überredet. (Inzwischen so erfolgreich übrigens, daß viele Genossenschaften Aufnahme stoppt verhängt haben.) Aber langfristig ist dies nicht der richtige Weg. Nicht neue Fässer und neue Genossenschaften sind das Problem, sondern neue Kunden - und wenn die nicht zu gewinnen sind, eine radikale Einschränkung der Produktion.

Der Markt wird sich wieder beruhigen. In den genossenschafts-starken Gebieten Baden und Württemberg, aber auch in Franken scheint man die Lage noch im Griff zu haben. In Rheinhessen und in der Pfalz wird es manchen Winzer geben, der in seiner Verzweiflung den Reben einfach auf die Straße kippt, um seine Fässer für den qualitativ deutlich besseren 83er freizubekommen. Viele werden erzüchtet im nächsten Jahr Flächen brach liegen lassen.

Am schwersten ist es für die Güter. Sie kriegen im Gegensatz zu den Genossenschaften in der Regel keine staatlichen Zuschüsse. Ihre Kostensituation ist durch den individuellen Ausbau ihrer Weine besonders ungünstig. Wie sollen sie ihren Kunden auch begreiflich machen, daß ein gut ausgebauter Riesling Kabinett (in dieser Stufe wird bei den Gütern in diesem Jahr das Gros der Ernte liegen) mit, sagen wir, acht Mark immer noch viel preiswerter ist als ein qualitativ vergleichbarer Chablis - wenn eben diese Kunden noch die Pfennigbeträge vom zusammengebrochenen Herbstmarkt im Ohr haben?

Die Spaltung des Marktes in Massenweine und wirkliche Qualitätsweine wird also noch deutlicher werden als bisher. Es ist gut, daß sich auf der Seite der Qualität in letzter Zeit zahlreiche private Initiativen Raum schaffen, die strengere Qualitätskontrollen, Beschränkung der Hektarerträge und gleichmäßige Beschneidung des Marktes nicht mehr dem Staat und der Bürokratie überlassen wollen, sondern all das selbst in die Hand zu nehmen versuchen.

Den Verbraucher sei in dieser viel-schmerzhaften Zeit der „Blut-tage“ für den deutschen Weinbau noch genauere Prüfung dessen empfohlen, was er kauft und trinkt.

## AUF EIN WORT



„Das Sortiment im Lebensmittel-Einzelhandel darf nicht veröden, und man kann nicht auf dem Rücken der Verbraucher eine Polarisierung der Sortimente mit wenigen Billigartikeln und großen Markenartikeln gutheissen.“

Helmut Farnach, Geschäftsführer der CMA, Bonn. FOTO: KONTAR

## Deutsche bleiben am reisefreudigsten

Frankfurt - Die Deutschen sind das bei weitem auslandreisefreudigste Volk. Sie gaben im letzten Jahr mit 39,4 Mrd. DM ein Drittel mehr aus als die Amerikaner, die allerdings viel mehr im eigenen Land reisen können, zweieinhalbmal soviel wie die Briten und viermal soviel wie die Japaner. Vom deutschen Reisestrom profitierten, so die Bundesbank, vor allem Österreich (6 Mrd. DM) und Italien (7,5 Mrd. DM); es folgten die Schweiz (3,9 Mrd. DM) sowie Spanien und Frankreich (jeweils 3,3 Mrd. DM). Gleichzeitig ist die Bundesrepublik für Ausländer auch wichtiges Reiseziel. Sie nahm mit 13,4 Mrd. DM etwa ebensoviel ein wie Großbritannien und Österreich. Deutlich weniger noch die USA, Italien, Spanien und Frankreich.

## BETRIEBSWIRTSCHAFTER-TAG

### Finanzierungslücke belastet die Wettbewerbsfähigkeit

PETER WEERTZ, Berlin - Der Betriebswirtschaftler-Tag in Berlin, zu dem rund tausend Teilnehmer erwartet werden, wird vor allem zwei Themenkreise diskutieren: „Finanzierung und Wettbewerbsfähigkeit“ sowie „Technologischer Wandel und Unternehmensführung“. Die Unternehmensfinanzierung sei heute nicht nur durch die unterschiedliche Konjunktur und den technologischen Wandel belastet, sondern darüber hinaus ebenso durch die Verschuldungskrise in vielen Ländern der Welt, sagte Max Günther (Siemens), der Präsident der Schmalenbach-Gesellschaft - Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft ist. Besonders in der Exportfinanzierung kritisierte Günther die zum Teil gravierenden Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Subventionen der ausländischen Konkurrenten. Im Wettbewerb spielen außerdem

laut Günther mehr denn je neue Produkte und fortgeschrittene Technologien eine wesentliche Rolle. Zur Finanzierung dieses technologischen Wandels begrüßt er daher, daß sich in der Bundesrepublik das hilfreiche Finanzierungsinstrument des „Risikokapitals“ ausgeweitet habe.

Für Helmut Schlesinger, Vizepräsident der Bundesbank, sind die Ursachen für eine unbestreitbare Verschlechterung der Unternehmensfinanzierung vielfältig. In den Aktiengesellschaften sei jedoch der Anteil des Eigenkapitals seit 1950 von 55 Prozent auf jetzt ein Viertel gesunken, außerdem habe sich die Umsatzerlöse im Durchschnitt seit 1965 halbiert. Freilich sei eine hohe Eigenkapitalquote kein Selbstzweck, auch keine Garantie für lebhafte Investitionstätigkeit, aber in schwierigen Konjunkturphasen ein Rückhalt für die Wettbewerbsfähigkeit.

## EG-MINISTERRAT

### Mehrheit für härteren Kurs in der Handelspolitik

WILHELM HADLER, Luxemburg - Die Strukturprobleme der europäischen Wirtschaft belasten zunehmend die Beziehungen der EG zu dritten Staaten. Auch gestern standen im luxemburger Ministerrat wieder handelspolitische Abwehrmaßnahmen und Kompensationsforderungen der EG im Mittelpunkt der Diskussionen. Entscheidungen wurden jedoch noch nicht getroffen. Den breitesten Raum nahm erneut die Aussprache über die Entwicklung des Verhältnisses der Gemeinschaft zu Japan ein. Dabei wurde deutlich, daß die Mehrzahl der EG-Länder einem härteren Kurs in der Handelspolitik zuneigt. Trotz einer gewissen Öffnung des japanischen Marktes und den bekannten Selbstbeschränkungsversprechen für eine Reihe von sensiblen Erzeugnissen hat sich - wie aus einem Bericht von EG-

Vizepräsident Hafkamp hervorging - am Gesamtbild der unangewogenen Handelsbeziehungen nichts geändert.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres stieg das EG-Defizit gegenüber Japan, bezogen auf den gleichen Vorjahreszeitraum, um acht Prozent. Es erreichte im August rund 6,7 Milliarden Dollar und wird bis zum Jahresende voraussichtlich die 10-Milliarden-Dollar-Grenze überschreiten.

Ein Meinungsaustrag über die künftige Behandlung der Stahlimporte aus Nicht-EG-Ländern ließ den Willen der Regierungen erkennen, 1984 die bisherigen Selbstbeschränkungs-„Arrangements“ mit den wichtigsten 15 Lieferländern zu erneuern. Mehrere Mitgliedstaaten brachten jedoch den Wunsch nach einer Beschränkung der zulässigen Importe zum Ausdruck.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### EG ermittelt gegen Kunststoff-Kartell

Brüssel (tr) - Die EG-Kartellbehörde ermittelt gegenwärtig bei Chemiefirmen in mehreren EG-Staaten wegen des Verdachts rechtswidriger Preisabsprachen bei dem Kunststoff Polypropylen. Ein Sprecher der Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EG) erklärte auf Anfrage, daß Beamte der Behörde unangemeldete Besuche bei den Unternehmen zur Überprüfung der entsprechenden Akten vorgenommen hätten. Aus Kreisen der EG-Kommission verlautete ergänzend, daß Firmen aus nahezu allen zehn EG-Staaten, so auch die deutschen Unternehmen Hoechst, BASF und Chemische Werke Huls, von dem Verdacht auf Bildung eines Preiskartells und den Durchsuchungen betroffen seien.

### KfW-Kredite billiger

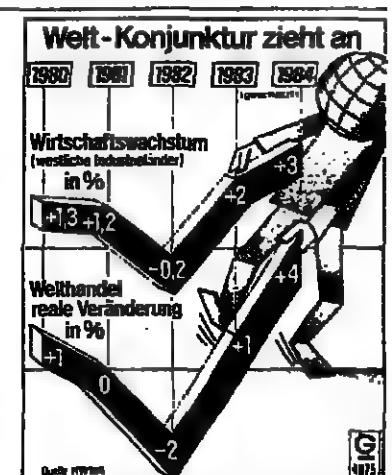
Frankfurt (cd.) - Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat den Zins für ihre Kredite aus dem Eigenmittelpogramm für kleine und mittlere Unternehmen von acht auf 7,5 Prozent gesenkt. Der neue Zins gilt für alle ab gestern gegebenen Neuzusagen. Unverändert bleiben der Auszahlungskurs von 95 Prozent und die Laufzeit von zehn Jahren einschließlich zweier Freijahre. Die KfW hat in diesem Jahr bis September 3,1 Milliarden Mark solcher Kredite zugesagt, 1,4 Milliarden Mark mehr als in der gleichen Vorjahreszeit.

### Weniger Pleiten erwartet

Frankfurt (adh.) - Bei insgesamt sinkenden Pleitezahlen in der Bauindustrie erwartet die Auskunftei Bürgel ein starkes Ansteigen der Insolvenzen im Bauhandwerk um 20 Prozent auf rund 1100 Pleiten in diesem Jahr. Für die Bauindustrie veranschlagt die Auskunftei die Zahl der 1983 zu erwartenden Insolvenzen auf rund 1700, das wären sechs Prozent weniger als im vergangenen Jahr.

### Weiter gute Börsengewinne

Frankfurt (VWD) - Eine Gewinnsteigerung um zehn Prozent erwartet die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), Frankfurt, im kommenden Jahr bei den börsennotierten Unternehmen in der Bundesrepublik. Für das laufende



Die Weltwirtschaft scheint sich allmählich wieder zu erholen. Vor allem in den USA haben sich Nachfrage und Produktion in den letzten Monaten spürbar belebt. Aber auch in Westeuropa gibt es Anzeichen für eine konjunkturelle Verbesserung. So rechnet das IHWVA-Institut für Wirtschaftsforschung damit, daß die Wirtschaftsleistung der westlichen Industrieländer 1983 um insgesamt zwei Prozent zunehmen wird. Für 1984 ist sogar ein Plus von drei Prozent zu erwarten. QUELLE: GLOBUS

Jahr werden zwischen zehn und 15 Prozent veranschlagt. Favourisiert bleiben nach Einschätzung der Bank auch 1984 die Standardwerte der Chemie- und Autoindustrie sowie die Spitzenwerte anderer Bereiche. Für das reale Bruttoinlandsprodukt werden ein Prozent Wachstum in diesem und zwei Prozent im kommenden Jahr vorausgesetzt.

### Pöhl als Hauptredner

Bonn (Hf) - Das krisengeschüttelte internationale Finanzierungssystem, der wachsende Protektionismus und die Umweltprobleme sind Schwerpunktt Themen des diesjährigen Kongresses, den der Deutsche Industrie- und Handelsstag (DIHT) heute und morgen in Frankfurt veranstaltet. Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl ist der Hauptredner der öffentlichen Kongressveranstaltung in der Paulskirche. Bei der Aktion „Bosse als Lehrer“ gehen über zwei Dutzend Unternehmer in Frankfurter Schulen und diskutieren aktuelle Wirtschaftsprobleme mit den Schülern.

## RENDITEVERGLEICH

### Deutsche Aktien blieben bisher ohne Risikoprämie

HEINZ HECK, Bonn - Deutsche Aktionäre wurden in den letzten Jahren „bestraft“, meint das der Industrie nahestehende Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) nach einem internationalen Renditevergleich. Denn die Nettoerträge des Eigenkapitals industrieller Aktiengesellschaften habe im Durchschnitt der siebziger Jahre um einen Prozentpunkt und seither um durchschnittlich mehr als fünf Prozentpunkte unter der Rendite festverzinslicher öffentlicher Anleihen gelegen. Die seit 1977 gegebene Möglichkeit der Steuerschneidung auf die ausgeschüttete Dividende habe die Aktionäre zwar - soweit sie die Gutschrift in Anspruch nehmen wollten oder konnten - besser gestellt, die Situation aber nicht wesentlich verändert. „Denn die Attraktivität der festverzinslichen Rentenpapiere habe sich seither kaum gemindert. Noch

dazu seien die Kurse deutscher Industriek Aktien in den siebziger Jahren um durchschnittlich 1,6 Prozent im Jahr gesunken.“

In den USA und Japan hätten Aktien hingegen die erforderliche „Risikoprämie“ erzielt. Denn die Eigenkapitalrendite habe dort im Jahresdurchschnitt um fünf und 3,8 Prozentpunkte über den Umlaufrenditen festverzinslicher öffentlicher Anleihen gelegen. Hinzu komme ein Substanzgewinn aufgrund steigender Aktienkurse in den beiden Ländern von 2,2 und 10,9 Prozent im Jahresdurchschnitt.

Frankreich und Großbritannien schneiden zwar nicht ganz so gut ab, liegen aber besser als die Bundesrepublik. Denn die im Vergleich zu den festverzinslichen niedrigeren Eigenkapitalrenditen seien durch Aktien Gewinne von jährlich 4,4 und 5,4 Prozent mehr als ausgeglichen worden.

## WIRTSCHAFTS-NOBELPREIS / Amerikaner Gerard Debreu ausgezeichnet

### Gleichgewichtstheorie neu formuliert

R. GATERMANN, Stockholm - Warum werden die Produzenten ihre Erzeugnisse los und warum bekommt der Verbraucher immer seinen Bedarf gedeckt? Auf diese Frage hat der gebürtige Franzose Professor Gerard Debreu, der seit 1975 amerikanischer Staatsbürger ist, bereits in den fünfziger Jahren eine Antwort gefunden, aber erst jetzt wurde sie für würdig befunden, um mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet zu werden.

In der Begründung der Schwedischen Akademie der Wissenschaften heißt es, der 62jährige Debreu erhalte die Auszeichnung für „die Einführung neuer analytischer Methoden in die volkswirtschaftliche Theorie und für eine rigorose Neuformulierung der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts der Märkte“.

Dieser „jüngste“ Nobelpreis wird erst seit 1969 verliehen. Er wurde ein Jahr zuvor aus Anlaß des 300jährigen

Jubiläums der schwedischen Nationalbank zu „Alfred Nobels Gedächtnis“ gestiftet und mit derselben Preissumme ausgestattet wie die übrigen fünf Preise; in diesem Jahr sind es umgerechnet rund 480 000 Mark.

In seinen ersten grundlegenden Forschungen zum Nachweis der Existenz von Gleichgewicht bringenden Preisen arbeitete der Mathematikprofessor, der heute an der Universität von Kalifornien lehrt, mit Kenneth Arrow zusammen, der bereits 1972 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Die beiden konstruierten ein mathematisches Modell der Marktwirtschaft, in dem verschiedene Unternehmungen ihre Produktion von Waren und Dienstleistungen und damit auch ihre Nachfrage nach Produktionsfaktoren so planten, daß ihr Gewinn maximiert wurde. Weil sie außerdem Prämissen über das Verhalten der Verbraucher aufstellten,

konnten sie auch Nachfragezusammenhänge herleiten.

In seinem Buch „Theory of value“, das sich durch die Allgemeingültigkeit der Darstellung auszeichnet, integriert Gerard Debreu in seine allgemeine Gleichgewichtstheorie zudem die Verteilungstheorie, die Kapitaltheorie und die Theorie des Verhaltens bei Unsicherheit.

In seinen weiteren Forschungen untersuchte Debreu auch die effiziente Ressourcenverteilung in der Marktwirtschaft und die Frage, ob es sich für einzelne lohnen kann, aus der Marktwirtschaft auszuweichen. Er verneinte dies in einer Wirtschaft mit vielen einzelnen Verbrauchern.

Die Schwedische Akademie bezeichnet den Verdienst des neuen Nobelpreisträgers mehr als indirekt. Er habe in der Wirtschaftstheorie jedoch eine Bedeutung erreicht, die mit der unserer größten zeitgenössischen Ökonomen vergleichbar ist.

„Für Ihre Frau sollte Ihnen das Beste gerade gut genug sein: Harveys Bristol Cream.“



## GATT / Kontroverse Vorschläge im Agrar-Ausschuß

## EG für Exportsubventionen

**IRENE ZÜCKER, Genf**  
„Exportsubventionen im Landwirtschaftsbereich sollten grundsätzlich verboten werden“, diese Meinung vertraten Amerikaner, Australier, Kanadier und Neuseeländer auf der dritten Sitzung des Gatt-Ausschusses für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten in Genf. Der Agrar-Ausschuß wurde auf der Gatt-Ministerkonferenz im Novem-

Auf der zehntägigen Sitzung des Agrarausschusses standen zwei Themen im Vordergrund: die Exportsubventionen sowie die dabei angewandten Maßnahmen. Die jüngste Ermittlung des Gatt beweist, daß alle Länder ihre Landwirtschaft gegenüber dem Weltmarkt schützen. Deshalb will der Ausschuß die Anwendbarkeit wichtiger Gatt-Bestimmungen auf die Landwirtschaft prüfen.

Bei der Beratung der direkten und indirekten Exportsubventionen, kamen zwei neue Vorschläge auf den Tisch, welche der EG Sorge bereiten: erstens die Konsolidierung der Agrarsubventionen. Zweitens den Gatt-Artikel 16 fest, der Ausfuhrerstattungen im Landwirtschaftsbereich zuläßt. Wogegen Länder wie Amerika, Kanada, Australien und Neuseeland Exportsubventionen grundsätzlich verbieten wollen. Dies hätte zur Folge, daß Staaten, die konkurrenzfähig produzieren können, wie Südamerika im Fleischbereich, Australien und Neuseeland im Milchsektor sowie USA und Kanada beim Getreide, ein Ausfuhrmonopol hätten und die EG (erstes Importland und zweitgrößter Exporteur) mit ihren hohen innergemeinschaftlichen Preisen nicht mehr auf den Weltmarkt exportieren könnte.

Trotzdem vertrat die USA in Genf den Standpunkt: Wer am konkurrenzfähigsten produziert, soll verkaufen. Da sie 50 Prozent ihrer Agrarproduktion exportieren, lohnt sich für die USA eine Exportsubvention nicht, sondern eher eine Produktionssubvention. Damit schaffen sie einen preisgünstigen Inlandmarkt und können billig exportieren. Für die EG hingegen, die nur rund 15 Prozent ihrer Produktion ausführt, wäre es zu kostspielig, die Produktion zu subventionieren.

Zur Zeit liegt es im Interesse der EG, eine Lösung für die Eindämmung ihrer eigenen Agrarsubventionen zu finden. Dies könnte heißen, nur noch unter gewissen Voraussetzungen zu subventionieren oder sich eventuell aus einigen Märkten zurückziehen. Doch ein generelles Verbot für Ausfuhrerstattungen ist für die EG nicht akzeptabel.

## USA / Der überbewertete Dollar kostet jährlich 50 Milliarden - Kongreß-Hearing

## Ohne Zinssenkung keine Abwertung

**R.A. SIEBERT, Washington**  
Beunruhigt über die zunehmenden in- und ausländischen Proteste, die sich gegen die offensichtlich nicht zu ersichernde Stärke des Dollars richten, hat der Kongreß in Washington neue Hearings durchgeführt. Bei der Erklärung des Phänomens war sich die Mehrheit der Fachleute in diesem Punkt einig: Die amerikanische Währung ist deutlich überbewertet, schnelle Abhilfe kann nur die Reduzierung der US-Rekordauslandsbilanzdefizite schaffen, die über sinkende Realzinsen den Wechselkurs drücken würde.

Großen Eindruck gemacht hat der deutschstämmige Gouverneur des Federal Reserve Board, Henry C. Wallich, der in der Notenbank als währungspolitischer Spezialist gilt. Nach seiner Rechnung hat der Dollar seit dem vierten Quartal 1980 auch inflationsbereinigt 40 Prozent gewonnen, real liegt sein Wert heute um etwa 27 Prozent über März 1973, als in der westlichen Welt mit dem Floating begonnen wurde. Dies ist eine der Maßstäbe, um die Überbewertung im Kaufkraftvergleich auszuloten.

Laut Wallich beeinflussen diese drei ökonomischen Faktoren die Pa-

rität einer Währung: Inflation, Zinsen und Renditen sowie Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse. Zweifellos zur ungewöhnlichen Dollarstärke beigetragen hat der scharfe Rückgang der amerikanischen Inflationsrate von 13 auf rund vier Prozent. Dadurch verbesserten sich die inflationären Erwartungen; in internationaler Sicht wurde der Dollar wieder eine verlässliche Anlagewährung.

Vergrößert wurde die Dollarnachfrage durch die Realzins-Differenz gegenüber anderen wichtigen Industrieländern, die sich von Oktober 1980 bis August 1983 von nahezu ein auf mehr als vier Prozent erhöhte. Das Resultat war eine Umschichtung bestehender Portefolios - anderen Werten vorgezogen wurden jetzt Dollar-Investitionen, in die auch ein größerer Teil des globalen Sparaufkommens floß.

Auch Wallich ist überrascht, daß der Dollarkurs trotz der großen Defizite in der US-Leistungsbilanz nicht fällt. Sie werden für 1983 auf rund 30 und für 1984 sogar auf 40 Milliarden Dollar geschätzt. Nach seiner Ansicht ist die Dollarnachfrage aber so gewaltig, daß die negativen Effekte ausge-

glichen werden. Erst wenn die Gründe für diese Nachfrage - Realzins-Differenz, politische Unsicherheit und Schuldengprobleme - beseitigt würden, kämen sie zum Tragen.

Ein Zeichen können laut Wallich die USA setzen, indem Kongreß und Administration das Haushaltsdefizit kräftig zurückschneiden. Das würde sich erheblich auf die Realzinsen auswirken, niedrige Zinsen seien die Voraussetzung für eine Dollar-Abwertung. Reduziert werde die Dollarnachfrage auch dadurch, daß „ausreichende Mittel für die Finanzierung der Anpassungsprogramme in willigen Entwicklungsländern bereitgestellt werden“.

Nach Kalkulationen des Federal Reserve Board kostet der überstarke Dollar die USA selbst etwa 50 Milliarden Dollar jährlich (nominal), und zwar in Form eines schrumpfenden Warenverkehrs. Ohne die verbilligten Importe würden die amerikanischen Verbraucherpreise um anderthalb Prozent stärker ansteigen. Mitte 1983 war das US-Bruttosozialprodukt real um ein Prozent, die Beschäftigung um eine Million niedriger als bei einem „normal“ bewerteten Dollar.

## ITALIEN / Unterschiedliche Berechnungen von Arbeitgebern und Gewerkschaften

## Indexierung der Löhne bleibt umstritten

**GÜNTHER DEPAS, Mailand**  
Die italienische Regierung hat sich gegenüber dem Spitzenverband der italienischen Industrie bereit erklärt, das Problem der Lohnindexierung am Jahresende wieder aufzugreifen, wenn das am 22. Januar dieses Jahres unter Mitwirkung des Arbeitsministeriums abgeschlossene Lohnkostenabkommen einer Revisionsprüfung unterzogen wird. Mit dem Abkommen verpflichteten sich die Arbeitnehmerorganisationen, eine Erhöhung der Lohnsteuer zu akzeptieren, wenn die Zunahme der realen Lohnneinkommen über der vereinbarten Null-Linie liegen sollte.

Nach gewerkschaftlichen Berechnungen werden die Lohnneinkommen in der italienischen Metallindustrie in diesem Jahr gegenüber 1982 um 13,2 Prozent zunehmen und damit die Inflationsrate um etwa 2 Punkte unterschreiten. Auf völlig andere Werte kommt der Spitzenverband der Industrie, demzufolge Löhne und Lohnkosten im Jahre 1983 das ins Auge

gefaßte Inflationslimit von 13 Prozent um mindestens 8 und höchstens 12 Prozentpunkte übertreffen werden.

Treffen die Arbeitgeberberechnungen ein, müßte die Regierung demnach die Steuerschraube anziehen, um das Nullwachstum zu gewährleisten, wogegen im Falle der Richtigkeit der gewerkschaftlichen Zahlen ein Steuermachlaß gewährt werden müßte.

Die bevorstehende Prüfung des Jahresabkommens will der Spitzenverband zum Anlaß nehmen, um das Problem der Entschärfung der gleitenden Lohnskala erneut zur Diskussion zu stellen. Ausgangspunkt sind Arbeitgeberberechnungen, wonach die Kosten für die im Laufe dieses Jahres abgeschlossenen dreijährigen Tarifabkommen in der Zeitspanne 1983/85 durchschnittlich um mindestens 2 Prozentpunkte höher ausfallen werden als die Abkommen selbst vorsehen.

Die Differenz ist den Bewegungen der Lohnskala zuzuschreiben, die quartalsweise Löhne und Gehälter den vorangehenden Preisbewegungen anpaßt.

Die Regierung selbst ist in dieser Revisionsfrage noch gespalten. Während der christlich-demokratische Schatzminister Giovanni Goria vor kurzem erneut die Notwendigkeit betonte, aus den Bewegungen der Skala mobile wenigstens die von der Dollar-Aufwertung und den Erhöhungen der Mehrwertsteuer resultierenden Preiserhöhungen herauszunehmen, ist der sozialistische Koalitionspartner nach wie vor nicht gewillt, eine Lösung ohne den Konsens der Gewerkschaften herbeizuführen.

Sowohl im Inland als auch im Ausland, zuletzt wieder von seiten des Internationalen Währungsfonds, ist man indessen überzeugt, daß sich die italienische Kosteninflation nur dann beruhigen wird, wenn es gelingt, Dampf aus der gleitenden Lohnskala abzulassen.

## EXPORTKREDITE

## OECD vor neuer Absprache

**JOACHIM SCHAUFUSS, Paris**  
Sämtliche an dem OECD-Abkommen über Mindestsätze für staatlich garantierte Exportkredite beteiligten westlichen Industriestaaten mit Ausnahme von Kanada haben inzwischen den Revisionsvorschlägen des Konsensus-Gruppen-Vorsitzenden Wallen zugestimmt, die Ende letzter Woche in London zwischen den Vertretern der EG, den USA und Japan ausgehandelt worden waren. In Paris nimmt man an, daß die Kanadier ihre Vorbehalte zurückziehen, womit die neue Regelung rückwirkend zum 15. Oktober in Kraft treten würde.

Sie sieht eine Senkung der Mindestzinsen für Exportkredite an arme und mittlere Länder vor. Für Kredite von zwei bis fünf Jahren werden die Zinsen von zehn auf 9,5 beziehungsweise von 10,85 auf 10,35 Prozent ermäßigt, für Kredite von mehr als fünf Jahren von zehn auf 9,5 beziehungsweise von 11,35 auf 10,70 Prozent. Den sogenannten reichen Ländern müssen nach wie vor für die erste Kreditgruppe 12,15 und für die zweite 12,40 Prozent Mindestzinsen berechnet werden.

Die neue Zinsmatrix wird automatisch alle sechs Monate entsprechend der Entwicklung der Marktzinsen nach einer Gewichtung revidiert, die der Zusammensetzung der Sonderziele des Währungsfonds (IWF) entspricht. Darüber hinaus sollen zwischen Mitte 1985 und Mitte 1988 die Mindestzinsen um 0,5 bis 0,6 Prozentpunkte angehoben werden.

Die Bundesrepublik ist von dem Abkommen nicht direkt betroffen, da sie keine staatlichen Zinssubventionen für Exportkredite kennt. Die Frage, ob sich Länder, deren Zinsniveau unter den vereinbarten Mindestsätzen liegt, zu einer Heraussetzung ihrer Exportkreditzinsen verpflichten müssen, ist noch nicht geklärt.

## AUSSENHANDEL

## Afrika-Geschäft ging zurück

**dpa/VWD, Hamburg**  
Das deutsche Afrika-Geschäft ging im ersten Halbjahr 1983 zurück. Die Einfuhr aus Afrika fiel um 4,4 Prozent, die Ausfuhr dorthin um 23,1 Prozent. Nach Angaben des Afrika-Vereins, Hamburg, ging die Einfuhr gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 um 508 Millionen Mark auf 11,98 Milliarden Mark zurück, der Export um 2,87 Milliarden auf 9,36 Milliarden Mark. Bezogen auf das Gesamtjahr 1983 rechnet der Verein mit einem Handelsüberschuß zugunsten Afrikas von rund drei Milliarden Mark, nach 1,1 Milliarden Mark im Jahre 1982 und 582 Millionen Mark im Jahre 1981.

Bei den deutschen Einfuhren setzte sich die bereits 1982 begonnene Verlagerung der Rohimporte weg von Algerien (minus 232 Millionen Mark) und hin zu Libyen (plus 227 Millionen Mark) fort. Die Rohstoffeinfuhr aus Nigeria blieb dagegen stabil. Ein konjunkturell bedingter Rückgang der breit gestreuten Einfuhr aus Südafrika um 119 Millionen Mark sei - so der Verein - ebenfalls erwähnenswert. Zugunommen haben die Importe aus Tunesien, Marokko, Libyen und Zaire. Rückläufig war die Einfuhr aus Ägypten, Elfenbeinküste, Kamerun, Kenia, Kongo und Zimbabwe. Teilweise verlagerten sich die Importe hier auf andere Abnehmerländer (Frankreich, USA). Von den 57 statistisch erfaßten afrikanischen Ländern verzeichneten 37 Länder rückläufige Importe aus der Bundesrepublik. Dem Grund hierfür sieht der Verein in der Finanzlage vieler afrikanischer Länder, ihren Handelsbilanzdefiziten, Auslandsschulden sowie Zins- und Tilgungsverpflichtungen. Der Rückgang der deutschen Ausfuhr entstand vorwiegend bei den wichtigsten Abnehmerländern deutscher Produkte in Afrika.

## KONKURSE

**Konkurse eröffnet:** Augsburg: Johannes Scholz; Bockum: Petra Hofmann geb. Hoogland, Schneiderin; Bonn: Wolf GmbH, Alter; Coesfeld: Nachl. d. Werner Karl Rothe, Gronau: Eckhard C. Schmitt GmbH, Gronau: Dorstmann-Pöhlke Unternehmensberatung GmbH; Flensburg: Erik Bavn KG; Hamburg: OMNIMAR Ges. f. Warenhandel u. Verwaltung mbH; KG i. H. S.A.-Alu-Bauelemente Herbert Sander KG; Bielefeld: Nachl. d. Käthe Grubert geb. Hoppe; Wehner Technik GmbH, Kiebitzreihe; KG: Nachl. d. Rudolf

**Rosener, Frechen-Bachem; Neustadt/Walt:** Georg Strubel, Metzgermeister, Eschloch.

**Anschluß-Konkurse eröffnet:** Völkheim (Rost): Hans F. Arendt, Ing. Bietzheim, Inh. d. a. Hans F. Arendt, Maschinentechnik, Serzhin b) FE-RO-TEK; Hans F. Arendt, Wäschereibedarf, Serzhin.

**Vergleich beantragt:** Wittenberg: Jan Manfred Dreyer, Dipl.-Ing. Neutling, Alheimhof d. Baunternehmung St. Grundner.

# Ein weltweiter Erfolg. Und eine neue Olivetti: Miss Schreibmaschine.



Sie ist eine vollelektronische Profi-Maschine zu einem sensationellen Preis. Mit hoher Standardleistung und zukunftsicherer Ausbaumöglichkeit. Sie ist die Schöne der schönen Olivettis, und wir haben sie deshalb zur Miss gekürt. Ihr bürgerlicher Name: Olivetti ET III (ET III mit Display).

Miss Schreibmaschine



Eine Million Menschen schreiben überall auf der Welt schon auf einer elektronischen Schreibmaschine von Olivetti. Dieser Rekord spricht auch für die Qualität der neuen Modelle und die Erfahrung, mit der sie entwickelt wurden.

Schicken Sie uns den Coupon. Ihr Olivetti-Fachhändler präsentiert Ihnen gern unverbindlich die neue Miss Schreibmaschine. Und dabei können Sie sich auch gleich über das gesamte Olivetti-Programm informieren.

An die Deutsche Olivetti DTS GmbH  
Postfach 71 01 25, 6000 Frankfurt am Main 71

Name: \_\_\_\_\_ ET-64/WB  
Firma: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Das komplette Olivetti-Schreibmaschinen-Programm reicht von der elektronischen Koffer-Maschine über Speicherschreibmaschinen mit Teletex bis zum Bildschirm-Textverarbeitungssystem.

Zubehör mit diesem Zeichen  gewährleistet die optimale Funktion Ihres Olivetti-Gerätes.

**olivetti**  
Europas größter Büromaschinen- und Informationskonzern



NIXDORF / 82 000-neue Computerarbeitsplätze

## Beachtliche Zuwachsraten

DANKWARD SEITZ, München

Eine lebhaftere Nachfrage aus dem In- und Ausland vor allem von Geldinstituten registriert die Nixdorf Computer AG, Paderborn, nach Großobjekten. In zunehmendem Umfang würden den Unternehmen, wie Vorstandsmittglied Arno Bohn anlässlich der System '83 in München erklärte, die Ausstattung komplexer Filialnetze übertragen.

Als jüngstes Beispiel nannte er die Svenska Handelsbanken, Stockholm, die ihr landesweites Filialnetz mit Nixdorf-Geräten ausstatten wolle, was für den Paderborner Computer-Hersteller ein Auftragsvolumen von rund 50 Mill. DM bedeute.

Im Bereich Computerkassen sei in diesen Tagen ein Rahmenvertrag über die Lieferung von 1100 Einheiten mit der Nanz-Lebensmittelgruppe, Stuttgart, unterzeichnet worden.

In einem Zeitraum von fünf Jahren wird Nixdorf alle 280 Filialen mit Scanner-Kassen ausstatten. Den Auf-

tragewert bezifferte Bohn mit mehr als 30 Mill. DM.

Insgesamt konnte Nixdorf, wie Bohn mitteilte, in den ersten drei Quartalen 1983 ein Auftragsplus von 25 Prozent und eine Umsatzsteigerung von 20 Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit verzeichnen. Das für das Gesamtjahr gesteckte Umsatzziel von 2,7 bis 2,8 (2,3) Mrd. DM werde sicherlich erreicht. Die Ertragsentwicklung laufe gleichfalls positiv.

Über einen „erheblichen“ Auftragsbestand verfüge man bei Mikrocomputern, deren Produktion erst im Mai 1983 angelaufen ist. Die Nachfrage übersteige die Produktionskapazitäten. Konkrete Zahlen wolle Bohn allerdings nicht nennen. Produziert habe Nixdorf bisher im laufenden Jahr 82 000 neue Computer-Arbeitsplätze.

Investiert würden, so Bohn, 1983 mindestens wieder 280 Mill. DM. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im laufenden Jahr um 1000 auf nun über 17 000 Mitarbeiter.

## Messe für Erfolg beim Verkaufen

adn. Frankfurt

Unter dem Motto „Mehr Mut zum Markt“ steht der 11. Deutsche Marketing-Tag am 28. Oktober in Frankfurt. Dieses Thema, so betonte Wilhelm Zundler für die Deutsche Marketing-Vereinigung, sei vor dem Hintergrund eines wachsenden Konkurrenzdrucks gewählt worden, der neue Herausforderungen für die Unternehmen schaffe. Im Vordergrund stehe dabei ein verändertes Verhalten des Verbrauchers. „In Umbruchzeiten werden die ökonomischen Fensterplätze neu verteilt“, erinnert Zundler. Dies verlange von den Unternehmen Initiative, mehr Zuversicht ins eigene Leistungspotential und mehr Mut zu „herzhaftem Wettbewerb“.

Rund um den Marketing-Tag findet (vom 26. bis 29. Oktober) die „Marketing-services '83“ statt, die sich als „Messe für erfolgreiches Verkaufen“ versteht und 320 Aussteller nach Frankfurt bringt, weit mehr als von den Veranstaltern erwartet. Die Aussteller stammen aus allen Bereichen des Marketings und wollen mit einem praxisorientierten Angebot alle Möglichkeiten aufzeigen, die für Marketing und Werbung zur Verfügung stehen.

## SKF: Silberstreif für Cannstatt

nl. Stuttgart

Nach der Umstrukturierung des SKF-Werks Stuttgart-Bad Cannstatt, das Textilmaschinen-Komponenten und Automobil-Wasserpumpen-Lagerungseinheiten herstellt, sieht Geschäftsführer Karl-Josef Neukirchen von der Auftragslage wieder bessere Zeiten kommen. Das Cannstatter Werk der SKF Kugellagerfabriken GmbH, Schweinfurt, dessen Mitarbeiterzahl um gut 400 auf 1250 Mitarbeiter Ende dieses Jahres geschrumpft sein wird, kommt in diesem Jahr auf einen Umsatz von 150 Mill. DM, davon entfallen allein 90 Mill. DM auf Komponenten für Textilmaschinen.

Für 1984 wird aufgrund steigender Auftragseingänge mit einer Umsatzsteigerung gerechnet. Der Exportanteil in der Sparte der Textilmaschinen-Komponenten (eine weitere Fertigung der SKF besteht in Singapur) liegt bei 90 Prozent. Den Marktanteil in diesem Segment gibt SKF mit über 50 Prozent an. Der Anteil werde sich in den nächsten Jahren noch beträchtlich ausweiten, da immer mehr Spinnereimaschinenbauer die Komponentenfertigung aufgaben, um sich stärker auf die Spinnertechnik zu konzentrieren.



Die WELT berichtet von der Anuga  
Lebensmittelhandel - Italien - Großbritannien



## Diskussion um schmales Sortiment

Im Lebensmittelhandel regiert der Rotstift. Es gibt kaum ein bundesweit operierendes Unternehmen dieser Branche, das vor der Anuga nicht von der notwendigen Sortimentsreinigung gesprochen hat. Mit dem Hinweis auf das Diktat des Kunden, der jetzt mehr nach Preis kauft, sollen pro Geschäft bis zu 2000 Artikel aus dem Angebot genommen werden. Auch wenn das Vorgehen vom Handel immer umschrieben wird, eines ist klar: Dadurch wird die Auswahl für den Konsumenten kleiner. Und die mittelständischen Produzenten der Ernährungsindustrie, die den Handel nicht so günstige Konditionen einräumen können, werden als erste aus den Läden verschwinden.

Der Hauptverband des Deutschen Lebensmittel-Einzelhandels und die Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) haben auf Grund von Marktuntersu-

chungen renommierter Forschungsinstitute nun erstmals klare Ergebnisse zum Verbraucherverhalten bei Lebensmitteln vorgelegt. Und die widerlegen eindeutig die Angaben des Handels. „Es ist eben nicht so, daß der Konsument nur auf den Preis schaut“, erklärte die Motivforscherin Carmen Lakaschus anlässlich des Symposiums „Polarisierung der Märkte oder starke Mitte?“ Auf Qualität der Ware setzen immer noch 81 Prozent der Verbraucher, nur 19 Prozent würden dem Preiskriterium den Vorrang einräumen.

Auch ziehe der Konsument eine breitere Auswahl des Angebots eindeutig einem billigeren Preis vor. „Abgesehen von den Einkaufsstätten, die ganz offen ihr stark reduziertes Sortiment zu Billigpreisen offerieren“, so Frau Lakaschus, „möchte der Verbraucher im Lebensmittelhandel keine schmalen Sortimente haben.“ Er identifiziere dies mit einer

Schwäche des Unternehmens und würde mit einem Wechsel der Einkaufsstätte reagieren. Vor allem komme es ihm dabei auf ein breiteres Angebot im mittleren Preisbereich an.

Das optimale Sortiment im Lebensmitteleinzelhandel hat die A. C. Nielsen GmbH untersucht. Dabei, so erklärte ihr Geschäftsführer Harald Ruppe vor gut 300 Teilnehmern der Branche, habe sich gezeigt, daß eine Sortimentsreduzierung in neun von zehn Fällen deutliche Ertragsrückgänge brächte. „Ein attraktives Angebot im Mittelpreis-Bereich hat dagegen die Umsätze bis zu 30 Prozent steigern lassen.“ CMA-Geschäftsführer Helmut Fahmschön konnte denn auch bei der Präsentation der umfangreichen Dokumentation mit Befriedigung feststellen, daß der Verbraucher eine „Verdünnung des Sortiments nicht hinnehmen wird.“

HENNER LAVALL

## Neue Aktivitäten gefordert

Die EG müsse endlich in die Lage versetzt werden, ihren Verpflichtungen nachzukommen, betonte Italiens Außenhandelsminister Nicola Capria auf der Anuga. Dabei gelte es vor allem, die Gemeinsamkeiten mehr zu betonen als die Differenzen. Konkrete Schritte seien in der Strukturpolitik unumgänglich, die höchste Priorität habe dabei der Agrarmarkt.

Frei von jeden Differenzen sind nach Meinung des italienischen Ministers die Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik, die sowohl im Import als auch im Export Italiens Handelspartner Nummer eins ist. Dies schließt auch den Agrarbereich ein, obwohl gegenwärtig ein erhebliches Handelsbilanzdefizit für die italienische Seite besteht. Die Bundesrepublik importierte im ersten Halbjahr 1983 im Ernährungsbereich Waren im Wert von 1,9 Mrd. DM aus Italien, wobei der Anteil von Obst, Zitrusfrüchten und frischem Gemüse 45 Prozent betrug. Gleichzeitig wurden jedoch deutsche Agrarprodukte

im Werte von 2,7 Mrd. DM nach Italien geliefert, das allein 42 Prozent aller exportierten deutschen Molkeprodukte aufnahm. Die Differenz in der Handelsbilanz ist in erster Linie die Folge ungünstiger Währungsparitäten für Italien.

Als besonderes Problem stellt sich auf der italienischen Seite gegenwärtig die Weinproduktion, denn das Land ist nach wie vor größter Weinanbieter der Welt. Die diesjährige Ernte dürfte mit 76 bis 77 Mill. Hektoliter noch größer als die Vorjahresernte von 72,5 Mill. Hektoliter ausfallen, so daß hier ernste Absatzschwierigkeiten zu erwarten sind.

In Köln stellen 380 italienische Lebensmittelhersteller aus. Mit der Ausstellungsfläche von rund 3800 Quadratmetern gehört der Gemeinschaftsstand zu den größten ausländischen Beteiligungen, was gleichzeitig unterstreicht, welche große Bedeutung dieser Messe zuerkannt wird.

H. HILDEBRANDT

## Britten lehnen Fettsteuer ab

Der von der EG ins Auge gefaßten Öl- und Fettsteuer erteilte Michael Jopling, britischer Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung, eine eindeutige Absage. In Köln nannte er solche Pläne „eine unvermeidliche Angelegenheit“, da sie die Verbraucher belasten würde. Außerdem benachteilige sie die verarbeitende Industrie und vergrößere eine Reihe von Drittländern. Die britische Regierung weise daher alle Vorschläge entschieden zurück. Gegen eine gemeinsame deutsch-britische Opposition wird sich nach seiner Meinung eine solche Steuer in Brüssel nicht durchsetzen lassen. Optimistisch äußerte sich der Minister über die Erfolgsaussichten der neuen britischen Lebensmittelexportoffensive, an der unter dem Motto „Food from Britain“ auf der Anuga mehr als 80 Firmen beteiligt sind. Jopling sagte: „Wir Briten sind zwar spät zu kommen, aber schließlich sind wir doch da. Das gilt auch für die EG.“

(ndt.)

WEISHAUPT / Konsolidierung verschoben

## Gutes Wachstum im Ausland

WERNER NEITZEL, Brüssel

Für die Raumheizung werden Öl und Gas auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Davon überzeugt ist Siegfried Weishaupt, geschäftsführender Gesellschafter der Max Weishaupt GmbH, Schwendi/Württ., des Marktführers auf dem Gebiet der Brennerherstellung. Aufgrund dieser Perspektive denke man, wie Weishaupt in Brüssel vor Journalisten betonte, im Augenblick nicht an eine Diversifikation des Programms.

Mit dem Geschäftsverlauf in 1983 ist Weishaupt zufrieden, der Umsatzzuwachs belaufe sich bisher auf 5 bis 6 Prozent. Dieses Wachstum hoffe er auch bis zum Jahresende durchhalten zu können. Besonders günstig im Trend lägen dabei die Auslandsaktivitäten vor allem in Frankreich, Italien und der Schweiz. Allein Brasilien bereite Sorgen. Dort solle aber „auf reduzierter Flamme“ mit 90 Mitarbeitern die erreichte Position gehalten werden.

Um die Wachstumschancen voll nutzen zu können, hat Weishaupt die ursprünglich eingeplante Konsolidierungsphase zunächst einmal verschoben. Das Stammhaus investierte in 1982 wie im Vorjahr etwa 16 Mill. DM, hinzu kommen 6 Mill. DM bei den Auslandsbüchern. Diese Volumina sollen in diesem und im nächsten

Jahr nicht gekürzt werden. Schwerpunkte der Investitionen sind Rationalisierungsmaßnahmen sowie der Ausbau und die weitere Stärkung der Vertriebsorganisation und des Servicenetzes.

Infolge der ungünstigen Entwicklung im öffentlichen Bau und der Schwierigkeiten in Brasilien verringerte sich der konsolidierte Gruppenumsatz in 1982 leicht um 3,9 Prozent auf 221 Mill. DM. Das Stammhaus setzte 184 Mill. DM (minus 2,8 Prozent) um, wobei der Exportanteil wiederum bei etwa 36 Prozent lag. Selten Marktanteil bei Ölbrennern (wertmäßig) gibt Weishaupt für die Bundesrepublik mit über 25 Prozent an, bei Gasbrennern liegen die Anteile noch höher. Zweistellig waren die Umsatzwachstumsraten in Belgien, Frankreich und in Dänemark. Gute Chancen rechnet sich Weishaupt für die USA und Kanada aus.

Da am Markt die Wärmedämm-Maßnahmen Wirkung zeigten, verspreche sich das Unternehmen ein wachsendes Geschäft auf dem Gebiet der Brenner mit kleinerer Leistung. Zur Ertragslage meinte Weishaupt, sie sei nach wie vor zufriedenstellend. Für 1983 rechnet er mit einer Verbesserung. Die Eigenkapitalquote liegt über 50 Prozent.

GIESSEREIEN / Produktion sinkt weiter

## Hoffen auf Besserung

DANKWARD SEITZ, München

„Wenn die Automobilindustrie das gegenwärtige Niveau auch 1984 halten kann und die erwartete Trendbesserung im Maschinenbau wirklich eintritt, dann kann auch die deutsche Gießereindustrie auf ein wieder etwas besseres Jahr hoffen.“ Für 1983 muß sich die Branche, nach Angaben des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Gießereiverbandes, Hans Adolf Esch, auf einen weiteren Produktionsrückgang von 4 bis 5 Prozent einstellen. Im vergangenen Jahr war die Produktion bereits um 5,4 Prozent auf 2,5 Mill. t zurückgegangen, wobei allerdings der Umsatz leicht um 2,3 Prozent auf 9,1 Mrd. DM gesteigert werden konnte.

Auch wenn Esch von einer Trendwende noch nicht sprechen will, so hat sich die Gießereikonjunktur in den letzten Wochen doch offensichtlich auf dem niedrigen Niveau deutlich stabilisiert. In den ersten acht

Monaten 1983 nämlich lagen sowohl Produktion als auch Absatz um rund 10 Prozent unter den Vorjahreswerten. Nicht ganz so ausgeprägt gingen die Bestelleingänge mit minus 1,6 Prozent zurück. Und daß die Auftragsbestände in den letzten drei Monaten nicht mehr gesunken sind und per Ende August mit 3,2 Prozent leicht über dem Vorjahresniveau liegen, „kann als kleiner Lichtblick angesehen werden“.

Diese Zahlen dürfen, so Esch, allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entwicklung in den einzelnen Bereichen sehr unterschiedlich verlaufen ist. Nimmt man nämlich die Druckgüsse, die von einer lebhaften Nachfrage aus dem Ausland profitierten, was zu einem Auftragspush von nicht weniger als 36 Prozent führte, heraus, so verbleibt ein Absatzminus von 11,1 Prozent und ein um 5,5 Prozent geringerer Auftrags-eingang.

# Blau ist schlau.

„... ich fahre interRentabel“

Autovermietung PKW + LKW

interRent



Immer mehr Unternehmen senken ihre Transportkosten mit interRent. Mit einer Summe von Vorteilen, die wir „interRentabel“ nennen. interRentabel ist z. B. die bedarfsgerechte Vielfalt unseres LKW-Programms. interRentabel ist die energiesparende Technik, z. B. Dachspoiler bei unseren Großen.

Zeitsparende Technik wie Ladelifts, Zollverschlüsse und Aufbauetechnik mit Hochdachern und Kotteraufbauten. interRentabel sind natürlich auch die bedarfsgerechten Tarife, z. B. die Einweg-Miete (hier anmieten und am Zielort abgeben, d. h. keine Leerfahrten mehr), die natürlich um so zielsicherer

funktioniert, je mehr Stationen eine Autovermietung hat. interRent bietet Ihnen mit über 300 Vermietstationen das mit Abstand dichteste Netz in Deutschland. Die blaue Flotte. Für alle, die schlau sind. Im Telefonbuch finden Sie uns unter 1.

interRent R  
Die Autovermietung  
PKW · LKW · WOHNMOBILE



## Warenpreise - Termine

Wegen einer technischen Störung wurden die Notierungen am New Yorker Rohstoff-Terminmarkt am Nachmittag unterbrochen. Nach dem letzten verfügbaren Zwischenstand zeigt sich bei Gold, Silber und Kupfer ein einheitlicher Aufwärtstrend in allen Bereichen. Kaffee und Kakao tendieren bei kurzfristigen Notierungen fester und mittelfristig etwas schwächer.

Getreide und Getreideprodukte			
Weizen Chicago (Schach)	14. 10.	13. 10.	12. 10.
Dez.	371,50	369,00	367,00
Mar.	383,75	382,75	381,00
Unverz.	383,75	382,75	381,00
Weizen Winnipeg (can. Sd)			
Whol Board of	14. 10.	13. 10.	12. 10.
St. Lawrence 1 Cdn	240,00	237,50	235,00
Archer Dunes	250,00	247,50	245,00
Roggen Winnipeg (can. Sd)			
Dez.	154,50	154,00	153,50
Mar.	158,40	157,50	156,50
Unverz.	154,50	154,00	153,50
Hafer Winnipeg (can. Sd)			
Dez.	133,00	132,50	132,00
Mar.	137,50	137,00	136,50
Unverz.	133,00	132,50	132,00
Mais Chicago (Schach)			
Dez.	14, 10.	13, 10.	12, 10.
Mar.	152,25	152,00	151,75
Unverz.	152,25	152,00	151,75
Mais Chicago (Schach)			
Dez.	353,00	352,00	351,00
Mar.	359,50	358,50	357,50
Unverz.	353,00	352,00	351,00
Gerstmalz			
Dez.	14, 10.	13, 10.	12, 10.
Mar.	142,00	141,00	140,00
Unverz.	142,00	141,00	140,00

Öle, Fette, Tierprodukte			
Sojabohnenöl Chicago (Schach)	14. 10.	13. 10.	12. 10.
Dez.	198,00	197,00	196,00
Mar.	201,00	200,00	199,00
Unverz.	198,00	197,00	196,00
Sojabohnenöl Chicago (Schach)			
Dez.	207,00	206,00	205,00
Mar.	211,00	210,00	209,00
Unverz.	207,00	206,00	205,00
Weizenöl Chicago (Schach)			
Dez.	241,50	240,50	239,50
Mar.	245,50	244,50	243,50
Unverz.	241,50	240,50	239,50
Kakaobutter New York (Schach)			
Dez.	14, 10.	13, 10.	12, 10.
Mar.	158,00	157,00	156,00
Unverz.	158,00	157,00	156,00

Wolle, Fasern, Kautschuk			
Wooltex (can. Sd)	14. 10.	13. 10.	12. 10.
Dez.	246,00	245,00	244,00
Mar.	251,00	250,00	249,00
Unverz.	246,00	245,00	244,00
Kautschuk New York (Schach)			
Dez.	78,00	77,00	76,00
Mar.	81,00	80,00	79,00
Unverz.	78,00	77,00	76,00
Kautschuk London (Schach)			
Dez.	78,00	77,00	76,00
Mar.	81,00	80,00	79,00
Unverz.	78,00	77,00	76,00

Zinn-Preis Penang			
Stichtag	14. 10.	13. 10.	12. 10.
Dez.	24,00	23,50	23,00
Mar.	24,50	24,00	23,50
Unverz.	24,00	23,50	23,00
Deutsche Alu-Gießlegierungen			
AlSi10Mg (100 kg)	17, 10.	16, 10.	15, 10.
AlSi12Mg (100 kg)	17, 10.	16, 10.	15, 10.
AlSi15Mg (100 kg)	17, 10.	16, 10.	15, 10.
AlSi18Mg (100 kg)	17, 10.	16, 10.	15, 10.
AlSi20Mg (100 kg)	17, 10.	16, 10.	15, 10.
Eräuterungen - Rohstoffpreise			
AlSi10Mg (100 kg)	17, 10.	16, 10.	15, 10.
AlSi12Mg (100 kg)	17, 10.	16, 10.	15, 10.
AlSi15Mg (100 kg)	17, 10.	16, 10.	15, 10.
AlSi18Mg (100 kg)	17, 10.	16, 10.	15, 10.
AlSi20Mg (100 kg)	17, 10.	16, 10.	15, 10.



Maria Clementine Martin, Klosterfrau (1775-1843), schenkte uns 1826 den nach ihr benannten echten Klosterfrau Melisengeist.

**Nutzen Sie seine rasche natürliche Hilfe.** Wenn Hektik und Stress Ihnen zu schaffen machen: Vertrauen Sie dem echten Klosterfrau Melisengeist.



Nie war er so wertvoll wie heute. Klosterfrau Melisengeist bei nervösen Störungen wie Kopfschmerz, innere Unruhe, Abgespanntheit, Wetterfühligkeit, Erschöpfung, schlechter Schlaf, Stress. Nicht einnehmen bei Lebererkrankungen, Magen- und Darmgeschwüren. Klosterfrau, Köln.

**Höflichkeit, Liebenswürdigkeit im Umgang miteinander im Bus, im Wartezimmer, im Theater, in den Restaurants ist unmodern.**

Man gibt sich cool und distanziert, fordert aber eine humanere Gesellschaft. Die brauchen wir wirklich. Gehen wir aufeinander zu, so oft es möglich ist.

Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen.



Das Poster dieses Anzeigenmotives im Format DIN A 2 und die Schrift „Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen“ senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu. Aktion Gemeinsam e.V., eine Vereinigung unabhängiger Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn 1

Der Merrill Lynch-Konzern: Bilanzsumme 1982: über 20 Mrd. US-\$ Über 4,2 Millionen Wertpapierkonten 500 Niederlassungen und Büros in 29 Ländern 37.000 Mitarbeiter, ca. 10.000 Kundenberater

**Gerade bei spekulativen Kapitalanlagen ist die Seriosität Ihrer Partner wichtig...**

...meint Merrill Lynch.

Merrill Lynch weiß, daß nur eine geringe Anzahl von Anlegern für Futures Trading geeignet sind. Im Interesse dieser Anleger bewerten wir streng folgende, unabdingbare Voraussetzungen: erhebliches Risikokapital, richtige Einstellung, Temperament und Disziplin. Fehlt nur eine dieser Bedingungen, so sind die Gewinnchancen erheblich reduziert.

Auch oder gerade bei Risikokapital brauchen Sie den geeigneten Berater. Merrill Lynch als weltweit einer der größten Finanz-Dienstleistungskonzern ist an den wichtigsten Termin- und Rohstoffbörsen der Welt vertreten. Ob Sie an spekulativen oder an Absicherungsgeschäften interessiert sind - bei uns finden Sie den richtigen Ansprechpartner. Denn unsere Qualität im Research und unser professioneller Service werden in den USA und weltweit von den breiten Anlegerkreisen, von Verbrauchern, Exporteuren, Produzenten und auch Spekulanten hoch geschätzt.

Schließlich sind wir Spezialisten für seriöse Investition.



Wenden Sie sich für weitere Informationen an das nächstgelegene Büro des deutschen Repräsentanten Merrill Lynch AG:

4000 Düsseldorf - Karl-Arnold-Platz 2 - Telefon 0211/45811  
6000 Frankfurt/Main - Ulmenstraße 30 - Telefon 0611/71530  
2000 Hamburg 3 - Paulstraße 3 - Telefon 040/321491  
8000 München 2 - Promenadeplatz 12 - Telefon 089/230360  
7000 Stuttgart 1 - Kronprinzstraße 14 - Telefon 0711/22200



# TRANSFRACHTCONTAINER.

**Informationsvorsprung schafft Wettbewerbsvorsprung** Wer mit Containern fährt, fährt schon heute eine hochentwickelte Transporttechnologie. In der Bundesrepublik hat Transfracht ein spezielles Netz mit schnellsten Verbindungen von Übersee über Land zur Verfügung. Auf Schiene und Straße. Als Partner des größten Verkehrsträgers ist das eine Garantie, die Transfracht zuverlässig geben kann. Mit Größe, Flexibilität und Leistungsfähigkeit dieses Systems ist es aber nicht getan. Transfracht hat mit dem Container in der Bundesrepublik die Transportwege der Zukunft mitentwickelt. Die Effizienz des Containerverkehrs bringt Käufer und Verkäufer einander schneller näher. Das liegt auch daran, daß Transfracht von Anfang an im Gespräch ist - und auch im Gespräch bleibt. Dafür sorgen modernste Kommunikationstechniken. Dieser Informationsvorsprung kann auch Ihr Wettbewerbsvorsprung sein. Vielleicht suchen Sie als Käufer oder Verkäufer auch einmal das Gespräch mit den Transfracht-Transport-Profis. Wir bringen Sie auf den richtigen Weg.



Transfracht Deutsche Transportgesellschaft mbH, Güteufstraße 160-164, 6000 Frankfurt am Main, ☎ 0611 238 90.

## VIELE REDEN VOM FRIEDEN. WIR ARBEITEN FÜR IHN.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.  
Werner-Hilbert-Straße 2 · 3500 Kassel · Postfachkonto Hannover 103360-301



A 72 78 1 A 140

**10er SERIE**  
Die Marathon-Kopierer: Technik mit Ausdauer.

**Xerox 10er Serie.**  
Marathon-Kopierer.

# RANK XEROX®

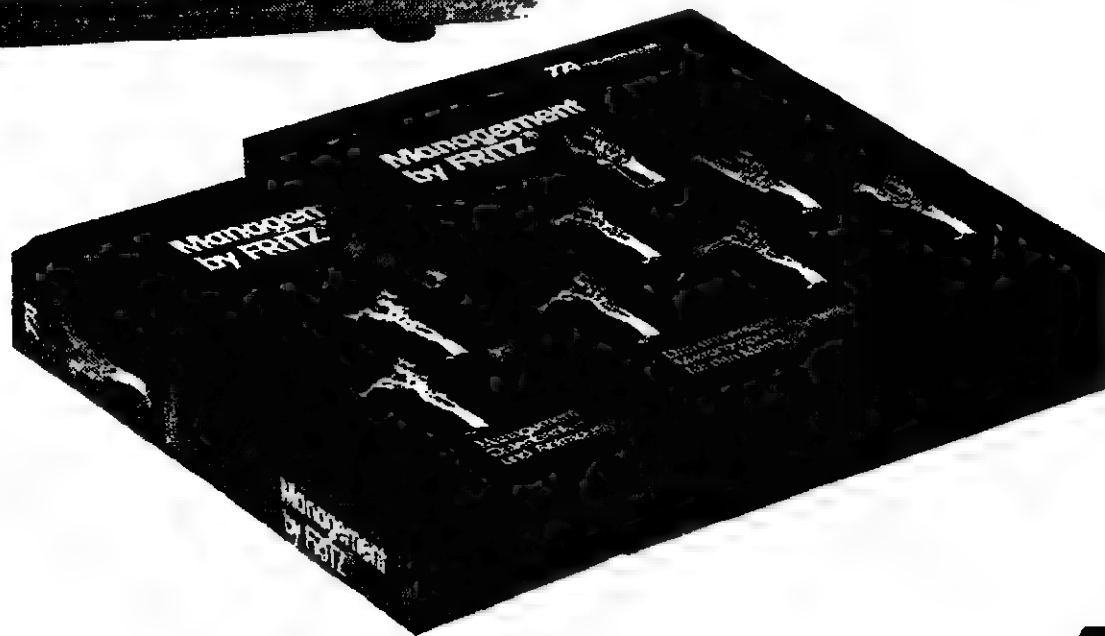


## Inlandszertifikate

[illegible][illegible]



# Gewinnen Sie Durchblick mit Management by FRITZ®



Das richtige Management-System von Triumph-Adler. Die Computer-Assistenz direkt am Manager-Arbeitsplatz.

Für qualifizierte Information, schnelle Einblicke, laufende Kontrolle und treffsichere Entscheidung, das „Management Planungs- und Kontrollsystem“.

Made for Germany - made in USA by SPI Software Products International.  
Management by FRITZ® - Klarheit durch schnelle Entscheidungshilfen.  
TA Triumph-Adler - weltweite Forschung, Entwicklung und Kooperation.

Der kürzeste Weg zu Management by FRITZ®

- per Videokassette mit ausführlichen Demonstrations- und Anwendungsbeispielen
- durch umfassendes Handbuch

**TA TRIUMPH-ADLER**  
Bürokommunikation

Und so überzeugen Sie sich von „Management by FRITZ®“ am besten: Sofort und ganz unmittelbar vom 17. - 21. Oktober 1983 auf der SYSTEMS in München, Halle 19, Stand 19003/19102 und Halle 23, Stand 23201/23302, oder mit nebenstehendem Kupon

Informieren Sie mich jetzt über FRITZ®:  
☐ per Video-Information „Management by FRITZ®“  
☐ VHS ☐ Beta ☐ video 2000 (Kaufpreis: DM 148,- per Nachnahme)  
☐ durch das Sachbuch „Management by FRITZ® in der täglichen Praxis“ (Kaufpreis: DM 28,- per Nachnahme)  
 Ausschneiden und an TA senden:  
 Triumph-Adler AG, Abt. VIPV, Witschelstr. 102, 8500 Nürnberg 80



# Probleme mit zwei Strukturen auf einer kleinen Insel

Von E. ANTONAROS

Die Wiedervereinigung Zyperns ist nicht nur aus politischen Gründen ein Muß. Unsere Insel ist einfach zu klein, um zwei voneinander völlig unabhängige operierende Wirtschaftsstrukturen zu können. Dies von Staatspräsident Spyros Kyprianou immer wieder benutzte Argument hat neuerdings brennende Aktualität gewonnen. Denn auch das Wirtschaftsparadies Zypern, das ganz gewiß nach wie vor eine Art von wirtschaftlicher Oase inmitten von fast bankrotten Staaten im östlichen Mittelmeerraum ist, beginnt langsam die Weltwirtschaftskrise zu spüren.

Zugegeben: Was sich in den letzten neun Jahren, also seit der De-facto-Teilung der Insel im Sommer 1974, auf Zypern ereignet hat, ist zweifellos ein kleines Wirtschaftswunder. Obwohl durch die Besetzung des nördlichen Inselteils durch die türkischen Truppen knapp 70 Prozent der gesamten Inselressourcen, darunter die größten Zitrusfrucht-Plantagen, die wichtigsten Bergwerke und die Touristenstädte Famagusta und Kyrenia, verlorengegangen sind, haben die Inselgriechen gezeigt, daß sie tüchtige Geschäftsleute sind. Nur fünf Jahre nach dem Desaster von 1974 hatten sie im wirtschaftlich eher uninteressanten Süden den Stand aus der Zeit vor der türkischen Invasion erreicht.

Am beeindruckendsten ist der Erfolg im touristischen Bereich: In den ersten acht Monaten von 1983 reisten 394.399 Ausländer nach Zypern. Für 1983 wird mit Touristeneinnahmen in der Höhe von umgerechnet knapp 730 Millionen Mark gerechnet, alle Hotelbetten in den neuen Ferienorten Limassol, Paphos und Ayia Napa sind belegt gewesen, 19.000 Inselgriechen sind direkt oder indirekt in der Fremdenverkehrsindustrie beschäftigt.

Aber der Fremdenverkehr ist nicht der einzige Erfolg. Die Zyprioten konnten bisher als unfruchtbar geltende Gebiete im Inselnorden in ertragsreiche Apfelsinen-Plantagen umwandeln. Trotz von der Europäischen Gemeinschaft aufgestellter Importbarrieren konnten zahlreiche Klein- und mittlere Betriebe der Textil- und Bekleidungsbranche mit ihren erstklassigen Exportprodukten Fuß in Westeuropas schwierigen Märkten fassen. Schließlich profitierte die Insel vom Bürgerkrieg im Libanon. Zu Tausenden flüchteten reiche Libanesen und andere Araber nach Zypern, zahlreiche Firmen verlegten ihren Sitz nach Nikosia.

Von 1974 bis 1981 wurde der gezielte Versuch unternommen, Zyperns angeschlagene Wirtschaft mit Hilfe von „Notstandsplänen“ zu stabilisieren, weil die Besetzung von 37 Prozent des Inselterritoriums durch die Türken die Wirtschaft völlig aus dem Gleichgewicht gebracht hatte. Die Staatskassen waren leer, enorme Devisenbeträge waren in türkische Hände geraten, jeder dritte Inselgriech war über Nacht arbeitslos geworden, knapp 150.000 Flüchtlinge, ein Drittel der Gesamtbevölkerung, mußten in den ersten Jahren in Zeltstädten und Notunterkünften leben.

1982 waren die Wirtschaftsplaner soweit, daß sie einen normalen mittelfristigen Entwicklungsfünfjahresplan für die Periode 1982 bis 1986 ausarbeiten konnten. Vorangegangen waren drei besonders kritische Jahre, 1979 bis 1981, die die damalige Regierung zu einer rigorosen Sparpolitik gezwungen hatten. Weil die Inflation in die Höhe zu schnellen drohte, wurden die Gehälter praktisch eingefroren, ein Exportförderungsprogramm, kombiniert mit der Schaffung von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, wurde eingeleitet. Diese Maßnahmen

zeigten bald beachtenswerte Erfolge: Die Jahresinflation sank von 13,5 Prozent im 1980 auf 10,8 Prozent im 1981 und knapp 6,5 Prozent im letzten Jahr, ebenfalls zurückgegangen ist das Handelsdefizit.

Anfang Oktober brachte die zypriische Handelskammer ihre Sorge über die inzwischen schon wieder leicht rückläufigen Exporte, die zunehmende Arbeitslosigkeit und die nicht unbeträchtliche Auslandsverschuldung zum Ausdruck. Daraufhin bezeichnete das Finanzministerium die allgemeine Wirtschaftslage als „nicht schlecht“.

Weil die zypriischen Textilprodukte wegen der ständig wachsenden Arbeitskosten für den westeuropäischen Markt immer teurer werden und verschiedene Abnehmer bereits fernöstliche Lieferanten vorziehen, ist der Nahe Osten zum wichtigsten Kunden der zypriischen Industrie geworden. Fast die Hälfte der gesamten Exporteinnahmen kommen aus dem arabischen Raum.

Diese Abhängigkeit birgt allerdings Gefahren in sich. Vor allem kleinere Unternehmen können zusammenbrechen, wenn ein arabisches Land, wie es unlängst mit Libyen der Fall gewesen ist, seine Devisenüberweisungen aus welchen Gründen auch immer verzögert.

Verunsichert fühlen sich schließlich vor allem einige westliche potentielle Investoren wegen des großen Einflusses der prokommunistischen Akelel-Partei in der zypriischen Politik. Doch seit der Gründung der Republik Zypern vor 23 Jahren haben sich die Inselkommunisten äußerst zurückhaltend verhalten und fast nie die Regierung unter Druck gesetzt, nicht einmal wegen Lohnforderungen. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Akelel-Führung diese Haltung in absehbarer Zeit ändern könnte.

## ZYPERN



Blick auf Nikosia intra muros. Rechts das Rathaus

FOTO: DIE WELT

## UNO-Beschluß nur für taube Ohren?

Auch im zehnten Jahr der Teilung ist eine Lösung des Zypern-Problems weit entfernt. Selbst kleine Schritte zu einem besseren Miteinander werden nicht unternommen. Immer noch ist das Schicksal von etwa 2000 Personen ungeklärt, die in die Hände der türkischen Truppen geraten. Immer noch ist Famagusta eine Geisterstadt. Und in Nikosia steht ein völlig intakter Flugplatz ungenutzt im Niemandsland.

Obwohl die Vereinten Nationen in seltener Einmütigkeit die Türkei zum Abzug ihrer Truppen aufforderten, ist das Interesse der Welt an der Insel gering. Und die Regierung in Nikosia weiß, daß sie daran nicht ganz unschuldig ist. Sie hatte die Wahl, die Flüchtlinge aus dem Norden in Lagern verbleiben zu lassen, als dauernde Anklage und Pressionsinstrument auf das Gewissen der Welt, oder sie zu integrieren. Sie hat sich zur Humanität entschieden.

Keiner weiß, wo nun der Schlüssel für eine Lösung des Problems liegt, ob in Ankara, Athen, Washington oder Nikosia. Sicherlich hat aber das Problem zwei wesentliche Momente: Da ist einmal das Unterlegenheitsgefühl der türkischen Zyprioten gegenüber den griechischen. Ein Syndrom, für das die griechischen Zyprioten Mitverantwortung tragen und das nur sie selbst abbauen können und müssen.

Und da ist die strategische Seite, vor allem die Bedeutung der Türkei für die Allianz, die die USA hindert, Druck auf Ankara auszuüben. Aber, muß die Allianz sich fragen lassen, darf die Stabilität in der Region mit der Zerrissenheit eines Volkes erkauft werden?

Europa kann in beiden Momenten seine Hilfe anbieten. Es kann Unterstützung offerieren für Objekte, die beide Seiten zusammenführen, und tut dies schon in Nikosia. Ho,

es keine türkischen Truppen auf der Insel, wäre das eine ganz andere Geschichte. Wenn man von einem Referendum und Selbstbestimmung spricht, kann man damit nicht die Selbstbestimmung zweier getrennter Volksgemeinden meinen. Das gibt es nun einmal nicht. Wenn ein solches Konzept auf der ganzen Welt angewandt würde, wäre meiner Ansicht nach heute praktisch jedes Land gespalten, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika. Das gilt ganz besonders da, wo ethnische Kriterien im Spiel sind.

DIE WELT: Erstmals ist die Friedfertigkeit der zypriotischen Jugend. Sie haben hier große britische Militärbasen sowie türkische Besatzungstruppen. Und doch ist die Jugend so unaggressiv. Wie lange wird sie dies Ihrer Meinung nach noch bleiben?

Kyprianou: Das ist schwer zu sagen. Glauben Sie aber bitte nicht, unsere Jugend sei politisch desinteressiert. Im Gegenteil, die jungen Leute sind brennend an Politik interessiert. Aber sie sehen, daß wir unsere Ziele nur mit friedlichen Mitteln verfolgen können, damit wir schließlich das erreichen, was uns allen zusteht.

Die Lage auf Zypern ist in der Tat provokant. Die Leute sehen jenseits der Demarkationslinie ihre Häuser, die sie nicht betreten können. Ihre Dörfer liegen zum Teil nur einen Steinwurf von ihnen entfernt. Dennoch erlaubt man ihnen nicht, hinüberzugehen. Das übersteigt das Fassungsvermögen eines jeden Menschen.

Doch haben wir immer noch Hoffnung und den festen Glauben an eine friedliche Lösung. Und wir sind gewillt, unsere ganze Kraft hierfür einzusetzen.

Die Fragen für die WELT stellte H.-H. Rohmer

## INTERVIEW MIT DEM ZYPRIOTISCHEN PRÄSIDENTEN, SPYROS KYPRIANOU

# Teilung heißt Konflikt für die ganze Region

DIE WELT: Herr Präsident, fast zehn Jahre sind seit der Invasion und Besetzung Ihrer Insel verstrichen. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage? Gibt es positive Anzeichen für eine Lösung des Problems?

Kyprianou: Zunächst einmal möchte ich betonen, daß die annähernd zehnjährige Besetzung Zyperns um so unfähiger erscheint, als die internationale Volkergemeinschaft bislang nicht in der Lage war, etwas dagegen zu tun. Vor allem aber ist es ihr nicht gelungen, die Türkei von ihrer Teilungsphilosophie abzubringen, dem größten Hindernis auf dem Wege zu einer friedlichen Beilegung des Zypern-Problems.

Wenn wir auch nicht gerade überschäumen vor Zuversicht, so erkennen wir doch zur Zeit angesichts der kürzlich von der UNO-Generalversammlung gefaßten Resolution eine Wiederbelebung des Interesses an der Zypern-Frage und eine zunehmende internationale Unterstützung. Und das ist sehr wichtig. Nicht nur die Resolution ist außerordentlich positiv, die stärkste übrigens, die jemals von den Vereinten Nationen gefaßt wurde, sondern auch die Zahl der Stimmen zu unseren Gunsten sowie die Anteilnahme während der Debatte vor der Generalversammlung. Bilaterale Kontakte mit verschiedenen Regierungen haben ebenfalls bewiesen, daß die Zypern-Frage im Blickpunkt steht.

Wie Sie wissen, haben die langjährigen interkommunalen Gespräche kein Ergebnis gezeigt trotz des ständigen Entgegenkommens und guten Willens von seiten der zypriotischen Regierung. Wir begrüßen daher die Absicht des UNO-Generalsekretärs, sich persönlich des Problems im Hinblick auf etwaige Fortschritte bei den Verhandlungen anzunehmen. Das ist der gegenwärtige Stand der Dinge.

DIE WELT: Sie sagten erst kürzlich, man könnte einer Lösung schon wesentlich näher sein, wenn die USA ihr diplomatisches Gewicht voll ins Spiel gebracht hätten. Allerdings kommen Sie den Vereinigten Staaten auch nicht gerade sehr entgegen. So bieten Sie ihnen z. B. keine Militärbasen an.

Kyprianou: Wir sind im Prinzip gegen Militärbasen jeglicher Art. Es war der Eindruck entstanden, die USA hätten um solche Basen ersucht. Allerdings wurde dieses Anliegen in Wirklichkeit nie an uns herangetragen.

DIE WELT: Das Hauptinteresse Washingtons gilt der globalen Sicherheit der USA. Und in diesem Kontext wäre es möglich, daß die Türkei für Washington wichtiger ist als Zypern. Glauben Sie nicht, daß die EG – und hier ganz besonders Deutschland – eine aktivere Rolle in Ihrem Sinne spielen könnte?

Kyprianou: Selbstverständlich. Ich meine nämlich, daß die Vereinigten Staaten in der Lage sind, die Türkei in unserem Sinne zu beeinflussen. Ich glaube auch, daß ein friedliches Zypern im Interesse Washingtons liegt. Und wenn wir einen dauerhaften Frieden auf Zypern erreichen wollen, so kann dieser sich nur auf eine dauerhafte Lösung der Zypern-Frage, jedoch nicht auf eine Teilung der Insel gründen.

Denn Teilung heißt Konflikt. Das gilt durchaus nicht nur für Zypern, sondern für die gesamte Region. Sollte eine neue Zypern-Krise entflammen, so würde diese nicht nur auf

Zypern begrenzt bleiben, sondern mit Sicherheit auch Griechenland und die Türkei hereinziehen. Und dies könnte gar nicht im Interesse der USA liegen.

Bevor ich nun auf Ihre Frage nach dem Engagement der EG eingehe, möchte ich noch etwas zur Rolle der USA sagen: Die von der Türkei benutzten Waffen waren Lieferungen aus den USA. Diese waren der Türkei in ihrer Eigenschaft als Mitglied der NATO überlassen worden. Aber diese Waffen – Flugzeuge, Panzer, Kugeln usw. – wurden gegen Zypern eingesetzt. Das ist nicht nur eine Verletzung internationalen, sondern auch amerikanischen Rechts!

Wie Sie wohl wissen, sagte ich bereits in einem anderen Interview, daß der amerikanische Steuerzahler die Besetzung Zyperns unterstützt. Somit stellt sich hier nicht nur die Frage nach dem amerikanischen Interesse, sondern auch nach der Verantwortung Washingtons für Zypern. Und Washington muß alles tun, um die Besetzung Zyperns zu beenden.

DIE WELT: Doch die Reaktion sowohl im Hinblick auf die Verantwortung Washingtons als auch auf die Verletzung amerikanischen Rechts durch die Türkei war während der letzten zehn Jahre innerhalb der US-Regierung eher schwach.

Kyprianou: Das stimmt. Wenn Sie sich erinnern, wurde ein Embargo gegen die Türkei erhoben. Die ganze Zeit aber versicherte die Regierung in Washington der Türkei, dieses Embargo würde wieder aufgehoben. Ich will mich hierzu nicht weiter auslas-

sen, möchte aber noch einmal unterstreichen, daß ein vollkommen unabhängiges und friedliches Zypern im Interesse der USA, Griechenlands, der Türkei sowie aller Länder in der Region liegt. Dieses Ziel kann aber nur ohne türkische Truppen auf zypriotischem Boden erreicht werden.

Jetzt zu Europa: Natürlich kann die EG helfen, ganz speziell aber die



Spyros Kyprianou, Präsident Zyperns

FOTO: DIE WELT

Bundesrepublik Deutschland auf Grund ihrer engen Beziehungen zur Türkei. Außerdem muß doch die EG Interesse für uns aufbringen, da Zypern mit der Gemeinschaft assoziiert ist. Wir streben die Zollunion und eine komplette Eingliederung an. Auch hoffen wir, bald in Verhandlungen hierüber eintreten zu können.

DIE WELT: In Ihrem Land gibt es verschiedene Auffassungen zur Lösung des Zypern-Problems. Unter

dem Strich jedoch scheint mir, daß jeder Politiker in Ihrem Land in der Sache mit Ihnen übereinstimmt. Ist das so?

Kyprianou: Das ist richtig. In der Kernfrage besteht Übereinstimmung. Es gibt lediglich unterschiedliche Auffassungen in Detailsfragen und unter Umständen im Hinblick auf die anzuwendende Taktik.

Nun lassen Sie uns zu den Zugeständnissen kommen, die von unserer Seite gemacht wurden. Der verstorbene Präsident Makarios unterbreitete 1977 Vorschläge, die wirklich sehr weit gingen. Die Quasi-Akzeptanz einer Föderation auf zypriotischem Boden war eine ganz große Konzession. Sie wäre in der Vergangenheit schlicht undenkbar gewesen und wurde stets von den britischen Institutionen und Experten während der Kolonialzeit ausgeschlossen. Wir gingen sogar soweit, eine geographische Karte vorzulegen in der Annahme, es gäbe einen Verantwortlichen auf der türkischen Seite, was jedoch nicht der Fall war.

Es stellt sich jetzt die Frage: Was wollen wir überhaupt? Wir haben die Idee einer Föderation angenommen und möchten über dieses Konzept verhandeln. Doch wenn die Türken auch weiterhin nicht von ihrem Teilungsgedanken abweichen, ist das natürlich eine andere Sache.

Entscheidend ist nicht, was wir tun können, da auf unserer Seite bereits alles Erdenkliche unternommen wurde. Unerlässlich ist vielmehr, daß die Türkei ihre Einstellung zur Zypern-Frage radikal ändert. Und wenn ich

von der türkischen Einstellung spreche, dann meine ich die türkische Regierung in Ankara. Denn Denktank mag noch so auftrumpfen, im Endeffekt entscheidet doch die Türkei.

Und das ist bedauerlich. Ich meine nämlich, wenn die türkischen Truppen nicht hier wären, würde die Mehrheit der türkischen Zyprioten der Politik Ankaras nicht zustimmen. Da die türkischen Zyprioten z. Z. aber nicht frei sind, können sie auch nicht aussprechen, was sie wollen. Doch ich bin sicher, auch sie wissen, daß ihr Wohlergehen und ihr Wohlstand in der Einheit des Landes und seines Volkes liegt.

DIE WELT: Was halten Sie denn von der Volksbefragung, die Denktank durchführen möchte?

Kyprianou: Ich bin nicht sicher, daß er dieses Referendum auch durchsetzen wird. Andererseits aber bin ich überzeugt, daß dies nur unsere Gespräche weiter erschweren würde.

Helfen würde ihm ein solches Referendum allerdings kaum. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, daß die Mehrheit der Völker der Erde eine weitere Teilung hinzunehmen würde, die doch zwangsläufig weiteren Konfliktstoff bedeutet.

DIE WELT: Könnten Sie sich vorstellen, daß anläßlich einer Volksbefragung die Majorität der türkischen Zyprioten sagen könnte: Wir wollen von unseren griechischen Landsleuten nicht getrennt werden?

Kyprianou: Leider werden diese Menschen nicht die Chance haben, sich in diesem Sinne zu äußern. Gabe

## Ein Tropfen Zypern: ausgereift und doch so frisch

Wenn Sie Zypern besuchen, sollten Sie auf jeden Fall unseren Wein probieren. Er wird Ihnen schmecken! Von der Wein, so blickt auch wir auf eine lange Tradition zurück: genau gesagt, auf über 80 Jahre. Aber gerade unsere führende Position unter den hiesigen Kreditinstituten hat es uns ermöglicht, ständig neue Ideen zu entwickeln. Nur auf diese Weise können wir unsere Spitzenposition halten, nämlich mit dem größten Zweigstellennetz der Insel und mehr als 2000 Korrespondenzbanken in aller Welt.

**BANK OF CYPRUS**  
leadership with experience

**APOLLONIA BEACH HOTEL**

Ein 5-Sterne-Luxushotel am Strand, keine 5 km vom Zentrum Limassols entfernt und nur 64 km vom internationalen Flughafen von Larnaca.

Alle 204 Zimmer (einschließlich Doppelzimmer) und 8 Suiten sind zentral klimatisiert und mit privatem Bad oder Dusche, Selbstwähltelefon, Radio und Balkon mit Blick auf das Meer oder die Berge ausgestattet.

Süßwasser-Schwimmbassin, alle Arten von Wassersport, Disco, Tennisplätze und Einkaufsarkade – all dies bietet Ihnen das APOLLONIA.

Das APOLLONIA BEACH HOTEL bietet sowohl Urlaubern als auch Geschäftsleuten und Konferenzteilnehmern einen sehr angenehmen Aufenthalt.

APOLLONIA BEACH HOTEL P.O. Box 594 LIMASSOL/ZYPERN  
Tel. 2 93 51 – Telex 2 268 APOLTE CY – Telegrammadresse: APOLLONIA LIMASSOL



**paphos beach hotel**

P.O. Box 136, PAPHOS, ZYPERN. TEL: (061) 33091. Tlx: 3202

Beste Küche, zuvorkommende Bedienung, elegante Atmosphäre, herrliche Gärten mit üppiger Vegetation, schöner Strand, ruhige Umgebung, wunderbarer Ausblick.

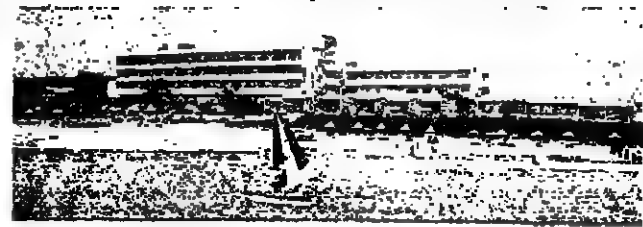
Das Paphos Beach Hotel bietet all dies und noch vieles mehr.

Das Paphos Beach Hotel ist bereits Legende: „Die phantastische Erfolgsgeschichte in der Welt des Tourismus.“

Reservierungen durch TOUROPA, AIRTOURS, AIRCONTI, KREUTZER, ATTICA und ZYPERN REISEDIENST.

Wir stellen demnächst vor: Anabelle Beach Hotel.

Eine weitere Adresse für glückliche Ferientage direkt neben dem Paphos Beach Hotel.



**Thanos hotels**

„Alles ist eine Frage des guten Geschmacks“

**Ferien**

ab DM 18,- pro Tag

Bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung. Wir haben stets ein Hotelzimmer oder ein Hotelapartment für Sie bereit in einem der nachstehenden Hotels:

**REGION LARNACA**  
SVELTOS BEACH HOTEL APARTMENTS TEL. 041-57241  
BEAU RIVAGE HOTEL (3 STERNE) TEL. 041-236 00  
MARIANDY HOTEL (2 STERNE) TEL. 041-2 16 11  
IOANNA HOTEL (2 STERNE) TEL. 041-5 75 74

**REGION PAPHOS**  
PAPHIANA HOTEL (3 STERNE)  
TEL. 061-3 52 52  
DEMETRA HOTEL APARTMENTS  
TEL. 061/3 44 44  
MIROFORI HOTEL APARTMENTS  
TEL. 061-34311

**BUCHUNGEN DIREKT DURCH DIE HOTELS ODER DAS HAUPTBÜRO**

**CHE**  
Givva Digenes Ave. 26C  
TEL. 3 85 58 P.O. Box 5512, Telos 3710  
NIKOSIA - ZYPERN

Stadt des Makarios

LANTERN

ZEYPERN

Cynthi

Paphos

Zeitung

Zeitung

Zeitung



# GRECIAN BAY HOTEL AYIA NAPA-ZYPERN

Ihr Fluchtweg aus dem grauen Alltag in die luxuriöse Welt des GRECIAN

*Wegen Winter-Sonderangeboten wenden Sie sich bitte an die führenden Reiseveranstalter*

## EIN UNVERGLEICHLICHES Hotel

gelegen am schönsten Sandstrand der Insel, der von kristallklarem Wasser bespült wird. In unmittelbarer Nähe befinden sich ein Fischerhafen und ein malerisches Dorf. Vielseitiges Unterhaltungsangebot im Hotel; u. a. Squash, Hallenbad und Kunstgalerie. Jede Art von Wassersport, Tennis, Windsurfing-Schule.

Individualität ist unser Lösungswort. Buchungen durch die führenden Reiseveranstalter oder direkt:

Telex: 2 980 – Telefon: 0 37 / 2 13 01



## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,  
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Streifen des Todes

„Von Lüneburg bis Hof zieht sich der Streifen des Todes“, WELT vom 29. September

Sehr geehrte Redaktion, es ist tröstlich, daß wenigstens Sie immer einmal wieder darauf hinweisen, wie schlimm die Tatsache der Grenzbefestigung mitten in Deutschland ist – und wie unnormale nicht nur die Grenze, sondern auch ideologisch geteilte ist. Hier geht es um die Freiheit der Menschen, die sie bis dicht an den Rand des Chaos treibt, indem sie ihren eigenen Staat als ihr Gemeinwesen deklamieren und der Zerstörung preisgeben. Dort geht es um die Gleichheit der Menschen, die sie bis dicht an den Rand der Existenz bringt, indem der eigene Staat sie kollektiviert und ihnen keinen genügenden Freiheitsraum bietet. – Hier immer noch die Möglichkeit der vielfältigen Lebensgestaltung, in der sich über das Notwendige hinaus auch Kultur bilden kann. Dort, wie man in den Tagesnachrichten liest, die mühselige Bewältigung des Lebensnotwendigen. – An der längst zur Front erklärten Grenze zwischen beiden Weiten der „Streifen des Todes“, an dem das „Gesicht“ dieser beiden Staaten deutliche Züge hat und in Schießbefehl und Schußwaffengebrauch auch zeigt. In der westlichen Welt sind die territorialen Grenzen

als staatliche Trennungslinien niedrig geworden. Fast bemerkt man sie nicht, wenn man sie „überschreitet“. Zur östlichen Welt und damit in das andere politische System dagegen werden Staatsgrenzen gegen kleinste Verletzungen unnachgiebig verteidigt. Sie sind scharf und genau fixiert und entsprechen in ihrer scharfsinnigen Ausgestaltung den politischen Programmen. So sind sie landschaftlich und nachbarschaftlich von einschneidender Trennwirkung und unterstreichen als fast unüberwindbare Sperrmauern eben doch und gerade deswegen das Völkerverbindende, das dahinter lebhaft und gegen alle politische und ideologische Umnachgiebigkeit gedeht, denn wir sind trotz aller gewirkten politischen Grenzen Deutsche und bleiben es trotz der Teilung und verschiedener politischer Schicksale, die zwar das Tagesgeschehen beeinflussen können, nicht aber das gemeinsame Kulturgut auslöschen. Dazu gibt es zu tiefe Wurzeln, aus denen wir leben. Wie bei alten benachbarten Bauernhöfen weisen Einzelne nur für die Zeit ihrer Bestimmung den Weg der Entwicklung. Über das aktuelle Geschehen hinaus bleiben sich die handelnden Charaktere dennoch treu, weil sie, wie schon Hegel sagte, Söhne dieser Erde sind, die sie prägt. Sieht man es in diesem Sinne, dann ist das Abmontieren des Todesautomaten ein Schritt in die Gemeinsamkeit, in die eine von ihrer Gebietsveressenheit etwas abgeben und die anderen hoffentlich auf ihre Gebietsveressenheit aufmerksam werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Heinz Steincke,  
Michelbach / Bils

## Friedens-Debakel

Sehr geehrte Damen und Herren, von allen Seiten wird der sogenannte „Heiße Herbst“ heraufbeschworen. Vielfach wohl auf Grund fehlender Informationen. Informationen, die vor allem in den Schulen vermittelt werden könnten und sollen, aber meist nur lückenhaft einseitig oder gar nicht vermittelt werden. Warum auch?

Die Kultusministerkonferenz ist unfähig, sich auf ein bundeseinheitliches Konzept zu einigen, da die SPD-regierten Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bremen und Hamburg mit einem von pädagogischen Optimismus überfüllten Papier jeglichen Kompromiß im Wege stehen. Das Papier stellt einen kaum verhohlenen Versuch dar, sich über die Verteidigungswürdigkeit und -notwendigkeit der Bundesrepublik Deutschland und die dafür erforderliche Bereitschaft des einzelnen zum Wehrdienst auszuschweigen. Es geht darum, den Schüler darüber aufzuklären, daß er nicht die Wahl zwischen Wehr- und Ersatzdienst, sondern daß das Recht auf Verweigerung ein individuelles

Grundrecht darstellt und es erst durch alle diejenigen, die ihren Wehrdienst ableisten, gewährleistet und geschützt werden kann.

Klaus Michael Rogner,  
Schüler, Städt. Landessprecher  
der Schüler-Union Bayern,  
Regensburg

## Wort des Tages

„Unsere größte Aufgabe ist es, wieder Vertrauen in unsere geistige Erbschaft zu gewinnen. Religiöser Glaube an die moralische Natur und an die moralischen Möglichkeiten des Menschen ist und muß für jede Art der Gesellschaft wirksam sein, sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft.“

John Foster Dulles, amerik. Diplomat (1888-1959)

## Personalien

## AUSWÄRTIGES AMT

In doppelter Funktion hat Andreas Meyer-Landrut am vergangenen Wochenende Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bei dessen Wiener Gesprächen mit Sowjetaußenminister Andrej Gromyko assistiert: Teils noch als deutscher Botschafter in Moskau, teils schon als künftiger Staatssekretär des Bonner Auswärtigen Amtes. Der scharfsinnige Bote, der am 1. November den in den Ruhestand tretenden Staatssekretär Berndt von Staden ablöst, muß in der sowjetischen Hauptstadt noch einige Abschiedsbesuche absolvieren. In der kommenden Woche will er sich dann in Bonn auf die Amtübernahme vorbereiten.

## PRÄSIDENTIALAMT

Bundespräsident Karl Carstens wandert wieder. Am kommenden Samstag geht die Wanderstrecke durch den Teutoburger Wald. Ausgangspunkt ist kurz nach neun Uhr morgens die Burg Ravensack. Der Bundespräsident und seine Frau Veronika folgen wie üblich mit beachtlichem Trödel Hermannsweg bis zum Wirtshaus Bergfrieden. Schlußpunkt der Wanderung ist die Stadt Bielefeld.

## AUSZEICHNUNGEN

Marianne Strauß, Vorsitzende des Kuratoriums „Hilfe für Mutter und Kind“, einer bayerischen Landesstiftung, nahm gestern im Prinz-Carl-Palais in München für die Stiftung einen Scheck in Höhe von 20 000 DM entgegen. Der Betrag wurde bei einer Jubiläumsfeier der Münchner Anlageberatung Dr. Jung gesammelt, die ihr 25jähriges Bestehen feierte. Die Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind“ möchte junge Frauen vor Abtreibungen bewahren und kümmert sich unkonventionell um finanzielle und andere Probleme.

\*

Die Münchner WELT-Berichterstatterin Rose-Marie Borngässer gehört mit zu den Preisträgern des vom Münchner Pressclub vergebenen „Herwig-Weber-Preis“. Am 10. November wird Frau Borngässer für ihre Berichterstattung über München mit 1000 DM ausgezeichnet. Der Herwig-Weber-Preis erinnert an den früheren Münchner FAZ-Korrespondenten und Vorsitzenden des Presseclubs und wird seit 1971 für hervorragende journalistische Arbeiten über München in Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen vergeben. Den ersten Preis in Höhe von 5000 DM erhielt Josef Rovani, Paris, für einen Artikel in GEO.

\*

Der Göttinger Schriftsteller Guntram Vesper erhält das Literatur-Stipendium 1984 der Märkischen Kulturstiftung. Die Auszeichnung ist mit 25 000 DM dotiert und wird am 4. Dezember in Althaus, Westfalen, überreicht. Vesper schrieb unter anderem „Fahrplan“ und „Kriegerdenkmal ganz hinten“.

## Ein Theaterstück der Sagan als Fernseh-Film

## Tristesse auf russisch

Ich habe zweifellos etwas hoch gegriffen, wenn ich annahm, daß ich allein mein Stück in Szene setzen könnte“, gestand Françoise Sagan 1964 nach der mißglückten Premiere ihres vierten Theaterstücks „Bonheur, impair et passé“ (deutscher Titel: „Russisches Roulette“ oder „Russisches Dreieck“), in dem sie erstmals selbst Regie geführt hatte. Zwar lockten so illustre Darsteller wie Juliette Gréco, Daniel Gelin und Jean Louis Trintignant ein erlauchtetes Publikum ins Pariser Theater „Edouard VII.“, aber die Resonanz blieb matt und die Kritiker reagierten – freundlich ausgedrückt – spröde.

## Russisches Dreieck – ZDF, 19.30 Uhr

„Ein süßes Spiel mit der Verzweiflung“ nannte das „kleine Ungeheuer“ – so bezeichnete François Mauriac einst die 18jährige, die mit ihrem Roman „Bonjour tristesse“ zu Weltruhm gelangt war – diese kolportagehafte Kostümgeschichte, vor deren historischer Kulisse das Lebensgefühl von Menschen der Gegenwart beschrieben wird.

Auf einem Landsitz im Rußland

des ausgehenden 19. Jahrhunderts hat sich Graf Igor einen exzentrischen Zeitvertreib zugelegt: Weil er seine Frau Angora vor Jahren bei einem erotischen Fauxpas überraschte, tötet er seitdem jeden Mann, von dem er vermutet, daß er ihr nachstellt, im Duell. Nebenbei hat der eifersüchtige Aristokrat mittlerweile seinen halben Besitz verspielt. Da schneit der lebensmüde Prinz Vladimir ins Haus, der bekannt (übrig) in die Gräfin verliebt zu sein. Doch Igor verspürt mit einmal eine Lust mehr, den prinzipiellen Rivalen aus der Welt zu schaffen. Statt dessen verspielt er auch den Rest seines Vermögens, der verärrte Vladimir entpuppt sich als zynischer Don Juan, während die Gräfinmutter und ihr versoffener zweiter Sohn in burlesken Rollen durch die Geschichte purzeln.

Die Figuren der Sagan'schen Farce spielen mit ihrem Leben, ohne es einzusetzen – ein russisches Roulette mit Platzpatronen. Regisseur Roger Vadim hat dieses Stückchen voller Scheintiefen 1977 für das französische Fernsehen verfilmt – der Name Sagan ist, scheint's, auch für Tristesse noch immer gut genug. hel.

## KRITIK

## Wenn Kommissar Lenz nachdenkt

Im Begleittext zur Tatort-Folge „Roulette mit sechs Kugeln“ (ARD) heißt es: „Nur langsam entwickeln Lenz und Bretschneider das Gespür aus Lügen und falschen Schuldigungen“. Wie wahr, wie wahr! Doch etwas forscher draufgeputzt, dann entpuppen sich die angeblichen Entwürfe als kleine Handgriffe, die eigentliche Lösung spielt sich im geübten Kommissar-Hirn des Herrn Lenz ab. Da wogen die Intuitionen, da knistern die Vermutungen, da knüpfen die beamteten Ganglien die Indizien zu Beweisketten, da siebt ein kluger Bayermschädel das Wichtige aus dem Unwichtigen heraus, fürwahr, ein faszinierendes Spiel – nur, leider sieht man es nicht, man hat nur Anlaß, es sich hinterher, wenn der Abspann über den Schirm läuft, vorzustellen.

So an die zwanzig meist gute Darsteller sind unter Leitung des Regisseurs Lutz Büscher am Werk und muß ihnen Eifer und Fairness zubilligen bei dem Bemühen, dem Trivialen zu geben, was das Triviale ist. Sie ließen gewissermaßen den Krimi im Dorf.

Der Endabnehmer der Krimiversorgung freilich blieb unbefriedigt. Es geht nicht an, daß alles Nachdenken beim Kommissar bleibt, etwas muß er auch dem Zuschauer überlassen. Denn Krimi hat nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Leute schlenkern sich die Pörsches um die Ohren, oder sie spielen ein raffiniertes Puzzlespiel (zum Mitleiden). Eins von beiden möchte schon sein.

VALENTIN POLCICH

## Afghanistan zu später Stunde

Schade, daß die Sendung „Afghanistan – Vier Jahre Krieg und Widerstand“ im ZDF zu so später Stunde über die Bildschirmen lief. Heinz Metitzky's Bestandsaufnahme über den vergessenen Krieg am Hindu-Kusch war derart abgerundet und ausgewogen, daß man ihr eine bessere Sendezeit gewünscht hätte. Metitzky betrieb in seinem Film keine Glorifizierung des Widerstands. Sachlich beleuchtete er die politischen Hintergründe der Vorgänge in Afghanistan und es gelang ihm, die wichtigsten politischen Führer des Widerstands vor die Kamera zu holen und ihnen bisher nicht Gehörtes zu entlocken. Mit Helmutar als Repräsentant der afghanischen Fundamentalisten und Gilani als Vertreter der gemäßigten Widerstandsgruppen wurde der Austausch von Meinungen via Bildschirm zu einer erregenden Angelegenheit.

Der Film befriedigte jedoch nicht nur die Ansprüche der politisch Interessierten, sondern vermittelte auch Bilder, Informationen und Eindrücke aus dem Alltag der Mudjaheddin; er beschrieb die Haltung Pakistans gegenüber dem Nachbarland sowie seinen Flüchtlingen und Exil-Organisationen, die Not der Menschen innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen von Afghanistan. Möglicherweise vermag der Film sogar etwas von der westlichen Gleichgültigkeit gegenüber dem schrecklichen Schicksal eines von den Sowjets überfallenen Landes abzubauen.

WALTER H. RUEB



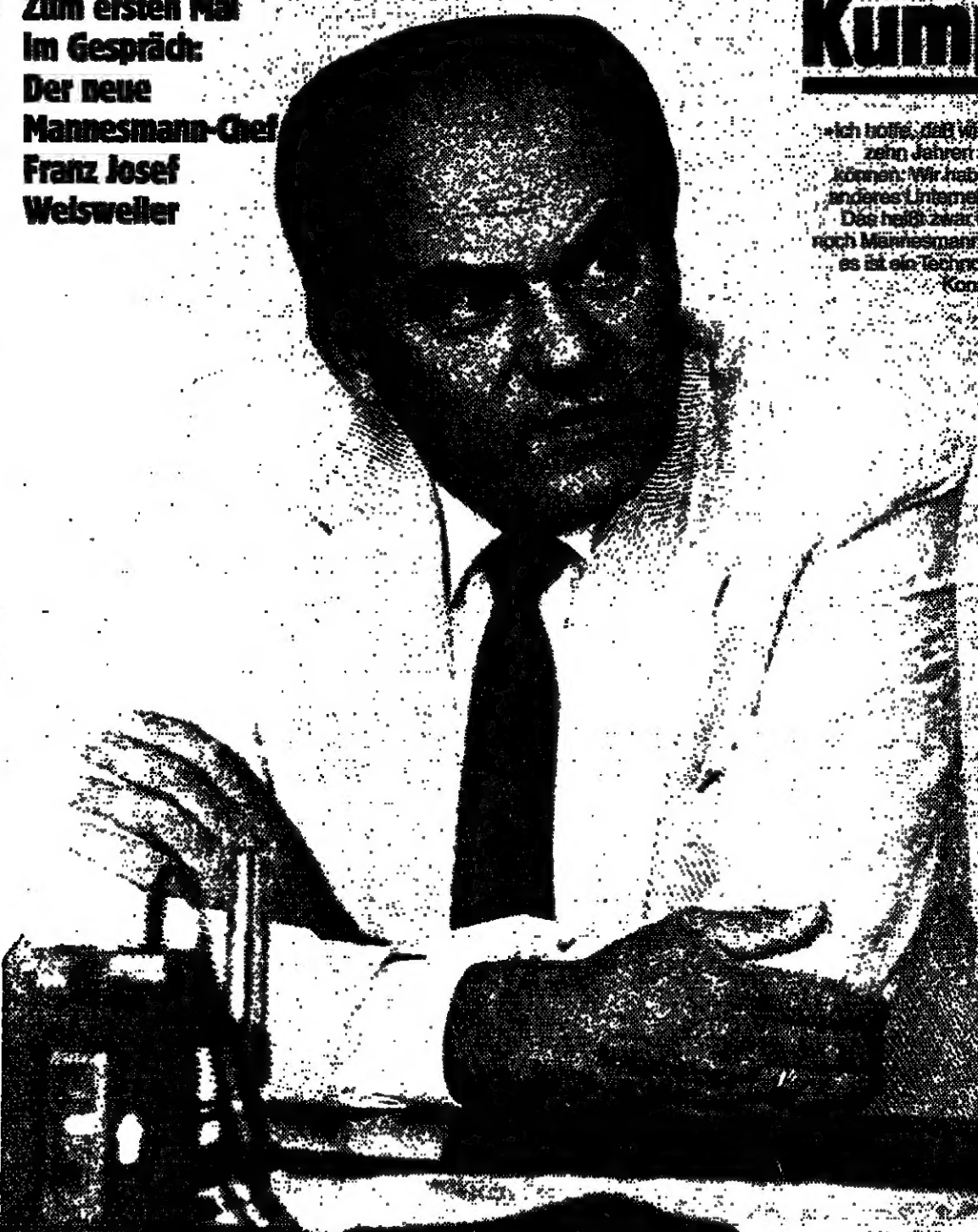
## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sonntagsmagazin	11.25 Kinder, Kinder
10.00 Tagesschau, Tagesschau	12.10 Kehrwoche
10.25 Mitpraxis im ZDF	12.55 Presseschau
10.50 Umschau	13.00 Tagesschau
14.10 Tagesschau	14.00 heute
14.15 Ein Berg, ein Dorf, eine Stadt	14.04 heute
Bilder und Geschichten aus	Zum Beispiel: Recklinghausen
Savoyen	Ansch. heute-Schlingel
Film von Hans Emmerling	Umschau, der Morgen
17.00 Tagesschau	Konkreter Zeichentrickfilm
Was ist, wenn ich satt bin?	17.00 heute / Aus den Ländern
Wer es böse mit Friederich meint,	17.15 heute-Schlingel
nennst du fette Frieda. Warum sie	Zu Gast: die Südwestdeutschen
so genannt wird, ist nicht zu über-	Berichterstatter
sehen: Frieda ist dick!	Leitung: Prof. Helmut Erb
17.50 Tagesschau	17.50 heute / Aus den Ländern
dazu: Regionalprogramme	Spiel und Spaß mit Heinz Eckner,
20.00 Tagesschau	Helga Fiedersohn u. a.
20.15 Alles oder Nichts	Ansch. heute-Schlingel
Spiel und Show mit Max Schautzer	18.20 heute / Aus den Ländern
Heute: Geschichte der Luftfahrt	18.20 heute / Aus den Ländern
21.00 Report	18.20 heute / Aus den Ländern
Themen: Arbeiter auf Schleifwegen	18.20 heute / Aus den Ländern
– Bremerhaven und die Blockade / IG Metall probt die Macht	18.20 heute / Aus den Ländern
– Wo bleibt die Basis? / Kinderarbeit in Deutschland / Schilder	18.20 heute / Aus den Ländern
– Wenn der Rat der Stadt den Rat der Bürger mißachtet	18.20 heute / Aus den Ländern
Moderation: Günther von Lojewald	18.20 heute / Aus den Ländern
21.45 Dollars	18.20 heute / Aus den Ländern
2. Rs Plan	18.20 heute / Aus den Ländern
22.00 Tagesschau	18.20 heute / Aus den Ländern
22.00 Picasso-Spektakel	18.20 heute / Aus den Ländern
Picasso in Berlin, eine Ausstellung	18.20 heute / Aus den Ländern
seiner Skulpturen in der Nationalgalerie: Das ist ein Ereignis, das	18.20 heute / Aus den Ländern
sich in der Fülle der hier aus-	18.20 heute / Aus den Ländern
gestellten Exponate nie wieder	18.20 heute / Aus den Ländern
ergeben wird. Werner Spies, der	18.20 heute / Aus den Ländern
beste Kenner des plastischen	18.20 heute / Aus den Ländern
Werkes von Picasso, hat die „Un-	18.20 heute / Aus den Ländern
möglichkeit“ zustandegebracht,	18.20 heute / Aus den Ländern
die Picasso-Erben zu überzeugen,	18.20 heute / Aus den Ländern
die Plastiken aus ihrem Besitz nach	18.20 heute / Aus den Ländern
Berlin zu entziehen, aus dem noch	18.20 heute / Aus den Ländern
unfertigen „Musée du Picasso“	18.20 heute / Aus den Ländern
aus Barcelona kommen ebenfalls	18.20 heute / Aus den Ländern
45 Exponate.	18.20 heute / Aus den Ländern
23.30 Tagesschau	18.20 heute / Aus den Ländern

## III.

WEST	20.15 Der Heidegger-Ansatz
18.00 Telekolleg	21.00 Drei aktuelle
18.30 Tagesschau	21.15 Melodie von der Straße
19.00 Aktuelle Stunde	SÜDWEST
20.00 Tagesschau	18.00 heute
20.15 Millionenstadt im Meer	18.30 Telekolleg
Die Insel der Vögel	Mathematik (18)
21.00 Weltreise (2)	Nur für Baden-Württemberg
Sonderreihe in 22 Folgen	19.00 Abendschau im Dritten
Sechs Konkurrenten unterwegs	Nur für Rheinland-Pfalz
Moderation: Werner Böhm alias	19.00 Abendschau im Dritten
Gottlieb Wendehals	Nur für das Saarland
21.45 News Akzente für die Bonner	19.00 Saar 3 regional
Kultur	Gemeinschaftsprogramm Süd-
Studiogespräch mit Hans-Jochen	west 3
Freiherr von Ullrich-Gleichen	19.25 Nachrichten und Moderation
22.15 Thema des Monats	19.30 Die Sprachstunde
Anschließend	Nur für Baden-Württemberg
Letzte Nachrichten	20.15 Mord und Mord
NORD	Nur für das Saarland
18.00 Sonntagsmagazin	20.15 Mord und Mord
18.30 Mit Weltraumkollern unterwegs	20.15 Mord und Mord
(2)	20.15 Mord und Mord
Als die Sahara noch grün war	20.15 Mord und Mord
19.00 Die sieben Wälder des	20.15 Mord und Mord
Albertus (2)	20.15 Mord und Mord
Der Artemis-Tempel von Ephesos	20.15 Mord und Mord
19.30 Landwirtschaft aktuell	20.15 Mord und Mord
20.00 Tagesschau	20.15 Mord und Mord
20.15 Mit Weltraumkollern unterwegs	20.15 Mord und Mord
21.00 Nachrichten	20.15 Mord und Mord
21.45 Tagesschau	20.15 Mord und Mord
22.00 Das schwarze Kabinett	20.15 Mord und Mord
Das Netz	20.15 Mord und Mord
US-Spielfilm, 1947	20.15 Mord und Mord
23.30 Letzte Nachrichten	20.15 Mord und Mord
HESSEN	20.15 Mord und Mord
18.00 Sonntagsmagazin	20.15 Mord und Mord
18.30 heute (2)	20.15 Mord und Mord
18.55 Paddling	20.15 Mord und Mord
19.00 Tagesschau	20.15 Mord und Mord
19.45 Tips für Schule und Beruf	20.15 Mord und Mord
20.00 Tagesschau	20.15 Mord und Mord

Zum ersten Mal  
Im Gespräch:  
Der neue  
Mannesmann-Chef  
Franz Josef  
Weisweiler



## Kumpel und Konzernstrategie

„Ich hoffe, daß wir nach zehn Jahren einen neuen Mannesmann-Charakter geschaffen haben.“ Das hat Franz Josef Weisweiler, der neue Mannesmann-Chef, bei seinem ersten Interview mit dem Industriemagazin gesagt. Ein Interview, das aus demselben Grund so wichtig ist wie das von Alexander H. Wilhelm Christian Reich, das zum Konzernchef. Was zeichnet den neuen Mannesmann-Führer aus? Was will er anders machen als sein Vorgänger Egon Overback? Was haben Mannesmann und Konzernchef zu erwarten? Industriemagazin spricht mit dem Mannesmann-Chef über seine Karriere, seinen Auftrag und seine Pläne.

## Weitere Themen in der aktuellen Ausgabe

Leasing: In den Vorstandslagen der Branche rollen die Köpfe. Was steckt dahinter? Devisen: Wie und wo liefern deutsche Exporteure punktförmig. Aber immer häufiger dreht der Käufer den Devisen-Hahn zu. Wie kommen die Firmen an ihr Geld?

Erfolgsrezept: Ein schwäbischer Präzisionsgeräte-Hersteller zieht alles auf und davon. Warum? Wandel & Göttemann besetzt die anderen. Wahrung: Kauf, Fusion, Kooperationen – die Agenturen formieren sich neu. Wer belst mit wem?

## Industriemagazin



## Coupon

Bitte einreichen an: „Industriemagazin“, Postfach 10 100, 6000 München 10

☐ Probe-Abonnement: Bitte liefern Sie mir die Oktober- und November-Ausgabe des „Industriemagazin“ zum Kennzeichen kostenlos. Die Bestellung wird danach zum Jahresbezugswert (Preis von DM 67,-) fortgesetzt, wenn ich nicht bis spätestens 14 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes absage.

Anschrift für Lieferung und Berechnung:

Name

Straße

Ort

Ich habe das Recht, die Bestellung innerhalb einer Woche schriftlich zu widerrufen.

Datum



## Meint der Patriarch

Wie - Wenn einer einen Preis bekommt, pflegt er sich öffentlich dafür zu bedanken. Ist es ein so wichtiger wie der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, so wird daraus gewöhnlich eine Manifestation von nicht zu überhöhter Bedeutung. So war es auch im Fall Manes Sperbers, der ihn am Sonntag empfing, aber leider durch Krankheit verhindert war, die ehrenvolle Urkunde entgegenzunehmen und die gewichtigen Worte, die er für die Feier niedergeschrieben hatte, den in der Paulskirche versammelten deutschen Notablen vorzutragen.

Ein guter Pariser Freund, Alfred Grosser, sprang für ihn ein, um so freudiger und selbstverständlicher, als er selbst schon auf dem gleichen Podium als Preisempfänger gestanden hatte; er verlas die Rede Sperbers, ohne eine Silbe zu verändern, doch unterließ er natürlich nicht, gleich zu Anfang darauf hinzuweisen, daß er Alfred Grosser sei und daß dem Pronomen „ich“, das er im

folgenden oft verwenden werde, eine andere Person als die seine zugrunde liege.

Zu Beginn seines bzw. Sperbers Textes machte er von der Möglichkeit der Distanzierung wenig Gebrauch, doch weiter zum Schluß hin, bei den härteren Äußerungen Sperbers über die erpresserischen Pseudo-Ideologen des Friedens in der Bundesrepublik, schob er immer häufiger ein „sagt Sperber“ ein. Man fühlte sich unwillkürlich an den Klosterbruder in Lessings „Nathan der Weise“ erinnert, der mit einem schelmischen „meint der Patriarch“ dem von ihm Berichteten eine gewisse Relativierung verleiht.

Wer genau so denkt wie Sperber, wird in diesen Augenblicken gewünscht haben, die Ärzte hätten dem herzkranken Preisträger doch die Reise nach Frankfurt erlaubt und wir hätten seine Ermahnungen mit seinem alttestamentarischen Ernst und von seiner plötzlichen wie von Erz tönenden Stimme anhören dürfen. Vielleicht hätten dann noch mehr unter den Anwesenden die Hände zum Beifall geführt.

## Streifzug durch die rheinischen Boulevardbühnen Schattiges Schaumgebäck

Wenn immer auf der Düsseldorfer Steinstraße, in der Nähe der Berliner Allee, in den Abendstunden ein Menschenpulk versammelt ist, deutet darauf hin, daß die „Komödie“ gerade Pause hat. Das kleine Theater kann seinen 376 Besuchern kein Foyer bieten, das groß genug für alle wäre. Seit 1988 leitet die Ehepaar Ingrid Brant und Alfons Hochmann die Geschichte der „Komödie“ mit beständig wachsendem Erfolg: 91 Prozent beträgt die Platzausnutzung (damit liegt sie, nach den Kammerspielen und dem Opernhaus mit 93 bzw. 93,1 an dritter Stelle der Bühnen in der Landeshauptstadt). Selbst aus Essen und Dortmund reisen Besucher regelmäßig an, um theatrales Schaumgebäck im Abonnement zu konsumieren.

Von ursprünglich neun Stücken pro Spielzeit ist man - aus Gründen der Ökonomie - inzwischen auf vier zurückgegangen. Derzeit lockt Paul Hubischek in Peter Ustinovs „Abgehört“ in die durch und durch rote Theater (was sich allerdings nur auf die Ausstattung bezieht). Der Star macht zwar nicht das Stück, verstärkt Hans-Dramaturg Horst Heinze - aber sein Name auf dem Theaterplakat zieht die „Komödie“ ein für ihre Verhältnisse eher schwergewichtige Drama ausgesucht; in der Regel pflegt man dort Unterhaltung der leichtesten und, und bisweilen auch seichtesten - Art.

Weniger im Schatten des Doms, wie der Name vermuten läßt, als vielmehr in dem des Opernhauses spielt sich in Köln die Boulevard-Szene ab. „Das Theater am Dom“, das einst wirklich in dessen Nähe lag, besitzt seit knapp 20 Jahren in der „Schweizer Ladenstadt“ - einem Geschäftskomplex, den ein Schweizer Baukonzern 1964 errichtet hat - ein großzügiges Domizil. Das geräumige Foyer dient gleichzeitig als Galerie; die Garderobe erinnert mit ihren Ausmaßen eher an ein mittelgroßes Stadttheater. Die Räumlichkeiten enthalten also einer gewissen Intimität, die man mit dem Begriff „Boulevard-Theater“ unweigerlich in Zusammenhang bringt; das hat jedoch den unschätzbaren Vorteil, daß man den Foyersekt nicht mit krampfhaft angewinkelten Kilbogen bis zum letzten Stuhl in Brusthöhe haken muß. Seit 1976 liegt die Leitung des Theaters mit Inge Durek und Barbara Heinersdorff fest in weiblichen Händen. Die Damen können zufrieden sein: Nach Angaben von Frau Durek

liegt die Platzausnutzung bei 68 Prozent - einer Traumzahl, die kaum ein Theater in der Bundesrepublik erzielt.

Von den vier Stücken, die pro Spielzeit zu sehen sind, soll möglichst eines eine Uraufführung bzw. deutsche Erstaufführung sein. Mit „Mirabelle“, das die Saison 1983/84 eröffnete, wurde dieser Forderung bereits Tribut gezollt. Der Franzose Claude Magnier (er starb im Juni dieses Jahres) hat die Geschichte von dem hoffnungslos romantisch-sentimentalen Mädchen geschrieben, das ein langverheiratetes Ehepaar wieder zusammenbringt. Oder vielleicht doch nicht? Den Schluß läßt der Boulevard-Routiner geschickt offen. Auf jeden Fall schrumpft hier wie auch bei Ustinovs „Abgehört“, denn so ist's beim Boulevard nur mal Stille, die gutbürgerliche Katastrophe einer ausgelassenen Ehe auf die Dimensionen eines flott erzählten Witzes mit funkelnäher Pointe.

Der einzige wahre „Flopp“, an den Frau Durek sich erinnert, war Alan Ayckbourns „Treppauf - Treppab“. Sie räumt ein, dies habe wohl an der Inszenierung gelegen. Mit ihr hatte Horst Johanning vom Bonner „Kreuz-Theater“ keine Probleme. Dabei kam ihm die kreisrunde Arena des Theaters zustatten, das die Phantasie der Regisseure befähigt, rund 160 Zuschauer fast in der ersten Reihe in die Geschehnisse drin: Die Stühle stehen nämlich auf der Spielfläche, und es passiert immer wieder, daß man die Beine unter den Stuhl zieht, weil ein Mädel bedrohlich nahe vorbeiläuft.

Johanning ist nicht nur Regisseur des aktuellen Stückes, sondern teilt sich auch mit der Schauspielerei. Katinka Hoffmann Geschäftsführung und künstlerische Leitung. Mit nur 79 Prozent Platzausnutzung für das Jahr 1982 bildet das „Contra-Kreuz-Theater“ das Schlußlicht in der Besucherstatistik. Sollte den Bonner Theaterbesuchern der experimentelle Werkstatt-Charakter des Hauses für einen Abend nicht fein genug sein? An den Stücken, die von der Lokalpresse durchweg wohlwollend behandelt werden, kann es offensichtlich nicht liegen. Denn die Autoren, Stile und Schauspielernamen sind hier genauso zukünftig wie in Düsseldorf oder Köln. Für eine der nächsten Premieren haben sich immerhin Sonja Ziemann und Charles Regnier angesagt!

RAINER NOLDEN

## Platte: Klavierstücke von Gurdjiev / Hartmann

### Wer die Zeit dehnt

Den Namen Georges Iwanowitsch Gurdjiev (1872-1949) sucht man in russischen, aber auch in westlichen Lexika vergebens - sein Freund Thomas de Hartmann (1886-1956), der seine improvisierten Kompositionen und Aufzeichnungen aus östlichen Klangregionen in geläufige Notation übertrug, wurde schon eher bekannt mit seiner Musik zum „Gelben Klang“ Kandinskys und Beiträgen in „Blauen Reiter“. Beide gehörten sie zur Petersburger Symbolisten- und Futuristen-Szene, die in ihren kreativen Höhenflügen und weit voraussehenden künstlerischen Entdeckungen erst jetzt im Begriff ist, entdeckt zu werden (u. a. bei den diesjährigen Berliner Festwochen).

„Weit voraus“ sind Gurdjiev und de Hartmann auch mit diesen hier von Herbert Henck entdeckten und ursprünglich bei Radio Bremen eingespielten, anschließend bei WERGO (Spectrum SM 1036/87) gepressten gemeinsamen Klavierkompositionen, nämlich in der Vorausnahme eines Prinzips, das als Entdeckung der jüngsten Jahrzehnte gilt: der Mediation, der Reduktion der Musik auf sparsame Ausdrucksbewegungen, der Dehnung der Zeit. Bei Scho-

stakowitsch gibt es in den Präkudien und Fugen der 50er Jahre ähnliches (übrigens auch schon früher bei dem Futuristen Arthur Louise), und die Wurzel solcher musikalischen Stile liegt offenbar nicht bei Satie, sondern hatte in Rußland, wie man hier nun hört, eigene Vorformen.

Melodisch erinnert einiges in diesen Klavierstücken von Gurdjiev und de Hartmann an Mussorgski, anderes an Skrjabin, und es ist gar nicht einmal avantgardistisches Bemühen, das hier zugrunde liegt, sondern die Grenze erweist sich als fließend zum Charakterstück à la Tschaiowsky oder Rabikow. Die Sprache dieser Meditation erwuchs nicht zuletzt aus der Sprache des Salons. Eine andere wichtige Quelle waren daneben die Tonsysteme der zentralasiatischen Kulturen, für die sich die russische Musik immer offen zeigte.

Diese Klavierstücke wurden zu ihrer Zeit nie publiziert - ihre Kenntnis verdankt man den Bemühungen der Witwe Thomas de Hartmanns im amerikanischen Exil. Dies gilt auch für die sonst nirgends zu findenden biographischen Informationen im Plattentext.

DETLEF GOJOWY

## Ein vergessener Deutscher - London zeigt Leben und Werk von Königin Victorias Prinzgemahl

### Zeitalter der Schiffe und Schnörkel

Wer Albert heißt und das beweisen kann, darf eine Nacht lang umsonst schlafen in dem Londoner Hotel, das Coburg heißt nach Alberts Familie. Gewiß, zuvor muß er ein voll bezahltes Wochenende dort verbracht haben, samt Besuch der großen Ausstellung über Alberts Leben und Taten - aber das spricht nur für jenen gesunden Geschäftssinn, den Königin Victorias Prinzgemahl Albert (1819-1861) besaß - eine von Alberts vielen guten Eigenschaften, und viele von ihnen wurden einem großen britischen Kreis recht spät bekannt, nämlich jetzt: Mit der erwähnten Ausstellung im „Royal College of Art“ (es verdankt Albert seine Entstehung, gleich neben dem Konzerthaus Albert Hall (von Albert geplant und nach seinem Tod gebaut) und gegenüber dem üppigen und rührend fürstlichen Denkmal, das Victoria ihrem verstorbenen Mann im Hyde Park errichten ließ.

Diese Ausstellung kommt insofern aus heilerem Himmel, als es weit und breit keinen Jahrestag, kein Jubiläumdatum gibt. Zwar hat der jetzt amtierende Prinzgemahl vor Jahren geäußert, es wäre hübsch, wenn Albert und sein Wirken einmal in einer Ausstellung dargestellt würden - aber auch das ist noch keine rechte Begründung: Tüchtige Deutsche sind in Britannien stets nur mit Maßen beliebt. Albert war ein außerordentlich tüchtiger Deutscher, sehr geliebt von seiner Frau, nicht aber, im Leben wie im Tode, von der mehr oder minder maßgebenden Gesellschaft. Ohnehin sind Ausländer von allen Sorten in britischen Augen den Briten nicht ebenbürtig - und wenn da einer dem Thron nahesteht und sich mit Reformen mausert, macht er wenig Aussicht auf liebevolles Gedulden. Zwar sagte Diderot dem verstorbenen Prinzen nach, er habe „England einzuwandern“ lange lang mit einer Weisheit und Energie regiert, wie sie keiner unserer Könige jemals gezeigt hat - doch sehr populär war dieses Zitat nie.

Nun aber, betreut von „Observer“ und von der Midland Bank, tut sich eine stattliche und mit liebevoller Raffinesse angelegte Ausstellung auf, die das Leben des Prinzgemahls in der Zeit seiner Geburt auf Schloß Rosenau bis zu seinem Tod in Windsor - mit Hunderten von Ausstellungsstücken, mit Leihgaben aus den Beständen des britischen Königshauses, aus Coburger Museen und aus vielen anderen Schatzkammern. Albert der Gatte, der Sekretär Ihrer Majestät, der Feldmarschall, der Politiker, Albert, der Förderer der Technik, der Künstler, der Baumeister - Albert, der Motor der internationalen Industrie-Ausstellung im Kristallpalast anno 1851, Albert der Gründer von Schulen und Museen, der Gestalter und Umgestalter königlicher Paläste, Albert endlich, wie er nach seinem Tode weiterwirkte.

Es hat sich dies mit Zeichnungen und Gemälden, mit Büchern, Uniformen und Modellen und mit allen möglichen Viktoriana zur exzellenten Huldigung an einen vielseitigen Mann ausgewachsen, zu einer so langwierigen Verneigung, daß einige Besucher versucht waren, zu mäkeln und schwache Stellen zu suchen. Die späte und höchst farbige Daseinsbilanz eines Prinzgemahls ist für das Auge einiger Briten allzu reichlich ausgefallen. Gern wird dabei übersehen, daß man zwar Albert sagt, damit aber doch alles meint, was die Leistung des viktorianischen Zeitalters ausmacht. Der Prinzgemahl war ein rastloser Anreger. Viel von dem, was



Hot des britische Imperium mit Weisheit und Energie mitregiert: Prinz Albert von Sachsen-Coburg-Gotha, mit seiner Gemahlin, Königin Victoria, auf einer zeitgenössischen Darstellung

FOTO: DIE WELT

vorgezeigt wird aus Alberts Zeiten, zählt als Errungenschaft der Briten, und dies mit beträchtlicher Spannweite: von besonders wohlgeordneten Schweinen bis zu nicht minder wohl gelungenen Schiffen, Porzellanen, Dampfmaschinen, Gemälden - und auch Königskindern.

Das führt dazu, daß in der Ausstellung viele Daseinsbeispiele kokett verteilt präsentiert werden, dermaßen verteuert anmutig, daß Albert und seine Zeit vorübergehend zum etwas bizarren Kunstgegenstand erstarrten, und das macht Lebenszeugnisse ein klein wenig unglaubwürdig. Diese Schau ist zur etwas überspitzten Leistung jenes modernen Museumsstils geraten, der mit verhältnismäßig toten Gegenständen um jeden Preis Lebendigkeit, Lebensnähe erzeugen möchte. Diese Anstrengung, so ehrenwert sie ist, kann in der Nähe von Perfektion ins Unglaubliche führen. Am Schluß des Rundgangs ruft es von den Wänden „Albert lebt!“ und der Besucher begegnet einem abstrakten Königspaar

von Henry Moore: eine schöne Arbeit, ein scheinbar beziehungsreicher und doch unverständlicher Schnörkel - soll er daran erinnern, daß unsere Tage nicht mehr die viktorianischen sind?

Immerhin, der Dargestellte, selbst Ausstellungen sehr zugetan, hätte wahrscheinlich an dieser Dokumentation seines Daseins Vergnügen gehabt - und allenfalls gerügt, daß die königliche Gemahlin, Zentrum seines Daseins, darin verhältnismäßig wenig vorkommt. Übrigens endet der Rundgang, sehr passend viktorianisch, in einem Laden, darin alle möglichen nachgemachten Viktoriana feilgehalten werden, vieles reizvoll, einiges fürchterlich, dazu die einschlägige Literatur. Wer aber diesen Laden betreten hat, kann nicht mehr in die Ausstellungen zurückkehren. Durch einen Hinterausgang entlassen und hat Mühe, sich zurechtzufinden. Das wäre, die Weltausstellung von 1851 beweist es, unter Prinz Albert nicht passiert.

CHRISTIAN FERBER

## Berlin: Sammlung Bröhan als eigenes Museum

### Art deco in der Kaserne

Skepsis und Glücksgefühle halten sich angesichts der jüngsten Berliner Museumsöffnung die Waage. Im vergangenen Jahr hatte das Land Berlin die Sammlung von Professor Karl H. Bröhan (fiktiver Schätzpreis: 30 Millionen DM), die bis dahin in einer privaten Dahlemer Villa gezeigt wurde, als Geschenk erhalten. Im ehemaligen Domizil des Bauhaus-Archivs, einer Charlottenburger Infanteriekaserne vom Ende des letzten Jahrhunderts, wurde ihr jetzt für 1,6 Millionen Mark ein eigenes Haus eingerichtet (Jahresetat: eine halbe Million Mark). Es ist jedoch kein echtes „Landesmuseum“. Träger bleibt die „Stiftung privaten Rechts - Stiftung Bröhan“. Im Stiftungsrat bilden Familie und Freunde des Sammlers nur eine Minorität. Direktor des Museums, und als solcher auch großzügig bezahlt, ist jedoch Professor Bröhan selbst. Ein geradezu besessener Sammler, wie allein schon die Eröffnungsausstellung wieder zeigt, denn ein Drittel der 1800 Stücke sind als Leihgaben zu den geschenkten Objekten hinzugekommen.

Bröhans Sammelinteressen haben drei Schwerpunkte. Da sind einmal die Maler der Berliner Secession. Mag der Landschaftler Karl Hagemeister auch überbewertet sein - allein schon die erstklassigen Aste, Porträts und Landschaften von Willy Jaekel, erst recht die zahlreichen hochwertigen Bilder Hans Baluscheks, des Malers der einfachen Berliner Leute, lohnen einen Besuch.

Den zweiten Schwerpunkt bilden die französischen Möbel des Jugendstils und der Art deco, in reicher Fülle vorzügliche Arbeiten des überaus talentierten Emile Jacques Ruhlmann, von Guimard und Pierre Chareau. Das Hauptgebiet sind Porzellan, Glas und Keramik der Art nouveau und Art deco, zwischen „sinnlich-phantastischem“ Geschmack des Fin de siècle und des rational-seriellen Formwillens der Industriekultur. Diese Abteilung besitzt bereits europäischen Rang.

An Chic kann es mit dem Bröhan-Museum so leicht kein anderes Berliner Institut aufnehmen. Kaum zu glauben, wie es den Architekten Kampmann und Westrom gelungen ist, einen Palazzo nobelster Eleganz mit Salons, Suiten und Enfiladen zu zaubern, in dem selbst noch die Messinggriffe und Stukaturen den Ausstellungsstücken den gepflegten stilverwandten Rahmen geben. Man muß sich allerdings fragen, ob die

Sammlung nicht vernünftigerweise in Berlinische Galerie, Kunstgewerbemuseum und Nationalgalerie hätte integriert werden können, die sich auf diese Gebiete spezialisiert haben. Aber eine solche Lösung war nicht im Sinne des Sammlers, der unbedingt die Zusammengehörigkeit seiner Kollektion bewahren wissen wollte.

Andererseits kann man Bröhan nur wünschen, daß er jenen Stimmen, die jetzt geradezu aggressiv nach einer „Objektivierung“ und sonstigen wissenschaftlichen Vervollständigung seines Museums rufen, nur mildes Gehör schenkt. Auch in staatlicher Obhut muß die private Sammlung, wenn sie nun partout zum offiziellen Museum ernannt wurde, als solche noch erkennbar bleiben. Es wäre eine Zumutung, wenn jetzt der Museumsdirektor Bröhan in reicher Zahl Objekte erwerben sollte, die Geschmack und Interesse des Sammlers Bröhan gar nicht entsprechen. Zu zahlen hätte nämlich weiterhin der letztere. Der „Ankaufsetat“ des neuen Museums erlaubt bestenfalls die Erwerbung einer Vase pro Jahr.

PETER HANS GÖPFERT



Aus der Sammlung Bröhan: „Der Kuß“ (Bronze) von Jean Lambert-Rucki

## Donaueschinger Musiktage: Spreu und Weizen

### Flötentöne beigebracht

Vielleicht lag's am recht attraktiven diesjährigen Programm, vielleicht ist aber auch wirklich eine Trendwende in Sicht - jedenfalls scheint das Publikum Interesse an den Donaueschinger Musiktage wieder zuzunehmen.

Sämtliche Vorstellungen waren ausgezeichnet besucht, wenn sie nicht, wie die Konzerte mit Werken von Karlheinz Stockhausen sowie von Cristóbal Halifort und Hubertus Kirchgässner, trotz mehrmaliger Vorführung sogar ausverkauft waren. Dabei waren ausgerechnet diese beiden Stücke trotz der zugkräftigen Komponisten keineswegs die überausbesetzten. Haliforts und Kirchgässners akustisch-optische Elektron-Spieler erwies sich denn doch als allzu belanglos.

Der erfolgsgewohnte Karlheinz Stockhausen mußte sogar Buhrufe hinnehmen. Zu wenig machte sich bei „Kathinkas Gesang als Luzifers Requiem“, dem neuesten Teil seines gigantischen Projektes „Licht“, der brillante Komponist Stockhausen bemerkbar, um so mehr dafür der schrullige Pseudo-Theologe. In einem spärlich erleuchteten Raum gelebten sechs grotesk geschnittene und martialisch gewandete Schlagzeuger (ausgeschenkt: das Kolberg Percussion Ensemble) zusammen mit der exzellenten Flötistin Kathinka Pasveer ein mystisches Begräbnis-Ritual. Das magische Klappern, Rascheln und Pfeifen der Schlagzeuger, die hypnotischen Flötentöne und die gespenstischen Beleuchtungseffekte entziften ihre suggestive Wirkung allerdings nur für den, der sich auf Stockhausens absonderliche Gedankengebäude einläßt.

Als in jeder Beziehung das Gegenteil zum Stockhausen-Opus erwies sich Klaus Hubers „Erndtzeit - Geknechtet - Verlassen - Verachtet.“ Huber engagiert sich ganz und gar unmissverständlich für die unterprivilegierten, von Folter und Hunger

bedrohten Menschen in Südamerika, seine Texte stammen von dem mittelamerikanischen Schriftsteller Ernesto Cardenal.

Aber des Komponisten Plädoyer verfallt nicht in plumpen Agitprop-Stil, auch nicht in die wohlfeile Adaption exotischer Volksmusiktypen. Mit Hilfe eines riesigen Klang-Apparates (Solisten, Chor, Orchester, Elektronik), mit Hilfe von aufschreienden Klangblöcken und collagenartig einbezogenen Alltagsgeräuschen gelang ihm eine der bewegtesten politischen Stellungnahmen der neueren Musik.

Die wie alljährlich uraufgeführten Auftragswerke des Südwestfunks - der Baden-Badener Sender ist Mitveranstalter der Donaueschinger Musiktage - hatten es nach Hubers vielbeklatschtem Werk naturgemäß schwer. Respekt (und Wiederaufführung) verdienen immerhin Hans-Jürgen von Bose „Sappho-Gesänge“, und Joachim Krebbers „Traumkraut“. Die übrigen Stücke dürften allerdings ihre Zukunft bereits hinter sich haben. Besonders gilt das für den „Chlebnicov“ von Robert HP Platz, das sich trotz orchestralen Zuwusels bereits nach wenigen Minuten totgelaufen hatte, und nicht minder für Manuel Hidalgo, der mit „Harlo“ das wohl abschreckendste Beispiel beisteuerte: lärmend und langweilig die endlos ausgedehnten Effekte, die sich auf nichts beziehen und folglich keinen Sinn ergeben; zerrissene Einzelereignisse ohne Zusammenhang.

Es ist wirklich erstaunlich, wie wenig musikalische Substanz sich mit einem so großen Orchesterapparat erzeugen läßt. Da hätte es sicher auch nichts mehr genutzt, wenn das recht ungenau agierende Sinfonie-Orchester des Südwestfunks unter Kazimierz Kord mit mehr Engagement und Präzision zur Sache gegangen wäre.

STEPHAN HOFFMANN

## KULTURNOTIZEN

Zur Börsenverbreitung zeigt der Börsenverein des Deutschen Buchhandels bis zum 12. November eine Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche.

Die Ausstellung „Ferdinand Hodler“ im Kunsthaus Zürich wird wegen großen Publikumsinteresses bis zum 6. November verlängert.

Dem israelischen Maler Reuven Rubin ist neun Jahre nach seinem Tod ein Museum in seinem früheren Wohnhaus in Tel Aviv eingerichtet worden.

Das vierte Jazz-Festival von Paris findet vom 25. Oktober bis zum 1. November statt. Rund 20 internationale Formationen treten auf.

## JOURNAL

### Juristische Debatte um den „Sprayer von Zürich“

dpa, Karlsruhe  
Das juristische Hin und Her um den „Sprayer von Zürich“ und die Frage „Ist Kunst Sachbeschädigung?“ geht weiter. Der Karlsruher Bundesgerichtshof (BGH) hat jetzt in der Auslieferungssache des 43-jährigen Schweizer Künstlers Harald Nageli das Verfahren ohne eine eigene Sachentscheidung an das schleswig-holsteinische Oberlandesgericht in Schleswig zurückgegeben. Dieses Gericht hatte Karlsruhe die Frage vorgelegt, ob das Besprühen von Hauswänden den Tatbestand der Sachbeschädigung erfüllt. Unter Hinweis auf die Rechtsprechung des BGH wurde dies von den Karlsruher Richtern bejaht. Eine derartige Vorlage an den BGH in Auslieferungssachen sei jedoch nur zur Klärung einer Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zulässig. Diese Voraussetzung sei im behandelten Fall aber nicht gegeben.

### Picasso-Museum wird erst 1985 eröffnet

AFP, Paris  
Das Pariser Picasso-Museum, das schon im April dieses Jahres, zum zehnten Todestag des Künstlers, hätte eingeweiht werden sollen, wird nun, nach Darlegung des französischen Kulturministers Jack Lang, Anfang 1985 eröffnet. Das historische Hotel de Sales im Pariser Stadtviertel Marais, das die Picasso-Sammlung aufnehmen soll, wird derzeit noch restauriert. Insgesamt kostet das Museum 58 Millionen Franc (rund 20 Millionen Mark). Wegen der Saumseligkeit bei den Arbeiten hat bereits ein australischer Mäzen seine Stiftung zurückgezogen. Auch die Künstlerwitwe Jacqueline Picasso hat kürzlich angedroht, ihre Schenkungszusagen rückgängig zu machen.

### Amateurtheater im Aufwind

dpa, Kehl  
Die Zahl der Leientheater im Bund Deutscher Amateurtheater hat sich seit 1980 um ein Drittel auf rund 700 erhöht. Der Trend zu Bühnengründungen hält an. Dies zeigte sich bei den zweiten Internationalen Theaterfesten, die jetzt in Kehl stattfinden. An dem Theaterfestival der Bundesvereinigung, das als neue Zweijahres-Veranstaltungsreihe 1981 gegründet wurde, beteiligten sich dieses Jahr neun Amateurbühnen aus der Bundesrepublik, Frankreich und Österreich.

### Ausstellung und Katalog der Hobrecker-Sammlung

DW, Frankfurt  
„Alte Kinder- und Jugendbücher“ zeigt die Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main in einer Ausstellung bis zum 28. Oktober. Es handelt sich dabei um das Kernstück der Sammlung Hobrecker. Diese 450 Titel blieben im Besitz von Karl Hobrecker, als er seine rund 12.000 Bände umfassende Kinderbuchsammlung 1933 in die Reichsjugendbibliothek einbrachte. 1979 konnte die Stadt Frankfurt diese wichtige Auswahl von seinen Erben erwerben. Seitdem steht sie als Dauerleihgabe im Institut für Jugendbuchforschung. Anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens dieses Institutes findet jetzt die Ausstellung statt. Zugleich kann damit der Bestandskatalog „Die Frankfurter Hobrecker-Sammlung“ (Verlag R. Haecke, Frankfurt, 120 S., 386 Abb., 42 Mark) vorgelegt werden, der jeden Band mit genauer Bibliographie, einem knappen Kommentar und dem Foto der Titelseite vorstellt.

### Werkausgabe von René Schickele

Nachträglich zum 100. Geburtstag des im Elsaß geborenen Schriftstellers René Schickele (vgl. WELT v. 4. Aug.) legt der Verlag Klempner & Witsch, Köln, eine Werkausgabe vor: „Romane und Erzählungen in zwei Bänden“. Sie löst die vergriffene, freilich erheblich umfassendere, von Hermann Kesten besorgte Gesamtausgabe aus dem Jahr 1959 ab. Die Auswahl reicht von dem frühen Roman „Maine Freudenlo“ (1911) bis zum Roman „Die Flaschenpost“ (1937), klammert aber das umfangreiche Hauptwerk, die Trilogie „Das Erbe am Rhein“, aus. Die Edition, mit einer Einführung von Wolfriedrich Rasch, umfaßt 956 Seiten und kostet 78 Mark.

### Drei neue Schulen für Opersänger

AFP, Paris  
Drei neue Ausbildungszentren für Opersänger werden bis Ende des Jahres in Frankreich gegründet. Die neuen Einrichtungen in Straßburg, Marseille und Nizza werden jeweils eigene Ausbildungsbereiche haben. An der Straßburger Rheinoper werden vom 6. November an junge Sänger eine Abschlussprüfung erhalten, die zuvor ihr Studium an einem Konservatorium abgeschlossen haben. In den beiden Institutionen, die in Marseille und Nizza entstehen, werden junge Berufssänger jeweils speziell für den Chor oder die Solistenkarriere zusätzlich ausgebildet.



## Debatten unter einem grünen Dach

dpa, Canberra

Wo in der australischen Bundeshauptstadt Canberra heute die Parlamentsabgeordneten debattieren, wurden um die Jahrhundertwende noch Schafe auf die Weide getrieben. Bald soll den Politikern das Gras über den Köpfen wachsen – ein neues, geräumigeres, einladenderes Parlamentsgebäude als das derzeitige entsteht jetzt auf einem Hügel hinter dem alten. Auf seinem Dach wird Gras gesät werden. Der umweltschonende Zeitrechnung tragend, soll sich das Gebäude den Konturen des Hügels, „Capital Hill“ geheiß, möglichst genau anpassen.

Ein Monumentalbau war von vornherein nicht erwünscht. Nicht Staatsmacht, sondern Demokratie sei architektonisch zu symbolisieren, verlangte die Auftraggeber – Parlament und Regierung. Danach richteten sich die Architekten, Romaldo Girola, Italiener, Ehrmann B. Mitchell, Amerikaner, und Richard G. Thorp, Australier, deren gemeinsamer Entwurf in einem vor vier Jahren veranstalteten internationalen Wettbewerb alle nahezu 1000 Konkurrenten aus 28 Ländern aus dem Felde schlug.

Ihr Baukonzept besteht aus zwei bumerangförmigen, symmetrisch angeordneten Flügeln unter grasbewachsenem Dach, mit Glaswänden riesigen Ausmaßen, um das Regieren im wahren Sinne des Wortes transparent zu machen. Der Umzug vom bisherigen, 1927 vom damaligen Herzog von York, dem späteren König Georg VI., eröffneten Parlamentsgebäude ist für 1988 geplant, wenn Australien das 200jährige Jubiläum seiner Besiedlung durch Weiße begeht. Touristen zieht das Zwei-Bumerang-Parlament – der östliche Bumerang für das Abgeordnetenhaus, der westliche für den Senat – schon heute an, auch wenn außer Kränen, Erdschachtungen und Stahlträgern noch nicht viel zu sehen ist.

Der künftige Bau wird jedoch bereits als Tischmodell, auf Dias und mit einem Farbfilm im Neben der Baustelle errichteten Informationspavillon vorgestellt. Kein anderes Parlament der Welt dürfte sich seiner Umwelt so sehr anpassen und sich ihr so unterordnen. Der Bau, der umgerechnet rund eine halbe Milliarde Mark verschlingen wird, bietet nicht nur 125 Abgeordneten und 64 Senatoren Platz, sondern trägt auch etwaigen parlamentarischen Zuwachs Rechnung. Tagungsräume für die Parlamentarier, Ausstellungssäle, eine Festhalle, aber auch ein Restaurant und ein Theater sind vorgesehen.

## WETTER: Erneut unbeständig

Wetterlage: Die Fronten eines Tiefs südlich von Island greifen mit dem zugehörigen Regengebiet zunächst auf den Südwesten, später auf ganz Deutschland über.

Vorhersage für Dienstag: Gesamte Bundesrepublik: Im Nord-



## Auf dem Flohmarkt von Paris wollen Banker für Ordnung sorgen

JOACHIM LEIBEL, Paris

Der weltberühmte Pariser Flohmarkt, Paradies für Antiquitätenhändler, Lumpensammler, Hehler und Touristen, soll „zivilisiert“ werden. Die Filiale einer großen französischen Staatsbank hat sich auf dem größten Trödelgelände der Welt eingekauft und will der „Anarchie“ zu Leibe rücken. Freunde des Flohmarktes befürchten nun, daß aus dem „Paradies“ ein steriler Supermarkt wird.

Seit rund einem Jahrhundert wird auf dem Gelände der ehemaligen Stadtbefestigungen im Norden von Paris gefeilscht, verschoben, verkauft und verhört. Von rostigen Nägeln über gestohlene Armabänder bis zu echten Edermöbeln findet man auf dem „marché aux puces“ alles. Mehr als eine Million Besucher streifen jährlich durchs Gelände, mehr als 20 Millionen Mark werden umgesetzt. Das allerdings ist nur die offizielle Zahl – jene Waren, die auch in den Büchern auftauchen. Der wahre Umsatz liegt nach Meinung von Fachleuten beim Zehnfachen.

### Man kann reich werden

Mehr als 3000 Händler bieten auf dem 30 Hektar großen Gelände ihre Schätze – häufig von undurchsichtiger Herkunft – an. Obwohl der Floh-

markt nur an drei Tagen der Woche geöffnet ist – Samstag, Sonntag und Montag –, kann ein Händler nach Eingeständnis von Eingeweihten sehr schnell reich werden.

Genau besehen gibt es eigentlich gleich acht verschiedene Flohmärkte. Meist handelt es sich um ein ehemaliges Fabrikgelände oder um eine alte Lagerhalle, die von den Besitzern quadrateinheitlich an fliegende Händler vermietet werden. Bestes Beispiel dafür ist ein ehemaliger Antiquitätensammler, der vor ein paar Jahren eine in Trümmern liegende Autogarage kaufte. Alain Serpette teilte die Garage in zahllose kleine „Boxen“ auf und vermietete sie. Heute sind in diesem „marché Serpette“ 120 Verkäufer untergebracht. Alain Serpette hat nun seinen Flohmarkt für vier Millionen Mark an eine Filiale der Staatsbank Suez verkauft und sich nach Australien abgesetzt.

Den Bewohnern des Pariser Vororts Saint Ouen ist der Flohmarkt schon seit Jahren ein Dorn im Auge. Ungeheure Massen von Abfall müssen an den drei Markttagen beseitigt werden, der Drogenhandel blüht, der schwarze Markt ebenfalls, Taschendiebe machen fette Beute, und immer wieder enttarnt die Polizei Hinterhof-Boutiquen als Hehlermeisterei.

Der kommunistisch beherrschte Gemeinderat verabschiedete deshalb einen Bebauungsplan, der vorwie-

gend Sozialwohnungen vorsah und wollte den Flohmarkt von Bulldozern niederreißen lassen. Doch die Händler bildeten ein Verteidigungskomitee und alarmierten Flohmarktfreunde in aller Welt. Tausende von Protestbriefen trafen in Paris ein – der Plan wurde fallengelassen. Dementsprechend droht Gefahr nicht von seiten der Behörden, sondern vom neuen Besitzer eines Teils der Grundstücke, auf denen gehandelt und gefeilscht wird. Die Suez-Gruppe hat nämlich nicht nur den „marché Serpette“ gekauft, sondern noch einen zweiten, der noch größer ist.

### Ganz ohne Anarchie?

Ihre Pläne behandelten die neuen Besitzer bisher äußerst diskret. Sie ließen wissen, daß das Eldorado für fliegende Händler und Sammler skurriler Mitbringsel keinesfalls zu einem futuristischen Einkaufszentrum „umfunktioniert“ werden soll. Doch Neuerungspläne existieren – und lassen Flohmarktfans die Haare zu Berge stehen. Bei aller Zurückhaltung ließen die Bankiers nämlich durchblicken, daß der „Anarchie“ ein Ende gesetzt werden müsse. Ohne „Anarchie“ aber würde aus dem weltberühmten Flohmarkt ein ganz ordinarer Wochenmarkt – zum Leidwesen der Pariser und der Touristen.



Flohmarkt – Fans fürchten um Originalität und Atmosphäre auf dem Pariser „marché aux puces“

## Erpresser fordert 1,8 Millionen von der Bahn

dpa, Karlsruhe

Mit der Drohung, Züge zum Erliegen zu bringen, versucht ein unbekannter Täter von der Bundesbahn Karlsruher 1,8 Millionen Mark zu erpressen. Der Erpressungsfall wurde gestern in Karlsruhe bekannt gegeben, nachdem man zwei Wochen striktes Stillschweigen bewahrt hatte. Zugleich wurde die Bevölkerung um Mithilfe bei der Fahndung aufgefordert.

Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, verursachte der Erpresser bereits am 30. September auf der eingleisigen Bahnstrecke zwischen Appenweier und Oberkirch (Ortenaukreis) einen Eisenbahnunfall, indem er ein gestohlenen Baustellenfahrzeug auf dem Gleiskörper abstellte. Als ein Schienenbus gegen das Hindernis prallte, wurden der Zugführer und ein Fahrgast leicht verletzt. Es entstand ein Sachschaden von mindestens 30 000 Mark.

In einem noch am Unfalltag bei der Bahndirektion Karlsruhe eingegangenen ersten Erpresserschreiben ließ es: „Dies war die erste Warnung.“ In dem mit den Initialen „O.S.“ unterzeichneten Brief sei auch die zunächst nicht bezifferte Geldforderung erhoben worden. Ihre Höhe sowie die Modalitäten der Geldübergabe legte der Täter dann in zwei weiteren Schreiben fest, die bei der Bahndirektion am 3. Oktober eingingen. Die Übergabe – das Geld sollte auf der Strecke Karlsruhe-Offenburg abgeworfen werden – kam nicht zustande, da das verbriefte Leuchtkegel-Signal ausblieb.

### Eisbrecher lief heiß

AFP, Moskau

Die Lage der rund 50 im Nordosten der Sowjetunion vom Packeis eingeschlossenen Schiffe (siehe WELT vom 15. 10.) hat sich weiter verschlechtert. Wie die „Pravda“ gestern meldete, haben neue Schichten von Eis die Schiffe ohne Trinkwasser und Lebensmittel an Bord weiter gefangen. Der atomgetriebene Eisbrecher „Leonid Breschnew“ habe mit technischen Schwierigkeiten zu kämpfen, da er durch die ununterbrochenen Einsätze der letzten Tage überlastet sei.

### Anfänger-Tempo

AP, München

Autofahrer, die ihren Führerschein noch kein ganzes Jahr besitzen, müssen in mehreren europäischen Ländern das Tempo drosseln. Der ADAC wies gestern darauf hin, daß Neulinge in Frankreich und Portugal, wo Höchstgeschwindigkeiten auf den Autobahnen von 130 Stundenkilometern beziehungsweise 120 Stundenkilometern erlaubt sind, nicht schneller als 90 fahren dürfen.

### Mit 17 Monaten entführt

dpa, Lucca

In Italien ist ein 17 Monate altes Mädchen entführt worden. Vier Gangster drangen in der Nacht zum Montag in das Haus des Industriellen Niccolò Citti in der Nähe von Lucca in der Toskana ein und raubten seine Enkeltochter Elena Citti Luisi. Erpresserischer Menschenraub mit hohen Lösegeldforderungen steht in Italien praktisch an der Tagesordnung. Nie zuvor wurde jedoch ein so kleines Kind verschleppt.

### Warnung vor Blüten

dpa, Wiesbaden

Vor falschen Hundert-Mark-Scheinen, die seit einigen Monaten in der Bundesrepublik Deutschland im Umlauf sind, hat das Bundeskriminalamt (BKA) gewarnt. Bei den „Blüten“ sei im Gegensatz zu den echten Banknoten „das auf dem bildfreien Teil befindliche Kopf-Wasserschildchen durch einen gelblichen Aufdruck auf der Rückseite vorgefälscht und nur schwach erkennbar.“ Der bei echten Scheinen im Papier eingebettete Sicherheitsfaden sei ebenfalls nur vorgefälscht. Das Papier fühle sich „auf fallend glatt“ an.

### ZU GUTER LETZT

„Tallemund diene Bonaparte und integrierte auch gegen ihn.“ Aus „Wirtschafts-Echo“

## „Petite Fleur“ – schöner Name für dunkle Geschäfte?

Organisation vermittelt für viel Geld Kinder aus Südamerika zur Adoption / Deutsche Behörde will ihr das Handwerk legen

GISELA KRANEFUSS, Hamburg

Seit mehr als einem Jahr erscheinen in deutschen Tageszeitungen Anzeigen mit dem Text: „Kinderlos? Schreiben Sie an „Petite Fleur“. Es folgt eine Adresse auf Malta. Der Mann, der mit „kleinen Blumen“ zu handeln scheint, vermittelt Kinder gegen Geld. Zur Zeit wird der Schweizer Staatsangehörige Fritz Tothmann, Jahrgang 1926, zuletzt wohnhaft in Zürich, zur Aufenthalts-ermittlung bundesweit gesucht. 1979 wurde er erstmals ermittlungsdienstlich erfaßt. Wer an die Briefkastendresse in Malta schreibt, bekommt keine Antwort mehr, unter seiner Zürcher Rufnummer meldet sich eine Frau Tothmann, die versichert, ihr Ehemann sei lange verstorben.

Rolf P. Bach, Leiter der Zentralen Adoptionsstelle in Hamburg, konnte sich nach einer fingierten Anfrage seiner Dienststelle fernmündlich mit einem Vertreter von „Petite Fleur“ unterhalten. Bach: „Er sprach Schweizer Dialekt, verhielt sich sehr maßföhr. Er war nicht bereit eine deutsche Telefonnummer oder Adresse zu geben, bot aber einen Rückruf an, weil – so wörtlich – eine große Fülle Kinder vor der Tür stünde, und er auf der Fahrt nach Nord-

deutschland sei, um die interessierten Eltern zu kontaktieren. Er erklärte dann, daß er auch nicht bereit sei, mir weitere fernmündliche Auskünfte zu erteilen, bevor er 500 Mark ausgehändigt bekommen hätte. Es verriet sich unsere Vermutung, daß ich mit Tothmann selber gesprochen habe.“

Adoptionsexperte Bach erklärte, er habe mit Erschrecken zur Kenntnis genommen, daß in der Bundesrepublik Deutschland auf Profitbasis arbeitende, organisierte Menschenhändler unbefähigt herumreisen können, um ihre „Ware“ anzupreisen. Tothmann alias „Petite Fleur“, bietet Kleinkinder aus Süd- und Mittelamerika an, vorwiegend aus Bolivien und Kolumbien. „Durchweg hellhäutige Kinder, spanischer Typus“, heißt es in seinen Angebots-schreiben. Neben den Kosten von 6000 bis 7000 Mark, verlangt die Organisation den Abschluß einer Ausbildaungsversicherung bei einer Schweizer Bank für das zu adoptierende Kind. Das erhält im Alter von 20 Jahren bei einer monatlichen Prämie von 90 Mark 20 000 Franken.

„Petite Fleur“ bietet als Alternative zur eventuell risikoreichen Adoption auch die Legitimation an. Hier, so Rolf P. Bach, zeichne sich mög-

licherweise eine Querverbindung zu einer anderen Gruppe aus Meersburg ab, die von „Monsignore“ Heinrich Kotulla und Rainer René Graf Adelman vertreten werde. Bach: „Sie versuchen die strengen Adoptionsbestimmungen in Westdeutschland zu unterlaufen, indem sie die Vermittlung von Babys anbieten, die angeblich von deutschen Staatsangehörigen im Ausland gezeugt wurden.“

Der engagierte Adoptionsfachmann befindet sich selber in einer schwierigen Situation, weil er den Paaren, die sich mit ihrem ganzen Herzen ein Kind wünschen, nur Kinder bieten kann, die behindert sind oder bereits das achte Lebensjahr überschritten haben. „Ansonsten kommen auf ein Baby sieben Elternwünsche.“

Sorgen bereitet der Staatlichen Adoptionsstelle, daß kleine Kinder ohne Visum nach Westdeutschland einreisen können. Alles, was die „Eltern“ in Händen haben, ist ein Adoptionsvertrag, im Herkunftsland geschlossen. Bach: „Die Schwierigkeiten beginnen mit der Einschulung oder wenn Kindergeld beansprucht wird. Dann kommen die kleinen „U-legalen“ ans Tageslicht, dann werden sie personenstandsrechtlich erfaßt

## Das FBI bläst zur Jagd auf die „Hacker“

Bundesweite Aktion gegen amerikanische Jugendliche, die per Heimcomputer selbst in geheime Datenbanken „einbrechen“

RAUF-PETER LAUCK, Alexandria

Eine generalstabsmäßig geplante Aktion, plötzlich und unerwartet, startete das amerikanische FBI in diesen Tagen in Kinderzimmern im ganzen Land. Die Großrazzia richtete sich gegen ein relativ neues Vergehen: Computermisbrauch. Probleme dürften nach der landesweiten Aktion der Bundespolizei nun allerdings die Anklagebehörden und Gerichte mit dem zusammengetragenen Material haben. Noch gibt es nämlich zu mindest kein bundes einheitliches Gesetz, das den Einbruch per Computer in andere Datenbanken oder Computersysteme unter Strafe stellt.

Entsprechend wurden zwar bei den Durchsuchungen Berge von Material sichergestellt, es gab jedoch keine Verhaftungen, zumal die meisten der in Verdacht geratenen Computerexperten noch Teenager sind. Die Fahrer gehen jedoch davon aus, daß die paar Dutzend junger Leute bereits Schäden von mehreren hunderttau-

send Dollar durch die Manipulation fremder Systeme verursacht.

Bislang gaben die Behörden noch keinen umfassenden Überblick über den Kreis der Geschädigten. In den letzten Wochen wurden aber vor allem drei Zentren angezapft, die Schlagzeilen machten. Schon vor einiger Zeit wurde bekannt, daß Jugendliche sich per Heimcomputer Zugang zu den geheimen Nuklearlabors von Los Alamos (US Bundesstaat Neu-Mexiko) verschafft hatten. Betroffen waren aber auch das renommierte Massachusetts Institute of Technology in Boston und die McClellan Air Force Base nahe Sacramento im US-Bundesstaat Kalifornien.

Bei den Durchsuchungen, in vielen Fällen tatsächlich in den Zimmern der Jugendlichen unter den Augen der überraschten Eltern, wurden außer Programmen und Computerteilen vor allem Telefonetiketten beschlagnahmt. Zu den beliebtesten

Beschäftigungen – und hier erfüllen die sonst kaum strafrechtlich relevanten Spielereien den Tatbestand des Betruges – gehört es nämlich, sich der in den USA weitverbreiteten telefonischen Servicelösungen gebührenfrei zu bedienen.

Bekannt wurden die Razzien im ganzen Land vor allem deshalb, weil die Computer-Spieler, in den USA „Hacker“ genannt, untereinander schon regelrecht organisiert sind. So gibt es ein loses Verbundsystem, mit dem die Heimcomputer-Besitzer Informationen austauschen. Über dieses „Electronic Bulletin Board“ machte der Besuch der FBI-Agenten blitzschnell die Runde.

Nach den Worten von James E. Mull, FBI-Sprecher in Alexandria (US-Bundesstaat Virginia), war die Aktion ausgelöst worden von einer Gruppe junger Leute, die sich selbst die „414er“, nach der Vorwahl ihres Distriktes in Milwaukee, nennen. Ihnen war es gelungen, die Sperren der

GTE Telnet Corporation in Vienna (US-Bundesstaat Virginia) auszutricksen. Die Telnet betreut ein Netz von mehr als 1200 kommerziellen Computersystemen. Darüber hatten die Jugendlichen unter anderem Einblick in die Unterlagen des Sloan-Kettering Cancer Center in Manhattan bekommen.

Morgens, kurz nach acht Uhr, hatten zwei Polizisten und zwei Angestellte einer Telefonfirma auch bei Sharon Stadjes in Detroit geklingelt. Die Männer seien durch das ganze Haus gelaufen, hätten unter alle Betten geschaut, Matratzen umgedreht und schließlich die gesamte Computerausrüstung ihres Sohnes eingepackt. Auf die Fragen der verstörten Mutter, so erzählte die der „New York Times“, hätten sie erklärt: „Ihr Sohn hat die Computer des Verteidigungsministeriums „geentert“, Eindrücke geändert und Botschaften hinterlassen.“ Eric Stadjes ist 14 Jahre alt und besucht die neunte Klasse.

# Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft.

Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen. Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-

Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“.

Heft 17 der „Orientierungen“ erörtert das Verhältnis von Freiheit und Ordnung und beschreibt die Marktwirtschaft als „Basisdemokratie“. Nobelpreisträger George J. Stigler untersucht die Einstellung von Intellektuellen zur Marktwirtschaft und Rudolf von Bennigsen-Foerder

(VEBA) kritisiert die deutsche Energiepolitik. Beiträge über die chronisch kranke Sowjetwirtschaft und die Chancen von Reformen in Zentralverwaltungswirtschaften führen zur Frage nach den Überlebenschancen der Ostblockwirtschaften. Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? Schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.